



Ein ganz normaler Staat?

Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR

23. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen

10. und 11. Mai 2012

Dokumentation

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung
In Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

23. Bautzen-Forum 10. und 11. Mai 2012

Eröffnung	6
ROLAND SCHMIDT	
Grußwort	9
HARALD MÖLLER	
Vortrag	11
SIGMAR GABRIEL	
Vortrag	22
Legenden, Verzerrungen und Desinteresse: Der Umgang mit der DDR-Vergangenheit	
THOMAS GROSSBÖLTING	
Podiumsdiskussion	36
„Einen Geheimdienst hat doch jeder Staat!“ – die Staatssicherheit als zentrales Machtinstrument der SED	
UTA LEICHSENRING, HANS OTTO BRÄUTIGAM, HANSJÖRG GEIGER, JENS GIESEKE	
Moderation: JACQUELINE BOYSEN	
Zeitzeugengespräch	61
Wie wirken gegen das Vergessen?	
HEIDELORE RUTZ, STEPHAN BICKHARDT, LOTHAR TAUTZ, SIEGFRIED WINTER	
Moderation: SILKE KLEWIN	

Vortrag	87
PETER FÄSSLER „Weltniveau“ – Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Kommunikation während der Ära Honecker	
Gespräch	104
Recht auf Bildung für alle? – Bildung und Erziehung in der DDR TINA KWIATKOWSKI-CELOFIGA, ELKE URBAN Moderation: MAYA BÖHM	
Podiumsdiskussion	120
Die DDR und wir? – DDR-Geschichte in der Gegenwart EVELYN FINGER, ANNA KAMINSKY, FRANZISKA KUNZE, ANNETTE LEO, MARTIN DULIG Moderation: BASTIAN WIERZIOCH	
Predigt zur Ökumenischen Andacht in der Kapelle auf dem Karnickelberg, Bautzen am 9. Mai 2012	143
Ansprache zur Einweihung der Gedenktafeln ALEXANDER LATOTZKY	148
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 23. Bautzen-Forums	152
Bautzen-Foren im Überblick	155
Impressum	158

Eröffnung

ROLAND SCHMIDT

Lieber Sigmar Gabriel, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Harald Möller, sehr geehrte Mitglieder des Bautzen-Komitees und der weiteren Opferverbände, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum 23. Bautzen-Forum darf ich Sie im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr herzlich begrüßen. Vor fast einem Jahr haben wir an dieser Stelle des 50. Jahrestags des Mauerbaus und dessen Folgen für Politik und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten gedacht. Im Zusammenhang mit dem letztjährigen Bautzen-Forum stand die Eröffnung unserer Ausstellung „Der Verfolgung ein Gesicht geben. Sozialdemokraten in der SBZ/DDR“, mit der wir an den 65. Jahrestag der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED erinnern haben – und damit auch an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich dem DDR-Regime widersetzen und zugleich beispielhaft stehen für viele Mitglieder des politischen Widerstands, die sich vielfach in den Gefängnissen der DDR wiederfanden, so auch hier in Bautzen.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung sind die erinnerungspolitische Arbeit und das Bautzen-Forum besondere Anliegen. Daher freue ich mich ganz besonders, dass ich zur Eröffnung dieses Forums heute wieder hier sein kann. Die Bautzen-Foren der Friedrich-Ebert-Stiftung zählen seit 1990 zu den wichtigsten Veranstaltungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie stellen aktuelle Ergebnisse der SBZ/DDR-Forschung zur Diskussion und halten die Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft wach, die ihr mutiges Eintreten für Freiheit und Demokratie oftmals mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen mussten. Diese jährlichen Foren bieten eine wichtige Artikulations- und Dialogmöglichkeit für ehemals politisch Verfolgte des SED-Staates, aber auch für Politiker und Wissenschaftler, Lehrer, Jugendliche und die interessierte Öffentlichkeit. Deshalb freuen wir uns über die anhaltend große Resonanz und das bereits im Vorfeld erkennbar große Medienecho. Eine ganz besondere Freude und Anerkennung dieser Arbeit ist es, dazu in diesem Jahr den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hier begrüßen zu können. Dir ein ganz herzliches Willkommen, lieber Sigmar Gabriel!

Das diesjährige Bautzen-Forum stellt die Frage „Ein ganz normaler Staat?“ und wird sich intensiv mit der Legendenbildung in der Rückschau auf die untergegangene DDR auseinandersetzen. Je länger das Ende der DDR zurückliegt, desto



stärker scheinen der Grad der nostalgischen Verklärung und die Ausblendung der Menschenrechtsverletzungen, der Bevormundung und der Unfreiheit. Von daher ist es gerade mit Blick auf nachfolgende Generationen notwendig, sich intensiv mit diesen Erscheinungen zu befassen.

Heute erleben wir neben allem Stolz auf das in über 20 Einheitsjahren Erreichte bei nicht wenigen ein oft diffus positives Bild der DDR. Althergebrachte Legenden werden gepflegt und weitergetragen. Dazu gehören die vom „antifaschistischen Friedensstaat“ und „Sozialparadies“ oder gar die von der „DDR als der zehntgrößten Wirtschaftsmacht der Erde“. Mit dieser Verklärung eines Staates, der seinen Bürgern freie Wahlen versagte und grundlegende Freiheits- und Bürgerrechte vorenthielt, wird sich das diesjährige Bautzen-Forum auseinandersetzen. Hier gilt es, aufzuklären, begangenes Unrecht zu benennen und damit gegen die nostalgische Verklärung einer menschenverachtenden Diktatur vorzugehen. Das muss für Ost und West gleichermaßen gelten. Das Thema SED-Diktatur muss ebenso wie die braune Nazidiktatur, hier wie dort, in der Gesellschaft, an den Schulen und in den Familien ein Thema bleiben. Und zwar nicht um seiner selbst willen, sondern weil dies für die Zukunft unseres Landes so wichtig ist. Denn alarmieren müssen Befunde, denen zufolge die Verharmlosung der DDR-Diktatur oftmals mit Ablehnung, zumindest aber mit Gleichgültigkeit gegenüber unserem demokratischen Staat einhergeht. Die Worte, die Pavel

Kohout hier vom Bautzen-Forum aus den jüngeren Teilnehmern zurief, bleiben von höchster Aktualität: Die Bürger müssten die Demokratie leben und sich für sie aktiv einsetzen. Denn eine Demokratie, so sagte er mit Blick auf seine tschechische Erfahrung, könne man in 24 Stunden stürzen, doch brauche es mitunter Jahrzehnte, um wieder zu ihr zurückzufinden. Ähnlich hatte dies der Sache nach Friedrich Ebert vor 87 Jahren mit seinem berühmten Ausspruch „Demokratie braucht Demokraten“ formuliert, der Anlass für die Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1925 war und Grundlage ihrer Arbeit bis zum heutigen Tag ist.

Meine Damen und Herren, danken möchte ich allen Referenten, Podiumsgästen und Gesprächspartnern dieser beiden Tage für ihr Mitwirken. Ich freue mich, dass es gelungen ist, erneut so viele prominente Gäste aus Wissenschaft, Politik und Medien gewonnen zu haben. Stellvertretend für Sie alle begrüße ich sehr herzlich: den ehemaligen Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und vormaligen Minister der Justiz des Landes Brandenburg, Dr. Hans Otto Bräutigam, sowie Prof. Dr. Hansjörg Geiger, den ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamts für Verfassungsschutz sowie Gründungsdirektor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Meinen ganz ausdrücklichen Dank möchte ich insbesondere den hier versammelten Zeitzeugen aussprechen, dafür, dass sie und ihre Angehörigen die Kraft aufbringen, die dunkelsten Jahre ihres Lebens hier zur Sprache zu bringen. Mein Dank gilt ebenso dem Bautzen-Komitee e. V. und der Gedenkstätte Bautzen für die konstruktive Zusammenarbeit und unseren Kooperationspartnern: der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die finanzielle Unterstützung und dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ für die konzeptionelle Mitarbeit am diesjährigen Bautzen-Forum. Meine Damen und Herren, wie viele von Ihnen wissen, war Joachim Gauck als langjähriger Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ebenso wie zuvor in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR regelmäßiger Gast und wichtiger Unterstützer unserer Bautzen-Foren. Wir wünschen uns natürlich, dass wir ihn auch als Bundespräsidenten in Bautzen begrüßen können. Dem 23. Bautzen-Forum wünsche ich jetzt viel Erfolg und eine gute Diskussion.



Grußwort

HARALD MÖLLER

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Sigmar Gabriel, sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, verehrte Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden, es ist heute ein besonderer Tag für uns ehemalige politische Häftlinge des „Gelben Elends“, dass sich der Vorsitzende der SPD im Rahmen des Bautzen-Forums die Zeit genommen hat, den früheren verfolgten Mitgliedern der SPD, die hier schwere und äußerst leidvolle Jahre verbringen mussten, seine Ehrerbietung zu zeigen. Hier hat ein wertvoller Teil der Sozialdemokraten in der Phase des beginnenden Kalten Krieges großen Mut und Widerstand gegen ein unmenschliches kommunistisches System bewiesen. Ein Großteil dieser Mitglieder hat sich der Vereinigung von SPD und KPD zur SED widersetzt und geriet dabei in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes mithilfe deutscher Denunzianten. Hier in Bautzen erwiesen sich diese Kameraden trotz Hunger, Kälte und Isolation als wahre Menschenfreunde, viele von ihnen wurden speziell bei medizinischen Aufgaben als Ärzte oder Pfleger tätig. Eine große Zahl dieser unserer Kameraden bezahlte ihren Widerstand mit schweren – heute noch belastenden – Krankheiten, aber auch viele mit dem Tod. Dieser Kameraden haben

wir gestern wie jedes Jahr auf dem Gräberfeld auf dem Karnickelberg gedacht. Das Bautzen-Komitee bedankt sich wie immer bei dem Regionalbüro Leipzig der Friedrich-Ebert-Stiftung, beim Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und der Stiftung Aufarbeitung für ihr großes Engagement, das Bautzen-Forum auch dieses Jahr wieder durchzuführen. Wir sind überzeugt, dass die diesjährigen Themen wieder von erheblichem Interesse sind, um weiterhin aufklärend zu wirken.

Ein Dank gebührt aber auch der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft für die tatkräftige Unterstützung.



Vortrag

SIGMAR GABRIEL

Lieber Roland Schmidt, lieber Harald Möller, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich möchte mich bei der Ebert-Stiftung und dem Bautzen-Forum ganz herzlich für die Einladung bedanken. Abgesehen von dem, was Herr Möller eben berichtet hat, dass es für einen Sozialdemokraten und allemal für den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei eine besondere Aufgabe ist, insbesondere der Mitglieder unserer Partei zu gedenken, die mit ihrer Gesundheit, ihrer Freiheit und manche auch mit ihrem Leben für die Idee von Freiheit und Demokratie gebüßt haben, gibt es ein paar persönliche Gründe, warum ich gerne gekommen bin.

Fangen wir einmal mit einem formalen, aber doch persönlichen Grund an: Ich löse heute ein Versprechen ein, das ich Herrn Grasemann, dem früheren stellvertretenden Leiter der Erfassungsstelle Salzgitter, gegeben habe, als wir uns auf einer Jubiläumsveranstaltung begegnet sind. Nicht nur, dass Herr Grasemann auch Sozialdemokrat ist, sondern auch, weil Salzgitter in meinem Wahlkreis liegt. In



der Ecke bin ich zu Hause. Deswegen war die Arbeit der Erfassungsstelle für die Braunschweiger Sozialdemokratie immer etwas, was wir wichtig gefunden haben, auch zu Zeiten, als die SPD in Gefahr war, zu vergessen, wie wichtig die Erfassungsstelle für Deutschland war und geblieben ist.

Dann gibt es zwei weitere Gründe: Als ich vor ein paar Jahren mit meiner 23-jährigen Tochter in Berlin war und wir über die Mauer und Hohenschönhausen geredet haben, wurde mir am Beispiel meiner Tochter klar, dass sie fast keinen Bezug zu dem hat, was in der DDR oder im geteilten Deutschland passiert ist. Sie hielt es fast für eine skurrile Idee, dass in einem gemeinschaftlichen Land einmal quer hindurch Mauer und Stacheldraht gezogen wurden. Sie konnte es kaum nachvollziehen, wie man überhaupt auf eine solche Idee kommen konnte und wie Menschen darunter gelitten haben. Das war für sie weit entfernt.

Ich weiß nicht, ob es genauso entfernt ist, aber das hatte für sie ungefähr die gleiche Bedeutung wie das Wissen aus dem Geschichtsunterricht über den Dreißigjährigen Krieg. Etwas, von dem sie keinen unmittelbaren Bezug zu ihrem Leben herstellen konnte. Das hat mich schon nachdenklich gemacht.

Der dritte Grund liegt erst ein paar Tage zurück, als ich gemerkt habe, dass der Titel der Veranstaltung außerordentlich klug gewählt ist. In einer Debatte im Internet über den Sinn und Unsinn der Vorratsdatenspeicherung, über die man in der Tat trefflich streiten kann, haben nicht wenige gesagt, die Idee, in der Bundesrepublik im Jahre 2012 eine Vorratsdatenspeicherung einzuführen, sei

doch im Grunde nichts anderes als das, was die DDR getan habe. Abgesehen einmal von der unterschiedlichen Bewertung der Vorratsdatenspeicherung verniedlicht das einerseits die DDR, und es scheint auch nicht mehr klar zu sein, wo der diametrale, der fundamentale, der existenzielle Unterschied zu einem demokratischen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland heute liegt. Das zusammen begründet, warum ich der Einladung zu dieser Veranstaltung ausgesprochen gerne gefolgt bin und warum ich mich freue, dass ich ein paar Worte an Sie richten darf.

Wenn es heute um die Frage geht, ob allmählich in der Rückschau die DDR zu einem ganz normalen Staat verklärt wird – und so verstehe ich die Frage, die dem 23. Bautzen-Forum vorangestellt worden ist –, dann sieht man: Mehr als 22 Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur geht es darum, das Besondere dieses Staates in Erinnerung zu halten. Die DDR war ein Staat, der durch sowjetische Waffen und die politische Unterdrückung jeder Opposition vierzig Jahre Bestand hatte. Sie war eben nie ein normaler Staat!

Mehr als 22 Jahre liegt nun der Sturz des SED-Regimes zurück. Das bedeutet, dass seit dem Ende der DDR fast eine ganze Generation herangewachsen ist, die die DDR nicht mehr erlebt hat. Ihr muss man immer wieder nahebringen, dass dieser Staat nicht einfach nur eine wirtschaftlich weniger erfolgreiche Version Deutschlands gewesen ist, die aus Effizienzgründen mit dem Westen vereinigt wurde. Viele Jüngere kennen die DDR bald nur noch als ein Land, wo Menschen mit gelegentlich seltsamer Kleidung und komischen Autos gelebt haben. Die DDR als eher historisch-ästhetisches Problem.

Welche Blüten das treibt, kann man gelegentlich in Berlin sehen: Da hat sich ein regelrechtes Gewerbe um die Banalisierung der DDR entwickelt. Im Angebot ist da am Checkpoint Charly der Erwerb eines selbst geschlagenen Mauerstücks oder ein Foto mit Wachtposten vor Sandsäcken. Schmerzliche Vergangenheit für Deutsche im Accessoirehandel. Und „Deutschlands witzigste Stadtrundfahrt“ – so nennt die sich wirklich – zeigt dem abenteuerlustigen Besucher dann auf einer „Trabi-Safari“ die authentischen Schauplätze der DDR.

Ich vermute: Jeder oder Jede, die in Bautzen, Hohenschönhausen oder anderswo in der DDR als politischer Häftling eingesessen hat, wird diese scheinbar witzigen DDR-Erkundungen eher unmöglich finden. Die DDR darf nicht in der Rückschau zu einem kollektiven Ostseeurlaub hinter einer dekorativen Mauer verwandelt werden. Deshalb ist es wichtig, dass immer wieder an die besonderen Umstände der Existenz der DDR und des Lebens in der DDR und des Kampfes um Freiheit erinnert wird!

Denn jeder, der sich ein wenig für sie interessiert hat, wusste auch schon zu Zeiten der Existenz der DDR, dass sie eben kein normaler Staat war. Welcher normale Staat leistet sich für 17 Millionen Einwohner eine Geheimpolizei von 100.000 Hauptamtlichen und bis zu 200.000 inoffiziellen Mitarbeitern? Gemessen an der Einwohnerzahl war das Ministerium für Staatssicherheit 1989 mit einer Quote von einem hauptamtlichen Mitarbeiter auf 180 Einwohner der größte geheimdienstliche Apparat der Weltgeschichte. Das zeigt doch: Die DDR war kein normaler Staat!

Nein, die DDR war von Beginn an eine Diktatur! Sie war Frontstaat des kommunistischen Systems, das sich selbst im Wettbewerb mit dem kapitalistischen Klassenfeind sah. Sie war ein historisches Produkt des Kalten Krieges. Und ihre Machthaber unterdrückten Menschen und ihre Rechte! Als ein solcher Frontstaat hing sie von Beginn an von der Anwesenheit und notfalls dem Eingreifen sowjetischer Truppen ab. Allen, die da in den frühen Jahren der Deutschen Demokratischen Republik vielleicht Illusionen hatten, musste spätestens der 17. Juni 1953 ein für alle Mal die Augen öffnen.

Die DDR war ein Land, das seine Bewohner an freier Entfaltung hinderte. Das ist umfassend gemeint. Einschränkungen gab es bei der Freiheit des Wortes ebenso wie bei der fehlenden Reisefreiheit. Es gab nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD und der Bildung der sogenannten Nationalen Front in der DDR keinen politischen Wettbewerb mehr um die Regierung: Die SED hat die Führung im Staat seitdem unter Berufung auf ihre tiefere Einsicht in die angeblichen Gesetze des wissenschaftlichen Sozialismus beansprucht und vor allem mit brachialer Gewalt verteidigt.

Wer immer dagegen Widerstand leistete, musste mit politischer Verfolgung rechnen. Ich muss als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf die bis zu 5.000 Sozialdemokraten hinweisen, die schon in der frühen DDR inhaftiert wurden. Viele von ihnen haben hier in Bautzen eingesperrt. Und in der Rückschau ist eines klar: Die Monate vor dem 9. November 1989 haben gezeigt, dass die DDR auch vierzig Jahre nach ihrer Gründung noch kein normaler und in seiner Bevölkerung akzeptierter Staat war. Sobald der Eiserne Vorhang einen Spalt weit geöffnet wurde, setzte die „Abstimmung mit den Füßen“ wieder ein, die 1961 nur durch den Mauerbau beendet werden konnte.

Das ist das Spezifische an diesem Staat, das wir bei aller Differenzierung des Urteils über das Gesundheitssystem, die Schulen, die Kindertagesstätten oder über die Kultur in der DDR nicht außer Acht lassen dürfen. Und wenn die DDR in der Rückschau als ein normaler Staat erinnert würde, dann ginge auch das



Spezifische des Widerstands gegen sie verloren. Dann wäre die Frage berechtigt, was denn gegen die Nutzung von Gefangenen zur Steigerung des eigenen Gewinns einzuwenden ist. Ich meine in diesem Fall IKEA, den Möbelhersteller, von dem in den letzten Wochen viel dazu in den Medien stand. Und ich vermute, das ist nicht das einzige Unternehmen.

Wenn die DDR den Menschen in der Rückschau als ein normaler Staat erschiene, dann ginge auch die Erinnerung an Orte wie Bautzen und seine Opfer verloren. Denn dann könnte jeder behaupten, die DDR habe eben wie jeder andere normale Staat nur seine abgeurteilten Straftäter ins Gefängnis gesteckt. Dann gäbe es keinen Unterschied mehr zwischen den Häftlingen, die Opfer für Freiheit und Demokratie gebracht haben, und denen, die Freiheit und Demokratie bekämpfen. Dann könnte man die Haftbedingungen in Bautzen vielleicht sogar mit denen aufrechnen – was manche tun –, die Erich Honecker im NS-Staat erlitten hat. Vor allem aber ginge die Erinnerung an 1989 als einen in der deutschen Geschichte seltenen Moment der Selbstbefreiung verloren. Das wäre der vielleicht größte Verlust im kollektiven Gedächtnis unseres Volkes.

Aber jeder hier im Saal weiß aus eigener Erfahrung in der Erinnerungsarbeit, dass es nicht damit getan ist, mahnend die Stimme zu erheben. Das Erinnern an den Unrechtscharakter eines Regimes kann man nicht im Stil einer Erziehungskam-

pagne planen. Und jeder hier weiß auch, dass die persönlichen Erinnerungen der ehemaligen DDR-Bürger nicht aufgehen in dem, was den Staat zur Diktatur gemacht hat.

Ich jedenfalls habe großes Verständnis dafür, dass es viele persönliche Erinnerungen von Menschen, die in der DDR gelebt haben, an gute Zeiten gibt. In der DDR hat man sich verliebt, man hat geheiratet, Kinder bekommen, Feste gefeiert und Freundschaften geschlossen. Wie überall in der Welt auch. Es gab auch eine Idylle hinter dem Eisernen Vorhang – gar keine Frage! Ich glaube, es ist auch wichtig klarzumachen, dass eine Debatte über den Unrechtsstaat DDR nicht gleichbedeutend damit ist, die Biografien der Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind und gelebt haben, mit diesem Unrechtsstaat gleichzusetzen.

Wenn wir aber sicherstellen wollen, dass das Unrecht in der DDR ebenso wenig vergessen wird wie die Opfer dieses Regimes, dann müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen. Denn das Unrecht, das in der DDR existierte, ihre Enge und die Unterdrückung Andersdenkender werden nur durch den Kontrast zu einer gelungenen Demokratie und zu einer freien Gesellschaft sichtbar. Und ich füge ausdrücklich hinzu: Das schließt auch die Freiheit von Not mit ein.

Woher soll ein junger Mensch auch wissen, was eine Diktatur ist, wenn er oder sie das nicht selbst erlebt hat? Und wir wollen unbedingt verhindern, dass man die Freiheit und Demokratie erst zu schätzen weiß, wenn man sie einmal verloren hatte. Wenn wir Menschen, vor allem jungen Menschen, eine sichere Basis für ein Urteil über die DDR geben wollen, dann gehört vor allem dazu, dass sie das Leben in Freiheit und Demokratie schätzen lernen. Damit der Unterschied im eigenen Leben klar wird.

Ich bin fest davon überzeugt, dass ein gerechtes historisches Urteil über die DDR davon abhängt, dass die Menschen im Osten unser Land insgesamt als eine funktionierende und sozial gerechte Demokratie erleben. Denn der Nährboden für die Banalisierung und vor allem Normalisierung der DDR besteht vor allem aus Enttäuschung. Trabi-Safaris oder Mauersteine sind nicht das, was wir fürchten müssen.

Fürchten müssen wir den Glauben, dass man für Sicherheit und Arbeit ein bisschen Unterdrückung in Kauf nehmen muss. Fürchten müssen wir den Glauben, dass es keinen Unterschied macht, ob demokratisch gewählte Politiker regieren oder der Herrschaftsapparat einer Diktatur wie der der SED. Und sicher hilft auch nicht die Legende, dass die DDR vielleicht nicht luxuriös war, aber doch für alle Bürger angeblich gut gesorgt habe. Wir alle hier wissen: Das hat sie nicht!

Ich habe gesagt, den besten Nährboden für die nachträgliche Normalisierung der

DDR bietet die Enttäuschung. Das alte Überwachungs- und Gängelungssystem der DDR will niemand zurück. Aber es schwindet bei vielen allmählich das Gefühl, dass sie heute in einem guten und gerechten Staat leben.

Beim Vereinigungsparteitag der neuen SPD im Osten und der im Westen im September 1990 hat der damalige Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel auf einen künftig sehr wichtigen Punkt hingewiesen. Er hat gesagt: „Künftig wird aber nicht mehr gefragt werden, ob das, was bei uns geschieht, besser ist als drüben, sondern ob es gut ist, ob es auf Dauer zu verantworten ist, ökologisch und sozial vor allem.“

Heute wissen wir: Es hilft vielen Menschen nicht, dass es heute besser und luxuriöser ist, als es in der DDR war. Die Frage von Hans-Jochen Vogel war ja: Ist es auch gut? Manche hier wissen vielleicht, dass ich inzwischen so eine Art Beute-Ossi geworden bin, weil ich einen Zweitwohnsitz in Magdeburg habe und eine Familie, die in der DDR aufgewachsen ist und dort fast ihr gesamtes Leben verbracht hat. Das führt dazu, dass man ältere, aber auch jüngere Menschen kennenlernt, die eine ganz andere Biografie haben als meine klassischen Freunde oder als meine Familie, die im westlichen Teil Deutschlands aufgewachsen ist. Was ich dort häufig erlebe, ist großes regionales Selbstbewusstsein.

Es erwächst meist aus großer persönlicher und beruflicher Leistung, aber auch aus einer ganz eigenen ostdeutschen Biografie. Das gilt durchaus auch für Jüngere. Und es ist nicht selten gepaart mit Distanz zu manchem aus Westdeutschland, das als überheblich und bevormundend empfunden wird. Ein Beispiel: Ich war vor einiger Zeit in Halle-Neustadt. Dort stehen seit 20 Jahren fünf fürchterlich aussehende Hochhausscheiben leer. Niemand geht da hinein, außer gelegentlich die Polizei oder die Feuerwehr. Und eigentlich gehören sie längst abgerissen, weil dort niemand mehr wohnen wird. Die Oberbürgermeisterin hat beabsichtigt, sie abreißen zu lassen, was jetzt auch erfolgen soll. Und es gibt dagegen eine Bürgerinitiative, unter anderem mit der Begründung, dass nun auch der letzte Rest der DDR-Architektur durch den Westen getilgt werden soll.

Am Anfang kann man sich das Lächeln bei dieser Argumentation nicht verkneifen, aber wenn man eine Sekunde darüber nachdenkt, ahnt man, welches Gefühl dahinter steckt: Nämlich das zu verlieren, was man kennt, was man als Heimat empfindet. Und manchmal soll sogar das Schlechte bleiben, damit man sich weiter beheimatet fühlt und sich auskennt. Das hat viel damit zu tun, dass im Osten Deutschlands ein Gefühl fehlenden Respekts und fehlender Anerkennung verbreitet ist. Und das wird oft von denen missbraucht, die versuchen, die DDR-Vergangenheit bewusst und aus politischen Gründen zu ver-



klären und sie zu einem normalen Staat zu machen. Und es zeigt auch, dass Menschen Erinnerungszeichen brauchen, um ein Heimatgefühl zu entwickeln. Wir dürfen nicht vergessen: Dem Osten wurde nach der Vereinigung ein harter Transformationsprozess zugemutet, der noch nicht zu Ende ist. Und der härter war als alles, was wir uns in Westdeutschland bis heute zugemutet haben! Das hat das tägliche Leben jedes Einzelnen dort natürlich verändert. Viele Menschen in Ostdeutschland hatten und haben manchmal noch heute das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein. Und auch darauf setzen die, die die DDR bewusst verklären wollen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Lebensleistung der in Ostdeutschland aufgewachsenen Menschen deutlich mehr wertschätzen. Auch öffentlich! Sie haben nicht nur die Einheit herbeigeführt, sie haben vor allem vor und nach der deutschen Einheit weit mehr Belastungen ertragen müssen, als wir als westdeutsche Politiker uns jemals getraut hätten, unserer westdeutschen Bevölkerung zuzumuten.

Im Durchschnitt geht es den Menschen in Deutschland materiell besser als 1989, auch im Osten. Wir finden überall in der ehemaligen DDR, in den fünf sogenannten neuen Bundesländern, Beispiele für die enorme Tatkraft, mit der Menschen dort den Wandel angepackt haben: Ich könnte hier eine lange Liste

von Erfolgen in Ostdeutschland aufzählen: Die Infrastruktur ist in einem guten Zustand. Die Innenstädte in der ehemaligen DDR sind heute wieder bewohnbar. Der Raubbau an der Umwelt ist beendet worden. In Flüssen und Seen steckt wieder Leben. Auch Industrien gibt es, die heute wettbewerbsfähig und sauber sind! Die Hochschulen in Ostdeutschland sind Spitze. Und wie selbstverständlich studieren heute junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands, aber auch aus vielen Ländern Europas dort. Das gehört zu den ganz großen Erfolgsgeschichten der deutschen Einheit!

Das alles, finde ich, ist ein großer Fortschritt. Und das ist auch gut, um das Wort von Hans-Jochen Vogel aufzunehmen. Aber zwei Dinge höre ich trotzdem immer wieder, wenn ich mit Menschen in Ostdeutschland spreche: Es geht um fehlende Arbeit. Und es geht um das weit verbreitete Gefühl fehlender Anerkennung und darum, nur Bürger zweiter Klasse im vereinten Deutschland zu sein. Ob das berechtigte Gefühle sind, spielt übrigens gar keine Rolle. Sie sind da, und damit sind sie eine Realität, mit der wir umgehen müssen. Und wir, die wir in der Politik tätig sind, müssen sie ernstnehmen.

Klar ist: Menschen, die keine oder keine anständig bezahlte Arbeit haben, nehmen immer weniger teil am öffentlichen Leben. Im Osten Deutschlands ist das zum Lebensgefühl ganzer Regionen geworden. Aktuell haben wir gerade die Situation, dass die Solarindustrie in Deutschland zusammenbricht. Und das war nun der erste Hoffnungsschimmer, der in Regionen kam, die ausschließlich den Verlust industrieller Arbeitsplätze erlebt hatten. Mit großer Anstrengung und großer Euphorie war eine neue Industrie aufgebaut worden. Neben allen ökonomischen und sozialen Problemen, die der Zusammenbruch dieser Industrie zur Folge hätte – es hat auch eine enorme sozialpsychologische Wirkung, wenn jetzt in kurzer Zeit zum zweiten Mal ganze Regionen wegkippen, weil es uns nicht gelingt, dort ein angemessenes Leben auch mit Arbeit zu verbinden. In ehemaligen Industriegebieten, auch in der ehemaligen DDR, hat Arbeit die persönliche Identität begründet. Im Osten ist das 1990 für viele auf einen Schlag weggebrochen.

Nach 22 Jahren deutscher Einheit ist Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger nicht immer erfahrbar und erlebbar geworden. Übrigens in ganz Deutschland. Selten habe ich als Politiker das Gefühl so deutlich wie in den letzten Monaten und Jahren erlebt, wie stark das Ohnmachtsgefühl von Menschen geworden ist. Ohnmacht aufgrund der Überzeugung, dass nicht Regierung und Parlament regieren, sondern dass Geld die Welt regiert. Oder das Ohnmachtsgefühl, dass Politikerinnen und Politiker eine abgehobene Klasse seien, die sich

um den Rest des Landes nicht kümmern, die keine Ahnung vom Alltag haben und sich nur um sich selbst drehen. Das ist ein Gefühl, das in ganz Deutschland anzutreffen ist.

Deshalb sage ich: Demokratie muss wieder zu einer Erfolgsgeschichte werden für die vielen, und nicht nur für wenige. Klar heißt Demokratie nicht Fehlerlosigkeit oder paradiesische Zustände, sondern eigentlich nur die Chance, gewaltfrei Fehler korrigieren zu können. Aber nur, wenn Demokratie zur Erfolgsgeschichte wird, wird auch der Unterschied zum Unrechtsregime DDR fühlbar und erlebbar. Und nur dann entziehen wir denen den ideologischen Boden, die aufgrund der in einer Demokratie immer existierenden Schwierigkeiten versuchen, die DDR zu verharmlosen.

Dazu gehören gute Arbeit und demokratische Teilhabe. Chancengleichheit gehört dazu. Ebenso Respekt und Anerkennung für jeden Einzelnen. Diese Freiheit steht jedem Bürger und jeder Bürgerin in Deutschland zu, gleich, in welchem Teil des Landes er oder sie lebt. Erfüllen wir das, dann findet eine aktive Erinnerungspolitik, wie sie die Ebert-Stiftung und Sie hier beim Bautzen-Forum betreiben, einen fruchtbaren Boden!

Ich will zum Schluss in diesem Kreis noch einen ganz wichtigen Beitrag zum Erinnern an das Unrecht in der DDR hervorheben. Das ist der Beitrag, den viele Zeitzeugen und Opfer der DDR leisten. Bis weit ins hohe Alter geben Sie die Erinnerung an Orte wie die Haftanstalt in Bautzen und die entsetzlichen Zustände darin weiter an junge Menschen. Ich glaube, es gibt kein besseres Vorbild für die Vorzüge der Demokratie als diejenigen, die mit großer Tapferkeit Widerstand gegen die Diktatur geleistet haben.

Ich sehe hier unter Ihnen auch einige Sozialdemokraten wie den Vorsitzenden unseres SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge, Lothar Otter, der selbst in Bautzen als Mitglied der Jugendorganisation Die Falken eingesperrt wurde. Lieber Lothar Otter, das ist übrigens die Jugendorganisation, in der ich im anderen Teil Deutschlands tätig war und durch die ich zur Sozialdemokratie gefunden habe. Wenn ich dir das einmal sagen darf, ich habe mich immer geärgert, dass ausgerechnet die FDJ unser Blauhemd und den Gruß „Freundschaft“ geklaut hat. Den Unterschied haben sie schön dokumentiert, als sie auf ihr Blauhemd militärische Schulterklappen gemacht haben.

Leute wie Lothar Otter erklären heute jungen Menschen, warum Demokratie und Freiheit keine perfekte, herrschaftsfreie Welt schaffen, aber doch genügend Raum zur Entfaltung der eigenen Person und zum Schutz vor Unterdrückung sichern. Diejenigen, die lebend aus den Haftanstalten entlassen wurden, haben

sich trotz der Unmenschlichkeit von Haft und Folter nicht verbittert zurückgezogen. Sie haben ihre Kraft für den Aufbau eines demokratischen Deutschland eingesetzt.

Vor ihren – und Euren – Lebensleistungen können wir uns auch heute noch verneigen. Und ich will mich heute, auch im Namen der sozialdemokratischen Partei, ausdrücklich bei allen bedanken, die das in ihrem Leben getan haben, gleichgültig, ob sie meiner Partei angehört haben oder einfach nur in Haft geraten sind, weil sie eine eigene Meinung hatten, und die hinterher am Aufbau von Freiheit und Demokratie mitgewirkt haben und daran geglaubt haben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Vortrag

THOMAS GROSSBÖLTING

Legenden, Verzerrungen und Desinteresse: Der Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Die DDR und ihre Vergangenheit lassen uns bis heute nicht los. Auch über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Frage danach, wie wir mit dieser Geschichte umgehen sollen, immer noch ein Thema, das in besonderer Weise höchst unterschiedliche Reaktionen hervorruft, Emotionen weckt und polarisiert. Das 23. Bautzen-Forum greift in diese Debatte ein, wenn es die Frage stellt, ob die DDR ein „ganz normaler Staat“ gewesen sei.

Zunächst einmal ist mit diesem Oberthema ein hehres Ziel verbunden: Dass in hohem Maße historisches Halbwissen und Falschinformationen im Umlauf sind,

steht außer Frage. Legenden aufzuklären und das Wissen über die Geschichte der SED-Diktatur wie auch der DDR zu mehren, das ist ein hoch berechtigtes Anliegen!

Und doch birgt die Themenstellung eine große Gefahr: „Die DDR – ein ganz normaler Staat?“ Mit diesem Titel ist viel weniger eine offene Frage formuliert als eine politische Meinung kundgetan. Wenn man beispielsweise liest, wie die Sächsische Zeitung ihre Leser und Leserinnen auf diese Veranstaltung hinweist, dann wird das damit auftretende Dilemma rasch deutlich: „Die Frage im Titel der Veranstaltung beantwortete die Stiftung in ihrer Ankündigung gleich selbst: ‚Die DDR war eben kein ‚ganz normaler Staat‘, sondern ein Unrechtsstaat, der seinen Bewohnern freie Wahlen und so gut wie alle grundlegenden Freiheitsrechte versagte, der permanent reglementierte und indoktrinierte und obendrein wirtschaftlich vor dem Kollaps stand‘, so die Regionalzeitung in ihrer Ausgabe vom 28. April 2012.

Die Aussage des Zeitungsartikels ist zweifellos richtig und wird beim Gros der politisch Interessierten, bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der historisch-politischen Bildung wie auch bei der Mehrzahl der professionellen Historikerinnen und Historiker uneingeschränkt auf Zustimmung stoßen: Die DDR war kein „normaler Staat“, sondern eine Diktatur, die ihre Bewohner massiv einschränkte und fundamental gegen Menschen- und Bürgerrechte verstieß. Und dennoch hinterlässt eine solche Ankündigung einen bitteren Nachgeschmack: Was und wen erreicht man mit einem Thema wie diesem? Soll vor allem eine weit verbreitete Ansicht noch einmal Bestätigung finden, will man – bildlich gesprochen – die Gläubigen noch einmal bekehren? Oder – umgekehrt gefragt – wie interessieren wir diejenigen für ein Thema, denen die DDR und ihre Vergangenheit fern liegt, lebensweltlich wie auch kulturell? Auf diese Facette der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und die Herausforderung, wie wir einen für die politische Kultur heute produktiven Umgang mit der jüngsten Vergangenheit bewirken, antworten wir mit der Frage „War die DDR ein ganz normaler Staat?“ nur sehr bedingt.

Um dieses Dilemma zu illustrieren, erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, dieses große Thema mit einem ganz kleinen Beispiel zu beginnen: mit einer persönlichen Lern- und Lehrerfahrung, die ich gerade auf dem Bautzen-Forum und damit in einem Zusammenhang, in dem Zwang und Terror der SED-Diktatur besonders stark präsent sind, berichten möchte.

Ich lade Sie dafür zu einer gedanklichen Zeitreise ein: Magdeburg im Sommersemester 2007. An der Otto-von-Guericke-Universität unterrichtete ich ein Pro-

seminar zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Circa 30 Studierenden geht es darum, Verflechtung und Abgrenzung der beiden deutschen Teilstaaten zu rekonstruieren. Neben Studentinnen und Studenten aus dem europäischen Ausland und einigen Kommilitonen, die es aus dem ehemaligen Westen nach Magdeburg verschlagen hat, nehmen vor allem Nachwuchshistorikerinnen und -historiker aus der Stadt selbst oder der Umgebung teil. Auf dem Programm stehen Jugendpolitik und Jugendkulturen in Bundesrepublik und DDR. Zwei Kommilitonen haben etwas vorbereitet und führen in das Thema ein. Sie berichten über die Geschichte der FDJ, der Freien Deutschen Jugend, die politischen Engführungen der 1940er- und 1950er-Jahre, mit denen in der DDR eine freie Entfaltung und Organisation von Jugendinteressen eingeschränkt wurde. Im zweiten Drittel der Sitzung stehen dann die 1970er- und 1980er-Jahre im Vordergrund, wobei die einleitenden Bemerkungen unmittelbar vom Erfahrungshintergrund der Eltern inspiriert sind. Von der Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend in Ostberlin zeugen Abzeichen, Zeitschriften, dazu kommen ein Fahrtenbuch und Kleidungsstücke. Ganz unversehens „rutscht“ die Analyse zur verklärenden Erinnerung, in der die erste Fahrt, die erste Liebe, das erste Bier die politischen Umstände in den Hintergrund drängen. In diese Schilderung hinein platzt die folgende Frage, viel weniger forsch vorgetragen, als sie dem Wortlaut nach klingt: „Liebe Kollegen, alles schön und gut, aber: War die FDJ nicht doch eine rote Hitlerjugend?“

Für einen Augenblick gespannte Stille ob der überraschenden Wende des Gesprächs! Dann entfaltet sich rasch eine erregte Diskussion, die aber – so das große Glück – umschlägt in eine hoch produktive Stimmung: Der Ehrgeiz der jungen Leute – 20 bis 25 Jahre alt und damit aus der Alterskohorte derjenigen, die die DDR persönlich allenfalls aus der Kinderkrippe kennen – richtet sich darauf, Antworten zu geben nicht nur auf die im Raum stehende Frage, sondern auch auf viele andere Facetten. Wie können wir als Historikerinnen und Historiker uns nun zu Problemen und – ganz wichtig, wir können da nicht in Halbdistanz verbleiben – Urteilen wie diesen verhalten?

Ab diesem Moment war ich als Seminarleiter weitgehend überflüssig. Was ich erlebte, war ein couragiertes Ringen um eben diese Fragen. Quellennah galt es zu klären, wie die DDR retrospektiv einzuordnen war, wie der Diktaturcharakter der DDR zu fassen war, wie sich Gesellschaft und Politik zueinander verhielten.

Ein erstes Interesse richtete sich auf die aktuellen „Legenden“, die in Umlauf waren und sind. In diesem Sinne ließ sich danach fragen, wie es um die wirtschaftliche und technische Leistungskraft der DDR bestellt war. Noch in den 1970er-Jahren glaubte auch die Bundesregierung, dass sich die DDR im Klub der



zwei Dutzend Nationen befand, die über das stärkste Bruttosozialprodukt weltweit verfügten, die Selbstdarstellung der DDR-Oberen suggerierte genau dieses. Auf „Weltniveau“ befanden sich Produktion und Wirtschaft nur in ganz wenigen Bereichen, die volkswirtschaftlich kaum ins Gewicht fielen. Generell aber blieb die Wirtschaftsleistung weit hinter den Möglichkeiten zurück. Zunächst schränkte die schwierige Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg den wirtschaftlichen Aufschwung empfindlich ein, in den Folgejahrzehnten kamen dann die strukturellen Selbstblockaden in der DDR wie auch im osteuropäischen Wirtschaftsblock immer stärker zum Tragen.

Trotz aller Propagandaformeln war die DDR kein Staat der Jugend. Auch wenn die SED-Führung immer wieder die junge Generation als „Kampfeserve der Partei“ beschwor und ihr verbal alle Möglichkeiten einräumte, waren praktisch die Chancen begrenzt. Und das galt nicht nur für diejenigen, die politisch nicht auf Linie waren. Auch für die Systemkonformen tat sich in der Generationenfolge der DDR eine Blockade auf, die den Zusammenbruch des Systems und die friedliche Revolution mit erklären hilft. In ähnlicher Weise funktionierte die Formel vom „Arbeiter- und Bauernstaat“.

Diese politisch vorgegebene Selbstbeschreibung der DDR-Gesellschaft war zweifelsohne politisch verlogen. Sozial belanglos war sie dennoch nicht. Die verbale Hochachtung und die vielfältigen Bemühungen, an bestimmte Basisforderungen der deutschen Arbeiterbewegung anzuknüpfen, konnten Loyalität

erzeugen, die sich an der politischen Bevormundung aber immer wieder brach. Zudem verdeckte diese Formel, dass die DDR keine mit Blick auf Einkommen und Reichtum egalitäre Gesellschaft hervorbrachte. Natürlich spielten Geld und die Demonstration von Besitz eine andere, wesentlich moderatere Rolle in der DDR als beispielsweise in der Bundesrepublik. Und dennoch haben wir es mit einem ausgeprägten System von Privilegien und Bevorzugungen zu tun, welches insbesondere die sozialistischen Dienstklassen, unter ihnen vor allem die sogenannten bewaffneten Organe, aber auch die Mitarbeiter der Staatssicherheit gut und besser stellte.

„Internationalistisch“ und damit gastfreundlich gab sich die DDR gegenüber Ausländern aus sozialistischen Bruderstaaten. Schaut man aber auf die Lebenswelt und den Alltag von Vietnamesen und farbigen Menschen in der DDR, dann zeigt sich rasch, dass diese keine gleichberechtigten Mitglieder einer transnational gedachten sozialistischen Gesellschaft waren, sondern eher geduldete Gäste einer national definierten Mehrheitsgesellschaft.

Sozialistische Solidarität, antiimperialistische Solidarität und friedliche Koexistenz, so lauteten die aus der Staatsideologie abgeleiteten Maximen der Außenpolitik der DDR. Natürlich stimmt es, so der oft hitzig getätigte Hinweis, dass vom Boden der DDR im Unterschied zu NS-Deutschland nie ein Krieg ausgegangen ist. Und dennoch waren die Formeln vom „Friedensstaat“ von der Realität der DDR-Außenpolitik weit entfernt. Stattdessen bestimmten Motive der Existenzsicherung und der Wunsch nach Ausdehnung der außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten das Agieren der DDR-Regierung nach außen.

War die DDR eine „Sportnation“? Die SED-Führung schmückte sich offensiv mit den Erfolgen im internationalen Sport: Seit 1976 schoben sich die ostdeutschen Athleten und Mannschaften bei den olympischen Medaillenspiegeln regelmäßig (mit) an die Spitze und standen damit nicht nur weit vor der Bundesrepublik, sondern auch vor den ungleich bevölkerungsreicheren USA, einmal auch vor der UdSSR. Wir wissen heute sehr genau um den Preis, den die Sportler und Sportlerinnen dafür zahlten: Doping auf Staatsanweisung und politische Reglementierung. Dass der (nicht olympische) Freizeitsport dann immer die zweite Geige spielte, tritt dagegen nahezu in den Hintergrund. Berücksichtigt man die Faktoren, die den Erfolg der Sportnation DDR ermöglichten, dann treten auch die Hypotheken und Lügen zu Tage, mit denen der DDR-Sport zeit seiner Existenz lebte.

Die Selbstbezeichnung vom „Leseland DDR“ hatte durchaus ihre Berechtigung: Ja, die goldgeschnittene Klassikerausgabe war hoch präsent. Nicht nur im Ver-

gleich zur Bundesrepublik, sondern auch zu den osteuropäischen Gesellschaften hatte das Lesen als Form der Freizeitbeschäftigung bei den Bürgerinnen und Bürgern einen großen Stellenwert. Unter den Bedingungen der Diktatur kamen der Literatur besondere Funktionen zu, die weit über die reine Unterhaltung hinausgingen. Belletristik und Poesie konnten ebenso Rückzugsmöglichkeiten in eine Traumwelt bieten wie einen Raum für Reflexion und Verständigung eröffnen, der in der prinzipiell geschlossenen Gesellschaft sonst weniger vorhanden war. Nach der Wiedervereinigung verloren diese Möglichkeiten an Gewicht. Die tiefgreifenden Umstrukturierungen in der Buchproduktion und im Vertrieb taten ein Übriges und verminderten die Stellung des Lesens und damit der Literatur stark.

War die DDR im Bereich der Frauenemanzipation der erfolgreichere Staat, wie oft gemutmaßt wird? Ohne Zweifel hat die DDR-Gesellschaftspolitik gerade im Vergleich zur alten Bundesrepublik die Rolle der Frau stark verändert, dennoch blieben viele Kontinuitäten und Seiteneffekte. Die „Emanzipationspolitik“ rückte Frauen nur allzu oft in eine Rolle, bei der die Mehrfachbelastung von Beruf, Familie und Haushalt zu bewältigen war, ohne dass es einen Machtzuwachs in Politik und Gesellschaft nach sich gezogen hätte.

Die DDR war ebenso wenig ein „antifaschistischer Staat“, wie die Volksarmee eine Armee des Volkes war. Nur die Fassade der 1970er-Jahre lässt dieses Dezennium als „goldenes Jahrzehnt“ erscheinen. Dahinter aber wuchs der staatliche Repressionsapparat. Exemplarisch dafür steht die Entwicklung im Ministerium für Staatssicherheit, das immer ausgeklügeltere Techniken der Überwachung und der „Zersetzung“ nutzte.

All diese Überlegungen münden in die dann wichtigste Frage, die unmittelbar sowohl mit einer historischen als auch mit einer politischen Wertung verbunden ist: War die DDR ein Unrechtsstaat? Ja, sie war ein Unrechtsstaat. Es entwickelte sich sogar – darauf hat die amerikanische Rechtshistorikerin Inga Markovitz hingewiesen – eine ganz eigene Kultur der Rechtspflege. Wie jedes andere komplexe Gemeinwesen verfügte die DDR über eine funktionierende Rechtsordnung, die die Angelegenheiten des Alltags regelte. Natürlich wurden Verkehrsünder bestraft und Mörder eingesperrt. Dass dieser Umstand aber nicht den Kern des Rechtsstaatsbegriffs umfasst, liegt auf der Hand: Vom formalen und materiellen Rechtsstaatsprinzip blieb wenig. Die DDR war ein Regime der permanenten Menschenrechtsverletzungen. Die Bürger- und Freiheitsrechte waren reglementiert und konnten bei politischem Bedarf weiter eingeschränkt werden. Biografien vieler, die am Bautzen-Forum teilnehmen, bezeugen den Unrechtscharakter des



SED-Regimes.

Ein Geschäft der Historikerin bzw. des Historikers ist damit getan: die quellen-nahe und methodisch reflektierte Rekonstruktion und Deutung der Vergangenheit. Dass auf diese Weise aber nur eine Facette der Herausforderung angegangen wurde, möchte ich an einem zweiten Beispiel illustrieren: „Ich denke keinesfalls, dass es hier besser ist.“ Mit „hier“ meint der zitierte 30-jährige Betriebswirt das wiedervereinigte Deutschland. Der Interviewpartner aus dem Jahr 2009 steht eigentlich für eine deutsch-deutsche Erfolgsgeschichte: 1979 geboren, hat er die DDR lediglich als Kind erlebt. Er machte nach Schule und Studium eine durchaus beachtliche berufliche Karriere, die ihn aktuell ins Ruhrgebiet und damit in den Westen der Republik gespült hat. Und auch wenn er konstatiert, er habe „zu Hause keinen Schrein aus Spreewaldgurken“ stehen, besitzt er ein Bild von der DDR, das so gar nicht den Intentionen derjenigen entspricht, die aus der Geschichte lernen und damit zur politischen Kultur der Bundesrepublik beitragen wollen.

„Man kann nicht sagen, die DDR war ein Unrechtsstaat, und heute ist alles gut.“ Wer wolle heute denn schon von „Reisefreiheit“ sprechen, bei all denen, die am Rande des Existenzminimums leben. „Früher gab es die Stasi, heute [im Jahr 2009 und noch vor der Bundestagswahl] sammelt die GEZ [die Gebührenein-

zugszentrale] unsere Daten“.¹ Der hier Zitierte ist eher eine Person des wiedervereinigten Deutschlands als ein ehemaliger Bürger der DDR. 20 seiner insgesamt 30 Lebensjahre hat er nach 1989/90 zugebracht. Dennoch steht er mit der oben demonstrierten Haltung nicht alleine.

In Gesprächen über die DDR trifft man immer wieder auch auf jüngere Personen, die sich in all ihrer Beredsamkeit schwer tun mit der Charakterisierung der DDR als Diktatur. Im alten Westen steht dahinter die Befürchtung, zu schnell Nationalsozialismus und SED-Diktatur in eine Schublade zu stecken, sodass man vor dem Etikett „Diktatur“ für die DDR zurückschreckt. Im alten Osten nehmen junge Menschen diese Haltung nicht als Parteigänger des SED-Staatssozialismus ein, sondern als Verteidiger der Biografien ihrer Eltern und Großeltern.

Wie kommt das zustande? Und wie können wir mit diesem Phänomen umgehen? Die Vergleiche und Parallelen, die der junge Mann gezogen hat, sprechen der historischen Erkenntnis Hohn und reizen zum Widerspruch. Seine Worte nun aber mit historischen Fakten zu widerlegen oder, wenn man von diesem Beispiel aufs Allgemeine schließt, ein Mehr an Bemühungen um historische Bildung in Schule und außerschulischer Bildung zu fordern, wäre wenig zielführend. Äußerungen wie diese sind nicht Element einer geschichtswissenschaftlichen Diskussion, in der es um die Klärung und Bewertung historischer Fakten ginge. Ins Spiel kommt vielmehr eine weitere Größe, nämlich die verschiedenen Formen des kommunikativen Gedächtnisses:

Im Fall der DDR-Erinnerung kollidiert die biografische Erfahrung derjenigen, die in der DDR groß geworden sind oder ihr familiär oder sonst wie lebensweltlich stark verbunden sind, mit der Deutung der DDR, die im kulturellen und im Bildungsbereich angeboten wird. Als Erfahrungsgemeinschaft treten dabei die Ostdeutschen hervor, ohne eine einheitliche Haltung zu entwickeln. Wie unterschiedlich sie auch immer die DDR erinnern, wie bei fast jeder Form von biografischer Erinnerung ist ihnen gemein, dass persönliche und soziale Identität in der Regel als eine kontinuierliche und sich folgerichtig entwickelnde Größe gedacht wird. Dieses kommunikative Gedächtnis schöpft Legitimität aus der (Zeit-) Zeugenerfahrung der Erzählenden und dem damit verbundenen Anspruch auf Authentizität.

Diese Ebene der Erinnerung kollidiert mit einem zweiten Feld der Vergangenheitsaufarbeitung, welches sich als kulturelle Überlieferung bezeichnen lässt.

1) Die Zitate sind entnommen aus einem Preview-Artikel zu der Veröffentlichung von Monika Deutz-Schröder und Klaus Schröder: Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie. Schwalbach 2009. Hier Bonstein, Julia: „Heimweh nach der Diktatur“. In: spiegel-online, Zugriff am 29. 6. 2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,633180,00.html>

Staatliche Geschichtspolitik, die von der Etablierung von Enquetekommissionen bis hin zu Regelungen des schulischen Geschichtsunterrichts reicht, tritt in der Erinnerungslandschaft zur DDR neben zivilgesellschaftliche Initiativen – in der DDR-Aufarbeitung haben wir es mit einer wohl einzigartigen zeithistorischen Mobilisierung zu tun. Diese Bemühungen sind von dem Anspruch geprägt, mittels Geschichtspolitik bestimmte Konstellationen der DDR-Geschichte in Erinnerung an die SED-Diktatur zu delegitimieren.

Das eingangs zitierte Statement des gerade noch zu DDR-Zeiten geborenen und darüber hinaus dem zweiten deutschen Staat familiär verbundenen Betriebswirtes zeigt überdeutlich, wie stark diese beiden Erinnerungsfelder in Konflikt zueinander stehen, sich das biografische Gedächtnis an der kulturellen Überlieferung abarbeitet und reibt. Das auf direkte Kommunikation angelegte Familiengedächtnis scheint in seiner Wirkung dem in Schule und in der außerschulischen Bildung vermittelten DDR-Bild überlegen zu sein. Die Erinnerung im privaten Umfeld, in Familie, in der Verwandtschaft und in der Gruppe von Freunden und Kollegen stellt weniger auf die großen politischen Zusammenhänge ab, sondern thematisiert Lebenswelt und Alltag. Nicht Demokratie und Diktatur sowie die damit verbundenen Systemfragen, sondern das richtige Leben im – subjektiv als gar nicht so sehr verformt empfundenen politischen System – steht hier im Vordergrund des Interesses. Diese Einsicht ist nicht neu, sondern im Zusammenhang mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus bereits erforscht worden.

Und es steht sogar zu befürchten, dass dieses Auseintreten von offiziellem Geschichtsbild und privater Erinnerung durch über 20 Jahre Aufarbeitung eher gefördert als vermindert wurde. Nach 1990, so deuteten verschiedenste Meinungsumfragen an, wuchsen die beiden deutschen Gesellschaften in vieler Hinsicht zusammen, gefühlt aber entfernten sie sich voneinander. Neben den harten Themen politischer und sozialer Verteilungskonflikte – Arbeitslosigkeit, Solidarbeitrag und anderes – stach ein Element dabei besonders hervor: der Blick auf die Geschichte und die damit verbundene Einordnung und Bewertung vergangener Zeiten. Selbst diejenigen Beobachter, die insgesamt von einer erfolgreichen Annäherung von Ost und West ausgehen, nehmen einen Faktor explizit davon aus: die Ausnahme sei, so der amerikanische Politikwissenschaftler Laurence McFalls, „of course“ die historische Erinnerung.

Diese Vermutung wird bestätigt durch die Analysen und Beurteilungen einer ganzen Reihe nicht deutscher Forscher: In der französischsprachigen, insbesondere aber auch in der englischsprachigen Wissenschaft schaut man seit Langem und intensiv darauf, wie die vormalig geteilten deutschen Gesellschaften

mit der gemeinsamen Vergangenheit umgehen. Insbesondere ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die unseren Umgang mit der DDR-Vergangenheit beobachten, stellen in dieser Hinsicht den deutschen Bemühungen kein gutes Zeugnis aus:

Von einer zweiten Chance, die nicht ergriffen wurde, oder von der „Kolonisierung“ des Ostens ist die Rede.² „Learning from the Germans?“³, fragt zum Beispiel Andrew Beattie. Mit Blick auf das sich erweiternde Europa mag der australische Deutschlandexperte dieser Staatengemeinschaft den deutschen Weg nicht oder wenigstens nur sehr bedingt empfehlen: Der Einigungsprozess und besonders die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit seien ganz entscheidend durch politische und symbolische Disparitäten bestimmt. Nicht das europäische Motto „diversity in unity“, sondern „oversimplified western success stories“ auf der einen und „eastern horror stories“ auf der anderen Seite prägten das Bild der offiziellen Aufarbeitungsanstrengungen.³ Viele seiner Kollegen stimmen in diese Beurteilung ein: zu politisiert, zu elitär, vor allem völlig über die Köpfe der früheren DDR-Bürger hinweg.⁴ „Truth without reconciliation“ – Wahrheit ohne Versöhnung –, so das deutlich auf die Schwächen abhebende Urteil der Politologin Jennifer A. Yoder über die Bemühungen insbesondere der Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen.⁵

Welche Schlüsse gilt es daraus zu ziehen? Während die wissenschaftliche Analyse, blickt man auf diese in ihrer Gesamtheit, mittlerweile ein hoch differenziertes Bild der DDR liefert, liegen der öffentlichen Erörterung nur allzu oft Zerrbilder zugrunde, die einen Zugang zu ihrer Geschichte schwer machen: Einige Kommentatoren behandeln die DDR als ein graues, eintöniges, von Uniformen beherrschtes Land, andere Beobachter hingegen porträtieren sie als eine bunte, fröhliche und von Solidarität geprägte Gemeinschaft. Hier steht die Idee vom kommunistischen „Schurkenstaat“ neben dem fröhlichen Kollektiv aus der „Sonnenallee“ – und diese Bilder stehen vielfach unverbunden nebeneinander, sodass viel Raum bleibt für Legenden und Verklärungen. Im Folgenden sollen

2) Yoder, Jennifer A.: *From East Germans to Germans? The New Postcommunist Elites*. Durham 1999; Sadah, Anne: *Germany's Second Chance. Truth, Justice and Democratization*. Cambridge 1998; Cooke, Paul: *Representing East Germany Since Unification: From Colonization to Nostalgia*. London 2005, u. v. m.

3) Beattie, Andrew: *Learning from the Germans? History and Memory in German and European Discourses of Integration*. In: *PORTAL Journal of Multidisciplinary International Studies*, 4 (2007) 2, S. 18 (pdf). <http://epress.lib.uts.edu.au/ojs/index.php/portal> [Zugriff am 25. 6.2009]

4) Beattie, Andrew H.: *Playing Politics with History. The Bundestag Inquiries into East Germany*. New York 2008, S. 233.

5) Yoder, Jennifer A.: *Truth without Reconciliation in Post-Communist Germany: An Appraisal of the Enquete Commission on the SED Dictatorship in Germany*. In: *German Politics*, 8 (1999) 3, S. 59–80.

einige Überlegungen angestellt werden, wie diese Schwierigkeiten zu überwinden sind:

Wider „Ostalgie“ und „Die Täter sind unter uns“: Aufarbeitung braucht Argumente und Differenzierungen

Die Angst davor, mittels einer Historisierung der DDR eine klare Position zur DDR zu relativieren, scheint mir unbegründet. Wir müssen die DDR nicht oder zumindest nicht mehr delegitimieren. Das hat das System selbst getan, und es reicht die nüchterne Darstellung der Fakten, um dies zu zeigen. Dass Relikte der zum Glück verblichenen Diktatur die politische Kultur, das zivilgesellschaftliche Engagement unserer jetzigen Demokratie beeinträchtigen, sehe ich nirgends, ein gelegentlich verbreiteter Alarmismus scheint höchst künstlich. Entsprechende Parolen mögen eine kurzfristige Mobilisierungsfunktion haben, auf die Aufarbeitung insgesamt aber wirken sie sich nicht positiv aus. Im Gegenteil, sie befördern die Ostalgie: Paradoxerweise blickt mittlerweile ein großer Teil der Ostdeutschen auf ihr früheres Leben mit wachsender Wehmut. Ursachen dafür sind primär Enttäuschungen über die Vereinigung und ihre Folgen, sekundär auch ein verbindender Bezug auf zentrale Werte wie „Gemeinschaft“ und „Ehrlichkeit“, die mit Erfahrungen nach 1990 kontrastiert werden und die unterschiedlichen Generationen, gelegentlich sogar die unterschiedlichen politischen Positionierungen überbrücken. Bestimmte Denkblockaden kommen als Abwehr meist grobschlächtiger Skizzen zustande. Im Extremfall verblasst dann die Erfahrung des manchmal selbst erlebten Zwangscharakters des SED-Systems gegenüber dem Versuch, das eigene Leben angesichts der als ungerecht empfundenen Anwürfe zu rechtfertigen.

Letztlich bedeutet dies sowohl für die zeithistorische Forschung wie auch für die politische Bildung, nicht bei der moralischen Distanzierung stehen zu bleiben, sondern daran festzuhalten, dass historischer Erkenntnisgewinn und historisches Lernen weit darüber hinausgreifen und vor allem nach Differenzierungen und Konkretion verlangen. Wer das im Sinne einer vordergründigen Pädagogisierung oder auch des Populismus verkürzt darstellt, ist in dieser Hinsicht weder wissenschaftlich tieferschürfend noch wahrhaftig, sondern blockiert damit, dass die Ergebnisse aus Forschung und Bildung bei den gedachten Adressaten ankommen.

Blockaden des Aufarbeitungsdiskurses: die „Schlachten von gestern“ und die Schüler von heute

Viel mehr als in anderen Teilbereichen der Geschichte geht es bei der Auf-



arbeitung der DDR um Delegitimierung und Legitimierung des Vergangenen, um Abrechnung und Selbstbestätigung. Dieser Zugang sichert der DDR-Geschichte bis heute einen großen Teil der ihr zukommenden Aufmerksamkeit. Dieser „Bonus“ verliert aber zunehmend an Bedeutung, und zwar insbesondere dann, wenn wir die heutige Vermittlung dieses Teils unserer Geschichte betrachten, vor allem mit Blick auf die nächste Generation: Nicht selten verwischen hier die Grenzen zwischen Wissenschaft, Medien und Popularisierung, häufig verschaffen allein Skandalisierung und Personalisierung Gehör in der Öffentlichkeit. Das, was vorher (partiell) einer breiten öffentlichen oder medialen Auseinandersetzung genützt hat, droht ins Gegenteil umzuschlagen.

Die divergierenden Deutungen der DDR-Geschichte, die von Betroffenen und Tätern als Fortsetzung vergangener Auseinandersetzungen und Kämpfe dargestellt wird, die also vor allem zur Selbstverteidigung und zur Positionierung in aktuellen Deutungs- und Interessenkonflikten dient, avanciert zum geschichts- und bildungspolitischen Dinosaurier. Dazu gehören geschichtspolitische Auseinandersetzungen oder die Keilereien unter Wissenschaftlern ebenso wie die Instrumentalisierungsversuche der politischen Parteien.

Die DDR-Geschichtsdebatten, die die „Szene“ so engagiert und mit einem relativ großen Presseecho führt, laufen Gefahr, insbesondere in Teilen der jüngeren Generation anders wahrgenommen zu werden als intendiert – viel weniger als Suche nach der richtigen Interpretation der DDR-Geschichte denn als skurriles

Schauspiel, in dem sich ehemalige Bürgerrechtler mit westdeutschen Ex-Linken streiten. Ein aktuelles Beispiel ist die Auseinandersetzung um die Potsdamer Gedenkstätte in der Leistikowstraße, in der der Streit um die richtige Form des Gedenkens im März 2012 umgeschlagen ist in tätliche Auseinandersetzungen zwischen Protagonisten verschiedener Aufarbeitungsstile. Soll auf diese Weise geworben werden für eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit? Nicht die Beschäftigung mit Geschichtskennntnissen wird angeregt, sondern das Misstrauen in eine Auseinandersetzung geschürt, die so vordergründig doch vor allem von politischen Gegenwartsinteressen getragen wird.

Die gesellschaftliche Diskussion soll und wird einen Minimalkonsens zur Ortsbestimmung der DDR in der deutschen Geschichte formulieren – und darf auch nicht mehr als das tun!

Die geschichtspolitischen Bemühungen um die DDR-Erinnerung werden darauf abzielen müssen, einen Minimalkonsens zu formulieren. Mit Blick auf die angemessene Erinnerung an die NS-Diktatur haben wir in vielen Punkten 50 Jahre und länger dafür gebraucht, einen Kanon von Einsichten zu formulieren, der nicht mehr in Frage gestellt wird. Wer heute prinzipiell leugnet, dass es die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden gegeben hat, verlässt automatisch das politische Feld und disqualifiziert sich für die weitere Diskussion. Wir haben damit deutlich markierte Standards der Beschreibung der NS-Diktatur, hinter die wir weder fachlich noch politisch zurückfallen.

Im Fall der SED-Diktatur gibt es einen solchen Konsens noch nicht, sondern wir müssen uns diesen noch erarbeiten. Ich will einige Punkte benennen, die aus meiner Sicht einen Ansatz für einen solchen Minimalkonsens bieten könnten:

Die DDR war der langlebige Versuch, in Ostdeutschland ein lediglich ideologisch legitimes und in sich funktionsuntüchtiges Staats- und Gesellschaftsmodell aufrechtzuerhalten. Damit gingen Jahrzehnte der Unfreiheit einher, es etablierte sich ein Disziplinierungsregime permanenter Menschenrechtsverletzung. Das brachte vielfältiges individuelles Unrecht und Leid über die Unangepassten, die Nonkonformen, die politischen Gegner des SED-Regimes oder die sonst wie in die Mühlen des Unterdrückungsapparats Geratenen. Wir sind politisch angehalten, dieses Unrecht – soweit das überhaupt möglich ist – wiedergutzumachen. Geschichtspolitisch müssen wir die Schicksale der Betroffenen in Erinnerung behalten. Nicht zuletzt sind auch die Jahrzehnte nationaler Trennung und Teilung und die damit verbundenen Einschränkungen vor allem für die Ost-, aber auch die Westdeutschen darunter zu zählen.

Diese – und sicher noch weitere zu ergänzende – Fakten qualifizieren die DDR in der Summe als Diktatur und damit als ein System, das sich grundlegend von demokratischen Systemen unterscheidet. Das muss die historisch-politische Bildung diskutieren und breit verständlich machen. Über einen solchen, sicher nicht vollständigen oder abgeschlossenen Kanon hinaus sollten wir nicht den Anspruch erheben zu dekretieren, wie Vergangenheit und insbesondere biografische Erfahrung zu interpretieren ist. Gelegentlich wird das Ideal einer von allen geteilten Geschichtsauffassung formuliert, an der sich eine „kollektive“ oder gar eine „nationale Identität“ entwickeln könne. Letztlich ist eine solche Vorstellung vordemokratisch und zudem – pragmatisch betrachtet – unrealistisch. Wir werden eine solche Uniformität der Geschichtsauffassung nicht erreichen. Treffend hat es Lutz Niethammer ausgedrückt: „Eher geht ein westdeutsches Kamel durch ein Nadelöhr seines Unwissens, als dass sich Stasi-Opfer und wegen ‚Staatsnähe‘ Abgewickelte auf eine Geschichte der DDR einigen könnten“.⁶

Keine einheitliche Geschichtsinterpretation, sondern das Anerkennen von Grundprinzipien wie das der Pluralität der offenen Gesellschaft kennzeichnet eine gelebte Demokratie. Die daraus abgeleiteten vielen Geschichten und die gemeinsame Auseinandersetzung mit der Frage, was im Gedächtnis der Nation aufzubewahren ist, konstituieren dann Gemeinsamkeit. Eine solche Beschäftigung mit der Vergangenheit lässt dann schon im eigenen Tun Basisprinzipien eines demokratischen, rechtsstaatlichen und auf Partizipation angelegten Gemeinwesens aufscheinen. In dieser Art und Weise betrieben, schafft sie die Voraussetzung dafür, dass Legenden keinen Platz mehr greifen, sondern abgelöst werden von einem fundierten Wissen und einer davon abgeleiteten Urteilsfähigkeit, die der politischen Kultur zuträglich ist.

6) Niethammer, Lutz: *Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?* In: Kleßmann, Christoph u. a.: *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte.* Berlin 1999, S. 307–328, hier S. 320 f.



Podiumsdiskussion

„Einen Geheimdienst hat doch jeder Staat!“ – die Staatssicherheit als zentrales Machtinstrument der SED

UTA LEICHSENRING, HANS OTTO BRÄUTIGAM, HANSJÖRG GEIGER, JENS GIESEKE

Moderation: JACQUELINE BOYSEN

JACQUELINE BOYSEN: Meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich zu unserer Runde begrüßen und möchte das mit einem Zitat tun: „Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen“ (Milan Kundera). Dieses Zitat steht einer Publikation voran, die vom Bautzen-Komitee herausgegeben wurde: „Der vergessene Aufstand.“ Sie sei Ihnen ans Herz gelegt. Lassen Sie uns also in diesem Sinne den Kampf der Erinnerung führen und aufnehmen.

Der Vormittag hat gezeigt, wie wichtig das ist, auch mehr als 20 Jahre nach dem Ende der DDR und ihres Geheimdienstes. Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, einem Satz seine verharmlosende und auch verfälschende Wirkung zu nehmen, der leider immer wieder in der Öffentlichkeit zu hören ist. Der Satz lautet: „Einen Geheimdienst hat doch jeder Staat!“ Zum Glück weisen die Anführungs-

zeichnen und auch der Untertitel darauf hin, wie diese These, die ja zum Repertoire der DDR-Verklärer gehört, von uns zu behandeln ist. Wir sprechen über das zentrale Machtinstrument der herrschenden Staatspartei in der DDR. Wir sprechen über Schild und Schwert der Partei, über das Ministerium für Staatssicherheit. Wir sprechen aber auch über andere Geheimdienste und was eigentlich die Aufgabe von Geheimdiensten ist, wie sie diese erfüllen können und sollen und was das MfS von Geheimdiensten in demokratischen Staaten unterscheidet.

Es ist mir eine große Freude, Ihnen unser hochkompetentes Podium vorstellen zu dürfen. Neben mir sitzt Uta Leichsenring. Frau Leichsenring stammt aus Radebeul und ist in Potsdam aufgewachsen, zu einer Zeit, als es undenkbar war, dass sie in einem gesamtdeutschen Staat Polizeistrukturen aufbauen würde. Sie kam aus der Ökonomie, aus der Datenverarbeitung, und arbeitete dann an der Auflösung der Staatssicherheit mit. 1989 war sie in der Bürgerkommission, die für den Aktenerhalt und für die Öffnung der Archive der Staatssicherheit eintrat, leitete dann im Jahre 1990 die Außenstelle der frisch gegründeten Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Potsdam. Später gab es eine noch viel erstaunlichere Wendung, und Frau Leichsenring wurde mit dem Aufbau demokratischer Polizeistrukturen in Eberswalde betraut. Sie wurde dort dann auch Polizeipräsidentin. 2005 übernahm sie die Leitung der Außenstelle beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Halle.

Neben Frau Leichsenring sitzt der vormalige Landesminister und Staatssekretär Dr. Hans Otto Bräutigam. Herr Bräutigam ist Jurist und Diplomat. Wenngleich er zwar im Auswärtigen Amt gelernt und auch gearbeitet hat, als er dann wirklich in die aktive Diplomatie ging und sein diplomatisches Geschick perfektionieren konnte, tat er das auf einem Feld, das in der damaligen Bundesrepublik gar nicht diplomatisch genannt wurde, nämlich in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Hans Otto Bräutigam war dabei, als die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR in Ostberlin eröffnet wurde. Zunächst war er der stellvertretende Leiter und ab 1982 Leiter der Ständigen Vertretung. Die Bundesregierung hat stets darauf geachtet, dass der Gedanke an die Einheit der Nation nicht verloren ging, weswegen die innerdeutschen Beziehungen keine diplomatischen – also keine zwischen zwei Staaten – sein durften, sondern es eben immer besondere Begriffe, besondere Konstruktionen gab. Deshalb ist Hans Otto Bräutigam eigentlich Diplomat und durfte sich trotzdem nicht Botschafter nennen. Kurz vor dem Fall der Mauer wechselte er in den originär diploma-

tischen Dienst, die letzten Atemzüge der DDR betrachtete er aus der großen Ferne: Hans Otto Bräutigam wurde Botschafter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen. Er kehrte aber nach dem Fall der Mauer und nach der Gründung des Landes Brandenburg in dieses Land zurück. Auf Wunsch von Ministerpräsident Manfred Stolpe wurde Hans Otto Bräutigam Justizminister und Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten des Landes Brandenburg. Er ist auch jemand, der am Aufbau demokratischer Strukturen ganz intensiv beteiligt war.

Ich darf Ihnen auch Herrn Professor Hansjörg Geiger vorstellen. Herr Geiger stammt aus Mähren, ist gleichfalls Jurist und vormaliger Staatssekretär. Er hat mit unserem Thema sehr viel zu tun, weil er zum einen Direktor, also Verwaltungschef, der Gauck-Behörde war, als diese frisch gegründet wurde. Mit Joachim Gauck hat er zusammen diese völlig neuartige Einrichtung aufgebaut. Nachdem er das getan hatte, wurde er Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und im Folgejahr Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Wenig später wechselte er in die Bundesregierung und wurde beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz. Er lehrt Rechtswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Jetzt ist er Nachfolger von Joachim Gauck in einer Position im deutschen olympischen Komitee, das ihn bzw. vorher Herrn Gauck mit der Klärung von Verwicklungen deutscher Sportler mit der Staatssicherheit beauftragt hat. Schön, dass Sie bei uns sind.

Und schön, dass auch Sie bei uns sind, Herr Dr. Jens Gieseke, Leiter der Abteilung Kommunismus und Gesellschaft am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Herr Gieseke war Forscher an der hier nun schon öfters erwähnten Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR und ist Autor einschlägiger Publikationen über den Staatssicherheitsdienst der DDR. Schön, dass Sie alle da sind.

Ich würde gern mit einem kleinen Rückblick beginnen. Wenn wir über das Ministerium für Staatssicherheit reden, würde ich gerne an den Moment erinnern, an dem der Inlandsgeheimdienst, der wie eine Krake die DDR-Gesellschaft durchzog, zum ersten Mal ganz öffentlich wurde, nämlich in dem Moment, als er in seiner Auflösung war. Frau Leichsenring, Sie waren an dieser Auflösung beteiligt. Können Sie sich an die Zeit 1989 erinnern, an das Gefühl, wie es war, plötzlich in diese verbotenen Räume zu kommen, daran, was die Mitarbeiter der Staatssicherheit gemacht haben? Es gab ja auch viele Stimmen, die gesagt haben, man müsse das Material vernichten. Frau Leichsenring, wagen Sie einen Rückblick.



UTA LEICHSENRING: Das mache ich gern. Es wird nur schwer, einen solchen Rückblick kurz zu halten. Meine Versuche in den letzten Jahren sind nur schwer geglückt, weil das eine unheimlich spannende Zeit war, unglaublich voll mit Neuem, mit neuen Informationen, mit Diskussionen, Gesprächen. Also wie in allen anderen Bezirken war es auch in Potsdam. Am 6. Dezember wurde die Bezirksverwaltung für Staatsicherheit, ich will nicht sagen, von außen eingedrückt, denn sie wurde ja auch aufgemacht. Dem vorausgegangen sind auch Gespräche einer abgeordneten Gruppe von Bürgerrechtlern mit der Stasiführung, mit dem Militärstaatsanwalt und dem Bürgermeister in Potsdam. Die neue Bürgerkommission setzte sich aus Vertretern aller Parteien zusammen – aller neuen Parteien, Gruppierungen und Bewegungen, aber auch der alten, etablierten Parteien. Es waren auch das Bezirksgericht und die Bezirksstaatsanwaltschaft vertreten. Und daraus kann man schon ahnen, wie die Ambivalenz in dieser Bürgerkommission war.

Mein Gefühl ist zunächst überwiegend Bedrückung. Verstandesmäßig war für mich klar, dass hier Transparenz geschaffen werden muss, dass auch transparent aufgelöst werden muss. Ich betone das deswegen, weil das zur damaligen Zeit schon auch ein Stück naiv war, denn es war mitnichten beabsichtigt, es transparent und mit der notwendigen öffentlichen Begleitung zu gestalten, wie wir

später dann festgestellt haben. Uns wurden Informationen vorenthalten, wir sollten davon abgehalten werden, bestimmte Räume zu betreten, in bestimmte Akten hineinzuschauen. Daran kann ich mich sehr lebhaft erinnern. Sehr viel später haben wir dann mitbekommen, dass in dieser Zeit auch Akten verschwunden sind – auch Akten von Mitgliedern dieser Bürgerkommission. Es war ja nicht nur eine reine Bürgerkommission, wenn sie auch so hieß.

Diese Bedrückung war besonders stark, als ich in Potsdam zum ersten Mal die ehemalige Untersuchungshaftanstalt betreten habe. Vor allem auch, weil diese Untersuchungshaftanstalt mitten in der Stadt lag. Tausende von Menschen sind täglich auf ihrem Weg zur Arbeit daran vorbeigegangen. Der Bürgersteig war abgesperrt, und man wusste nicht, was eigentlich hinter den Mauern passierte. Was dann wirklich passiert ist, habe ich mir so auch nicht vorstellen können. Dann gehörte in Potsdam auch die juristische Hochschule dazu. Das war noch einmal eine ganz andere Dimension, denn was dort unter anderem theoretisch gelehrt wurde, wurde ja dann in der Untersuchungshaftanstalt auch praktisch angewandt. Ich erinnere nur an diese „Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“ zur Zersetzung von Personen – also Menschen zu verunsichern, zu demütigen, sie klein zu machen, sie zu brechen. So nach und nach haben wir all das mitbekommen.

Anfangs habe ich von der Bedrückung gesprochen. Dazu kam Entschlossenheit, denn es war für mich auch klar, dass es kein Zurück mehr gibt in irgendeine Struktur. Von Dezember bis März hatte ich aber immer noch den Eindruck, dass es viele gab, die zumindest Teile der Struktur erhalten wollten. Wir haben auch ganz konkrete Pläne zur Gründung eines Verfassungsschutzes gefunden, nachdem das Amt für nationale Sicherheit aufgelöst worden war. Diese Pläne gab es in den Schubladen. Und die Vorstellung, dass aus diesem Repressionsapparat und Herrschafts- und Machtinstrument der SED ein wie auch immer gearteter Verfassungsschutz werden sollte, erschien mir so absurd, dass ich dachte, wie können die im Ernst glauben, dass sich dieses Rad noch einmal zurückdrehen lässt. Aber die Bestrebungen waren lange Zeit da. Die Informationen über die Nachrichtendienste der Bundesrepublik – vom Verfassungsschutz über den BND, MAD bis hin zum Bundeskriminalamt –, zumindest was diese Einrichtungen personell, strukturell und organisatorisch ausmachte, lagen vor. Nun stelle man sich das aber mit dem Selbstverständnis des Ministeriums für Staatssicherheit vor. Meine Vorstellungen waren anfangs schon ein bisschen idealistisch, was die Bereitschaft zur Transparenz und Offenheit der hauptamtlichen Mitarbeiter betraf – es überwogen Vertuschungsbestrebungen auf allen Ebenen.

BOYSEN: Vielen Dank, Frau Leichsenring. Bleiben wir zunächst noch einmal ganz kurz bei der Situation zum Ende der DDR. Herr Geiger, wie haben Sie, als Sie anfangen, die Behörde aufzubauen, die sich um das Erbe des MfS kümmern sollte, diese Institution und ihre Hinterlassenschaften gesehen? Welches Ziel hatten Sie? Einerseits gab es ja das Drängen, alles offenzulegen – Frau Leichsenring hat das Stichwort Transparenz genannt –, andererseits die Furcht vor Lynchjustiz, gleichzeitig wissenschaftliche Bedürfnisse nach Aufklärung: Endlich konnte man mal einen Geheimdienst sezieren.

HANSJÖRG GEIGER: Für meine Aufgabe war es ganz entscheidend, dass ich mich wenige Tage nach dem 3. Oktober 1990 mit dem jetzigen Bundespräsidenten Joachim Gauck getroffen hatte. Durch Zufall sind wir zusammengekommen. Wir haben uns in Berlin vier Stunden unterhalten. Wir haben beide in diesem Gespräch entwickelt, wie man rechtsstaatlich eine Behörde aufbauen müsste und wie man rechtsstaatlich, verfassungskonform mit Akten umgeht, und außerdem die Ziele als solche, wirklich zu wissen, was in der DDR passiert ist, und dabei das MfS zu demaskieren, aber nicht aus den Augen verliert. Also rechtsstaatlich zu handeln, aber mit dem Erfolg einer richtigen Offenlegung.

Ich bin damals von München nach Berlin geflogen und dachte mir, ich schaue eben einmal, ob ich mit Herrn Gauck zusammenarbeiten könnte. Herr Gauck war mir zwar aus den Zeitungen bekannt, er hatte aber in München nicht den Bekanntheitsgrad besessen, den er in Ostdeutschland als Mitglied der letzten frei gewählten Volkskammer hatte. Herr Gauck hat sich wahrscheinlich genauso gedacht, ich schaue mir mal an, wer aus München mir da empfohlen wird. Herr Gauck, der norddeutsche Pastor aus der DDR, ich, der süddeutsche Katholik, das war ja durchaus ein interessanter Gegensatz. Nach vier Stunden waren wir der Überzeugung, dass wir zusammen die Aufgabe anpacken wollen. Zwei Tage später war ich schon wieder in Berlin und wir haben Details besprochen. Am selben Abend haben wir ein Rundfunkinterview über die Auflösung des MfS gegeben. Es war von mir nicht mutig, es war eigentlich unverschämt, mich damals dazusetzen, aber Herr Gauck meinte, das machen Sie schon. Um zu verstehen, wie die Zeit damals war, muss man aber auch wissen, wie hoch die Bereitschaft im Westen war, diese Aufgabe anzupacken. Ich bin ja zweimal auf eigene Initiative und ohne viel zu fragen nach Berlin geflogen. Und nicht zu vergessen, ich war bayerischer Beamter, und Sie wissen, dass man als Beamter eigentlich nicht sagen kann, ich bin mal weg. Ich hatte in meiner Dienststelle lediglich gesagt, dass ich nach Berlin fliege und Herrn Gauck treffen wolle. Als ich freitags der gleichen Woche nach München zurückgekommen war, habe ich

nur angekündigt, dass ich am Montag mit Herrn Gauck in Berlin am Aufbau einer Behörde zur Aufarbeitung der Stasiakten anfangen. Und die bayerische Staatskanzlei als mein Dienstherr hat das ohne jede weitere Diskussion akzeptiert. Sie war sich auch bewusst, dass die Aufgabe wichtig ist.

Noch einmal zu den Umständen, unter denen ich damals in Berlin mit der neuen Aufgabe begonnen habe: Arbeitsort war das heutige Auswärtige Amt, früher Reichsbank und zu SED-Zeiten das Gebäude des Zentralkomitees der SED. In der hintersten oberen Ecke des riesigen Bauwerks waren drei Räume, in denen sich 15 bis 20 Personen fanden. Es dauerte ein paar Stunden, bis ich herausgefunden hatte, wer beim Aufbau der neuen Behörde mitarbeiten wollte und wer z. B. nur von der Straße dazugekommen oder wer Journalist war. Es gab auch schon erste Schreiben von Bürgern. Und es gab schon technische Ausrüstung, nämlich eine einzige Schreibmaschine, bei der nun ausgerechnet der Buchstabe „e“ kaputt war. So war das also damals.

Ziel war es aber von vornherein, so schnell wie möglich das, was im Einigungsvertrag noch nachträglich verhandelt worden war, nämlich eine Benutzerordnung, also ein Regelkonzept, auszuarbeiten. Ziel war es, so schnell wie möglich erste Überprüfungen vornehmen zu können. Ziel war es weiterhin, so schnell wie möglich Auskünfte an Behörden zu erteilen. Wir wussten nicht, wie die Kartensysteme, mit denen die Akten zu erschließen waren, ineinanderwirken. Die größte Kartei, die nach Namen geordnet war, hatte eine Länge von 1,6 km, wenn man die einzelnen Karteikarten hintereinandergestellt hätte. Das waren über sechs Millionen Karteikarten. Es ging also darum, so schnell wie möglich zu wissen, welche Informationen wir eigentlich haben, und die Unterlagen zu ordnen.

Als ich etwa 14 Tage in Berlin war, kam der zuständige Staatssekretär aus dem Bundesinnenministerium mit einer großen Delegation. Er ließ sich von Herrn Gauck und mir über unsere ersten Erfahrungen unterrichten. Beim Abschied im Hinausgehen sagte er dann zu mir, dass in spätestens 14 Tagen die ersten Überprüfungsbescheide versandt werden sollten. Daran wird also deutlich, dass unsere schwierige Situation in Bonn, immerhin von verantwortlicher Stelle, vollständig falsch eingeschätzt wurde, es war wirklich unreal. Aber tatsächlich sind dann die ersten Überprüfungsbescheide Anfang November hinausgegangen.

Wir wussten, dass auf uns ein riesiger Druck lastet, weil die neuen Behörden in Ostdeutschland ja nicht mit ehemaligen Stasimitarbeitern belastet, aber gleichwohl zügig aufgebaut werden sollten. Wir wollten also nicht der Flaschenhals sein, der alles blockiert. Parallel dazu gab es den Willen, ein Stasiaktengesetz zu erlassen, das im Wesentlichen auch von den Erfahrungen der Stasiaktenbehörde

mitbestimmt wurde. Mit diesem Gesetz konnte dann schon ein Jahr später allen Bürgern die rechtsstaatliche Öffnung der Akten ermöglicht werden. Das war dann bald der zweite wesentliche Baustein der Aufarbeitung, dass die Bürger die Möglichkeit hatten, zu lesen, was die Stasi ihnen angetan hat. Sie kennen sicherlich alle den Spruch, der an Mielkes Ministerium aufgesprüht worden war: „Meine Akte gehört mir.“ Wir wollten den Menschen ihr Wissen, das ihnen gestohlen worden war, und damit ihre Privatsphäre, wieder zurückgeben. Und das haben wir dann auch wohl erreicht.

Der Impetus war immer, eine rechtsstaatliche, aber auch schnell funktionierende Behörde aufzubauen. Die Behörde bestand im Übrigen zu 97 Prozent aus ostdeutschen Mitarbeitern. Mitarbeiter waren ehemalige Krankenschwestern, Datenverarbeiterinnen, Pfarrer, Eisenflechter, Maurer und so weiter – alles, nur kaum jemand, der bürokratische Erfahrungen hatte. Wir wollten grundsätzlich Mitarbeiter gewinnen, die eben nicht mit dem System der DDR verstrickt gewesen waren. Und Sie können sich kaum vorstellen, welche Energie bei diesen Mitarbeitern – die unglaublich engagiert gearbeitet haben – notwendig war, damit die Stasiaktenbehörde tatsächlich in dieser kurzen Zeit arbeitsfähig wurde.

BOYSEN: Vielen Dank, Herr Geiger. Wir wählen einen Zugang, der uns erst einmal zu Augen führt, wie mit dem undemokratischen Machtinstrument Staatssicherheit im Prozess der Demokratisierung umgegangen wurde. Deshalb würde ich gern für einen kurzen Moment beim Rückblick bleiben und Herrn Bräutigam – der lange Jahre als westdeutscher Beamter in der DDR gearbeitet hat und Vertreter der Bundesrepublik in der DDR war – fragen, was für ein Bild er eigentlich, als er 1989 aus der DDR wegging, von dieser Staatssicherheit mitnahm.

HANS OTTO BRÄUTIGAM: Meine Erfahrung beruht im Wesentlichen darauf, dass die Ständige Vertretung seit Anbeginn, sprich seit 1974, demonstrativ zum Teil öffentlich, zum Teil verdeckt überwacht wurde. Und zwar durch Abhörenanlagen in der Ständigen Vertretung, aber auch durch Abhören von Telefongesprächen, durch Kontakte, die es zu Mitarbeitern gab. Wir fühlten uns rundum überwacht und haben uns aber nach einer gewissen Bedenkzeit gesagt, wir dürfen uns in unserer Arbeit nicht irritieren lassen. Wir hatten einen bestimmten Auftrag, zu dem insbesondere gehörte, die Kontakte zwischen Ost und West zu erleichtern, überhaupt zu ermöglichen. Dazu gehörte, Ausreisen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen, wovon viele dann auch Gebrauch gemacht haben. Dazu gehörte auch, uns ein Bild über die inneren Verhältnisse der DDR zu machen, und zwar nicht in erster Linie die Staatssicherheit, sondern über die



Machtverhältnisse. In einem besonderen Maße interessierte uns das Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion, wie groß der sowjetische Einfluss auf die innere Entwicklung der DDR ganz konkret war.

Zu diesem Erfahrungsbild gehörte eben auch die Staatssicherheit, die uns überwachte. Wir haben versucht, uns nicht irritieren zu lassen. Es war nur eine gewisse Vorsicht geboten, an die wir uns gehalten haben. Wir durften DDR-Bürger also nicht gefährden. Und Kontakte von DDR-Bürgern zur Ständigen Vertretung waren für DDR-Bürger – für manche mehr, für manche weniger – sehr problematisch. Das mussten wir berücksichtigen. Wir haben uns nirgendwo reingedrängt. Wir haben auch später nicht versucht, Anschluss an Bürgerrechtsgruppen zu finden, weil das diese gefährdet hätte. Wir wollten unseren Auftrag erfüllen, trotz dieser ärgerlichen, manchmal auch lächerlichen Überwachung.

Vielleicht erlauben Sie mir, dass ich eine Anekdote aus dem Jahre 1974 erzähle, als wir anfangen. Ich war Leiter eines Vorauskommandos der Ständigen Vertretung und wir hatten zunächst Hotelzimmer im Hotel Unter den Linden, weil die Ständige Vertretung noch nicht fertig geworden war. Ich kam am 1. Mai dort an und bezog mein Zimmer. Dann sah ich, dass vor der Tür zu meinem Zimmer ein nichtuniformierter Wachmann saß. Ich sagte „Guten Abend“. Er nahm mich nicht zur Kenntnis und erwiderte diesen Gruß auch nicht. Ich stellte dann fest, dass in meiner gesamten Zeit im Hotel, und die dauerte einige Wochen, immer

ein solcher Wachmann vor der Tür saß, der uns scheinbar nicht zur Kenntnis nahm. In Wahrheit hatte er aber den Auftrag, zu sehen, mit wem wir Kontakte haben. Nach zwei Tagen habe ich ihn angesprochen und gesagt: „Sagen Sie doch Ihren Vorgesetzten, dass es in der ganzen Welt üblich ist, dass man sich einen guten Tag wünscht, und ich würde Ihnen empfehlen, sich daran zu halten, und hiermit sage ich Ihnen ‚Guten Morgen‘.“ Keine Antwort. Aber nach zwei Tagen erwiderte er plötzlich meinen Gruß, da ging es, er hatte eine Weisung bekommen. Von wem, danach habe ich mich nicht erkundigt. Es war ein ganz kleiner Schritt zu einer Normalisierung.

BOYSEN: Also ein diplomatischer Erfolg schon auf dem Hotelflur. Wir möchten nicht den Eindruck erwecken, dass das MfS insbesondere Westdeutsche im Blick hatte. Natürlich hatte das MfS die Aufgabe, die eigenen Staatsbürger unter Kontrolle zu halten. Herr Gieseke, da kommen wir der uns aufgegebenen Frage näher. In welcher Weise wirkte das Ministerium für Staatssicherheit? Wenn wir unsere Überschrift der Diskussion im Auge behalten: „Einen Geheimdienst hat doch jeder Staat!“ – was unterscheidet das MfS von Geheimdiensten anderer Staaten?

JENS GIESEKE: Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, warum gerade ich diese Frage beantworten soll. Denn wenn ich in den Saal schaue, dann weiß jeder, der hier sitzt, dass das MfS eben kein ganz normaler Geheimdienst war. Denn ich gehe davon aus, dass die allermeisten hier im Saal mit der Staatssicherheit, wenn sie ein ganz normaler Geheimdienst gewesen wäre, aller Voraussicht nach nichts zu tun bekommen hätten. Wenn man hier zwei Straßen weiter geht, bekommt man auch heute noch den lebendigen, in Stein gehauenen Beweis für den Unterschied zwischen dem, was wir unter rechtsstaatlichen Verhältnissen unter einem normalen Geheimdienst verstehen, und dem MfS. Nämlich dass es sich in allererster Linie um eine Geheimpolizei handelte, also eine mit Exekutivbefugnissen, also der Erlaubnis, Leute verhaften zu dürfen. Das ist, glaube ich, der Unterschied Nummer Eins. Und es war eine Geheimpolizei, die ihren Ursprung im Stalinismus hatte und – bei manchen Wandlungen – im Kern immer diesen stalinistischen Grundauftrag behalten hat. Das ist also das Entscheidende. Das muss ich hier nicht aus akademischer Warte ausführlich begründen, das ist jedem im Raum klar.

Ich möchte aber auf einen Punkt zu sprechen kommen, der so vielleicht nicht jedem bewusst ist. Wenn wir uns an 1989/90 erinnern. Die Argumentation, dass die Staatssicherheit ein ganz normaler Geheimdienst wäre, ist keine Argumentation, die vor 1990 existiert hat, jedenfalls nicht in den Reihen der Staatssicherheit selbst. Vielmehr wurde sie erst nach 1989 geboren. Das können



wir heute mit den Akten sehr genau nachvollziehen. Wenn sich ein Offizier der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), also des Auslandsspionagedienstes von Markus Wolf, 1987 auf einer Parteiversammlung vor seine Dienst Einheit gestellt hätte und gesagt hätte: Genossen, wir sind ein ganz normaler Geheimdienst, dann hätte er mindestens ein Parteiverfahren, wahrscheinlich ein Disziplinarverfahren bekommen, weil er seinen Klassenauftrag nicht ernst genommen und offenbar vergessen hat, wozu es die Tschekisten – wie sie sich ja nicht umsonst genannt haben – tatsächlich gab.

Das heißt, die ganze Argumentation, dass es sich um einen ganz normalen Geheimdienst handelt, ist ein Produkt der Situation 1989/90, eine Umdefinition – Frau Leichsenring hat es schon angesprochen – und eine Definition, die wir heute finden. Sie ist aber in meinen Augen gar nicht so weit verbreitet, wie es der Titel unserer Diskussion vielleicht suggeriert. Wenn ich überlege, wo mir das begegnet? Gut, bei den alten Staatsbürgerkundelehrern findet man solche Argumentationen. In der LINKS-Partei ist das schon gar nicht mehr so eindeutig, da ist das eine gemischte Situation. Aber es gibt ein Milieu von alten Standesvertretern der DDR, die sich heute darauf herausreden – wohlgermerkt, obwohl sie wissen, dass das schon vor 1989 aus ihrer eigenen Perspektive nicht stimmte.

Diese Diskussion hat also viel mit der heutigen Situation zu tun und wenig bis gar nichts – aus der Sicht des MfS – mit der Situation vor 1989. Wohlgemerkt, es gab natürlich auch einen ganz normalen Geheimdienstzweig bei der Staatsicherheit, der mit Agenten gearbeitet hat, aber wegen dem brauchen wir uns hier nicht zu treffen.

BOYSEN: Heute Morgen hat Sigmar Gabriel ja auch schon bemerkt, dass er immer wieder höre, in der DDR habe die Staatsicherheit Daten gesammelt wie heute die GEZ oder auch Telekommunikationsunternehmen. Uns ist klar: es macht einen erheblichen Unterschied, ob privatrechtliche Einrichtungen oder ob staatliche Institutionen Daten sammeln. Vor allem ist die Frage, ob sie dies offen und mit Einwilligung oder Wissen der Betroffenen tun oder im Geheimen – womöglich noch in der Absicht, damit gezielt Menschen zu schaden oder zu erpressen und so Persönlichkeitsrechte verletzen. Das sind eben andere Dinge als das, was das MfS mit einer bestimmten Zielrichtung getan hat. Und auf diese Zielrichtung würde ich sehr gerne kommen. Nämlich einerseits den Machterhalt der SED, andererseits eine erhebliche Disziplinierung der Bevölkerung. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen?

GIESEKE: Eine Partei, die beansprucht, eine historische Mission nicht aus demokratischer Legitimation herzuleiten, sondern aus einer historischen Gesetzmäßigkeit, die steht natürlich vor der Situation, sich für das, was sie tut, gegenüber der eigenen Bevölkerung gar nicht legitimieren zu müssen. Nicht umsonst hat die SED es ja auch von 1946 bis zur berühmten Volkskammerwahl 1990 nicht gewagt oder nicht für nötig gehalten, sich einer demokratischen Wahl zu stellen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass sie die nie gewonnen hätte, ich glaube, das ist nicht besonders strittig. Daraus ergab sich ganz einfach die Notwendigkeit dieser Staatssicherheit.

Ich möchte hinzufügen – und das ist vielleicht die Besonderheit für diesen Fall DDR, der ja ein halber oder ein Drittel Staat war: Natürlich war das Alternativmodell Bundesrepublik jeden Tag präsent. In den 1970er-Jahren wurde die Staatssicherheit auf doppelte Größe aufgepustet. Und zwar gerade weil es diese Entspannungspolitik gab, gerade weil es diese Annäherung gab, war das Bedürfnis auf Seiten der DDR umso stärker, die Situation im eigenen Land im Griff zu behalten. Das berühmteste Beispiel dafür sind die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten, die im Grundlagenvertrag festgelegt worden waren. Man durfte, wenn ein naher Verwandter in der Bundesrepublik schwer krank oder ein besonderer Familienanlass gegeben war, einen solchen Antrag stellen. Als diese Regelung eingeführt wurde, hat Erich Mielke in einer Dienstversammlung aus-

drücklich gesagt, das Ziel der Staatssicherheit wäre es, von jedem dieser Anträge zu erfahren, bevor er gestellt wird. Denn eine dringende Familienangelegenheit kann nicht erst sechs Wochen lang geprüft werden, sondern innerhalb von ein oder zwei Tagen muss über den Antrag entschieden werden. Die Staatssicherheit wollte also darauf vorbereitet sein und im Vorhinein im Bilde darüber sein, wer solche Anträge stellt. Da kann man das also am Einzelfall sehen. Und nicht umsonst sind es die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten – das waren ja immer nur ein paar Tausend pro Jahr in den 1970er-Jahren – die dann in den Jahren 1986, 1987 tatsächlich geschichtsmächtig geworden sind.

Im Vorfeld des Honeckerbesuchs in Bonn 1987 wurden diese Regelungen ausgeweitet, es durften mehr Leute fahren. Die Leute kamen zurück aus der Bundesrepublik mit dem ersten eigenen Anschauen, wie es in der Bundesrepublik tatsächlich aussah. Und das war einer der entscheidenden Impulse für sehr viele Leute, sich im Herbst '89 zu sagen, ich mache das nicht mehr mit, ich gehe auf die Straße – und das zeigen auch die Berichte des MfS sehr deutlich. Dass die Staatssicherheit so groß im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war, selbst im Vergleich zum KGB, ist der besonderen deutsch-deutschen Situation geschuldet. Denn die demokratische Alternative war mit an Bord, und das war die Herausforderung, vor der die Staatssicherheit stand.

BOYSEN: Ich würde gern eine Sache vertiefen, und zwar die Methoden von Geheimdiensten in diktatorischen und in demokratischen Staaten, insbesondere Methoden der Staatssicherheit. Herr Geiger, welche Unterschiede haben Sie in Ihrer Auseinandersetzung mit den Akten und schließlich als Präsident demokratischer Geheimdienste erlebt und wie würden sie diese beschreiben?

GEIGER: Mich hat erschreckt, als ich das erste Mal Akten des MfS zu sogenannten operativen Vorgängen in der Hand hatte und gesehen habe, wie zielgerichtet das MfS gegen Personen, von denen sie nur den Anschein hatte, dass sie möglicherweise nicht systemkonform sind, gearbeitet hat. Ziel war die Rufschädigung, Ziel war Organisation des beruflichen Misserfolgs. Das MfS nannte das selbst „Zersetzen“.

Damit man sich auch einmal vorstellt, was da gemacht wurde, ein Beispiel: Ein Pastor in einer mecklenburgischen Kleinstadt ist dem MfS Mitte der 1980er-Jahre aufgefallen, weil er etwas mutigere, freie Reden gehalten hat. Darauf beschloss man, diesen Pastor operativ zu bearbeiten, man hat ihn also ausgespioniert. Dabei stellte man fest, dass dieser Pastor – eigentlich etwas ganz Harmloses – an schönen, warmen Sommertagen an einem der ganz einsamen, kleinen mecklenburgischen Seen ein Bad zu nehmen pflegte. Dieses Bad nahm er



nackt – weil der See absolut einsam war und weil das damals in der DDR auch nicht ungewöhnlich war. Darauf beschloss das MfS, es solle ein Foto angefertigt werden. Man hat also in einem Gebüsch einen Fotografen an warmen Tagen postiert. Der musste dann ein paar Tage warten, bis der Pastor wieder einmal zum Schwimmen kam. Zielrichtung des MfS war, den Pastor zu fotografieren, wenn er aus dem Wasser herauskommt. Das Foto sollte ihn nackt von vorne zeigen. Weiter war es Zielrichtung des MfS, dieses Foto stark zu vergrößern. Sodann wurde es an einem Sonntag an die Kircheneingangstüre geheftet, durch welche die Kirchenbesucher hineingehen. Das MfS wusste aber auch, dass der Pastor selbst die Kirche über einen anderen Eingang betrat, also nicht wissen konnte, in welcher Weise er hier porträtiert wurde. Das MfS postierte einen Wagen mit zwei Männern, die beobachteten, wie die Kirchgänger durch das Foto irritiert wurden, bis dann schließlich einer das Foto herunterriss und zerknüllte hat. Für die Kirchenbesucher war es einfach ein Nacktfoto ihres Pastors. Es stand ja nicht darauf, dass es heimlich beim Baden am See aufgenommen wurde. Und natürlich gab es dann Rumor in der Gemeinde: Wie kommt eigentlich ein solches Foto zustande? Mit der Folge, dass dies auch dem Bischof zugetragen und der Pastor dann von dieser Gemeinde weg versetzt wurde. Daran sieht man die Zielstellung einer Rufschädigung.

Ein weiteres Beispiel betrifft einen Pastor, den das MfS als IM gewinnen wollte, der dazu aber nicht bereit war. Bei ihm hat das MfS eine Kamera über dem Bett

im Schlafzimmer eingebaut. Damit haben sie Fotos bei kompromittierenden Handlungen aufgenommen. Der Pastor wurde sodann wieder zum MfS einbestellt und erneut gefragt, ob er das MfS unterstützen wolle, was er wiederum verneinte. Der Pastor wurde kurz allein gelassen mit dem Hinweis, er solle mal die auf dem Tisch liegende Mappe durchschauen, man komme gleich wieder. Als der Pastor die Mappe aufschlug, sah er die im Schlafzimmer aufgenommenen Fotos. Das Ergebnis war, dass er, um seine Existenz zu sichern, einer Zusammenarbeit mit dem MfS zugestimmt hat.

Das sind Verletzungen der Menschenwürde. Das macht ein rechtsstaatlicher Nachrichtendienst nicht, das darf er nicht machen, das wären in der Bundesrepublik Deutschland verfassungswidrige Handlungen. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen Nachrichtendiensten in Diktaturen und Demokratien. Diesen Unterschied muss man sich immer wieder deutlich machen. Das MfS hatte im Übrigen eigene Gefängnisse – ein gesamtdeutscher Nachrichtendienst hat selbstverständlich keine eigenen Gefängnisse. Das MfS konnte jemanden festnehmen – hingegen darf ein jetzt gesamtdeutscher Nachrichtendienst niemanden festnehmen. Die jetzigen deutschen Nachrichtendienste besitzen gerade keine polizeilichen Befugnisse, sie dürfen einen Bürger nicht einmal anhalten und nach dem Namen fragen. Die Aufgaben der Nachrichtendienste im demokratischen Rechtsstaat sind ganz klar gesetzlich festgeschrieben: Sie haben die Aufgabe, Nachrichten zu beschaffen und diese auszuwerten, und nichts weiter. Das ist wohl ein ganz entscheidender Unterschied zwischen dem MfS und den heutigen Nachrichtendiensten in Deutschland.

BOYSEN: Sagen Sie es noch einmal, auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt Eulen nach Athen trage: Wie garantiert der Rechtsstaat – ob er das dann in jedem Fall wirklich einlösen kann, ist natürlich eine andere Frage –, dass seine Geheimdienste die Menschenwürde der Bürger nicht verletzen?

GEIGER: Ganz entscheidend ist im Rechtsstaat, dass gesetzlich eindeutig und minutiös geregelt ist, was der jeweilige Nachrichtendienst darf, also welche Befugnisse er hat. Denn dann weiß auch jeder Mitarbeiter im Nachrichtendienst, was er zu tun hat und was ihm nicht gestattet ist. Zum Zweiten ist eine umfassende Kontrolle der Nachrichtendienste im Rechtsstaat entscheidend. So sind auch die einzelnen Aktivitäten der Nachrichtendienste gerichtlich überprüfbar. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat sich in mehreren Entscheidungen mit Fragen der Befugnisse von Nachrichtendiensten auseinandergesetzt. Es hat etwa darüber entschieden, ob der Bundesnachrichtendienst bestimmte internationale Telefonverbindungen überwachen darf.

In Deutschland besteht auch eine starke parlamentarische Kontrolle. Es gibt einen Sonderausschuss des Bundestages, das Parlamentarische Kontrollgremium. Dieses tagt regelmäßig und geheim. Diesem Gremium müssen die Nachrichtendienste ständig berichten und ihre Aktivitäten rechtfertigen. Dazu kommt die Kontrolle durch die Datenschutzbeauftragten. Auch der Rechnungshof prüft im Bundesnachrichtendienst. Es gibt immer wieder Untersuchungsausschüsse im Bundestag, die sich kritisch mit den Nachrichtendiensten befassen. Damit besteht ein ganzes Konvolut an Kontrollen. Und – was ganz entscheidend ist – wir haben eine freie Presse, die darüber berichten kann. Manches skandalisiert sie vielleicht zunächst, was sich nachher als völlig korrekt herausstellt. Aber die freie Presse ist ein Wächter. In einer Diktatur hingegen ist es unvorstellbar, dass man als Journalist gegen den mächtigsten Apparat anschreibt. Diese umfassende Kontrolle ist also ganz wichtig.

BRÄUTIGAM: Wurde denn die Staatssicherheit in der DDR kontrolliert? Und wenn ja, wie und durch wen?

GIESEKE: Ich nehme an, die Frage richtet sich an mich. Man muss dabei unterschiedliche Phasen unterscheiden. In den 1950er-Jahren haben wir mit den sowjetischen Geheimdiensten eine noch höhere Instanz vor Ort, die natürlich nicht nur kontrollierte, sondern auch anleitete. Sie hat ja der DDR-Staatssicherheit das oft brutale Handwerkszeug erst beigebracht. Insofern gab es diese Kontrolle, die aber natürlich nichts mit rechtsstaatlicher Kontrolle zu tun hat. Das Gleiche gilt auch für die SED. Es gibt ja das Auge im Orkan, dass nämlich alle Bereiche feinsäuberlich in sogenannte Sicherheitsbereiche aufgeteilt wurden, die den einzelnen Linien oder Hauptabteilungen zugeordnet waren. Nur ein einziger Apparat war davon ausgenommen, nämlich der Apparat der SED selbst. Der durfte nicht systematisch überwacht werden, außer, der Generalsekretär persönlich gab dazu die Anweisung. Wir kennen ja Fälle aus dem Politbüro, wo auch Politbüromitglieder überwacht wurden. Aber nicht aus einer Initiative des MfS, sondern weil da eine entsprechende politische Anleitung war.

Es gab also eine politische Kontrolle durch die SED, aber keine handwerkliche Kontrolle. Das bringt mich allerdings zu einem Punkt. Ich verstehe, dass Herr Geiger als Verantwortungsträger das in einer normativen Reinheit darstellt, aber wenn man sich die Bundestagsabgeordneten, die in diesem Überprüfungsgremium sitzen, anhört, hören Sie eine etwas andere Version. Es ist ein schlechter Vergleich, wenn man für die DDR die Realität nimmt und für die Bundesrepublik die normative Lage. Wenn, dann müssen wir auf beiden Seiten die Realität nehmen. Auch in einem Rechtsstaat ist ein Geheimdienst – und zwar

jetzt wirklich ein Geheimdienst, über alles andere, was Sie zum Unterschied von Geheimdienst und Polizei gesagt haben, sind wir einer Meinung – demokratischen Prinzipien im Prinzip wesensfremd, weil er ab einem bestimmten Punkt nicht kontrolliert werden kann. Es gibt den berühmten Grundsatz „no sources, no methods“ – „keine Quellen, keine Methoden“. Der Bundesnachrichtendienst und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz werden nie im Leben darüber Auskunft geben, und zwar weder der Presse noch dem Bundestag, wen sie als Agenten angeworben haben und mit welchen Methoden sie das tun. Insofern gibt es da auch Grenzen.

Wir haben jetzt ja dankenswerterweise zum ersten Mal die Situation – wenn ich richtig informiert bin, auf Initiative von Ihnen, Herr Geiger – dass Historiker in Akten des BND aus den 1950er- und 1960er-Jahren lesen dürfen. Und es wird sich wohl zeigen, dass sich der BND in dieser Phase keineswegs immer getreu an die Gesetze gehalten hat, etwa was das Verbot der innenpolitischen Betätigung angeht. Wenn, dann vergleichen wir also die Realitäten auf beiden Seiten. Wenn wir den Blick dann etwas über die bundesrepublikanische Landschaft hinaus weiten – und das ist dann schon ein sehr ernstes Thema – und in die USA gucken, dann wird es mit den feinsäuberlichen Trennungen oft etwas schwierig, denn Waterboarding oder Scheinhinrichtungen, wie sie heutzutage bei amerikanischen Geheimdiensten an der Tagesordnung sind, unterscheiden sich nicht grundlegend von den Methoden der Staatssicherheit.

GEIGER: Herr Gieseke, Ihnen fehlt trotz alledem die praktische Erfahrung. Es ist ganz entscheidend, dass es einen ganzen Strauß von Überwachungsmöglichkeiten über die Nachrichtendienste gibt, die allesamt notwendig sind und die zusammen ein vergleichsweise gutes Bild darüber geben, was die Nachrichtendienste tun. Natürlich haben Nachrichtendienste auch ihre Geheimnisse, sonst wäre deren Arbeit auch nicht sinnvoll. Diese Geheimnisse tragen sie aber der Bundesregierung vor, die die Gesamtaufsicht hat. Es wäre also nicht erlaubt, dass ein deutscher Nachrichtendienst Daten für eigene Zwecke sammelt, um damit etwa Menschen unter Druck zu setzen. Nachrichtendienste arbeiten nicht für eigene Zwecke, vielmehr haben sie die von der Bundesregierung gestellten Aufträge zu erfüllen. Wie bereits gesagt, werden die gesammelten Informationen und die daraus gezogenen Bewertungen der Bundesregierung mitgeteilt, die daraus die politischen Schlüsse ziehen kann. Der Eindruck, der bei Ihnen, Herr Gieseke, vielleicht entstanden ist, dass der BND so richtig doch nicht überwacht wäre, ist also nicht richtig. Und eines muss man natürlich sagen: Fehler geschehen auch in der Demokratie, das ist nichts Spezifisches für Nachrichtendienste. Aber dafür ist



die Kontrolle dann da, um die Fehler festzustellen und Konsequenzen zu verlangen.

BOYSEN: Um Ihnen beiden vielleicht Recht zu geben und das klarzustellen: Natürlich ist das Wesen eines Nachrichtendienstes oder eines Geheimdienstes die verdeckte Arbeit. Ich sage nicht unbedingt verdeckte Ermittlungen. Aber das Offenlegen von Erkenntnissen, Transparenz, ist nicht gerade Arbeitsmethode. Dass es gleichwohl Kontrollmechanismen demokratischer Art gibt und einen Unterschied zwischen Geheimdiensten, die undemokratische Systeme am Leben erhalten, und Nachrichtendiensten, die demokratische Systeme stützen, auch das ist uns hinlänglich bekannt und steht hier gar nicht zur Diskussion. Frau Leichsenring, Sie hatten sich gemeldet.

LEICHSENRING: Das schließt jetzt an etwas an, was Herr Gieseke vorhin schon einmal gesagt hat. Dieser Satz, einen Geheimdienst hat doch jedes Land, das ist ein Satz, den ich ziemlich häufig bei Gesprächen mit Leuten, die zu uns kommen, höre. Aber auch – und da muss man vielleicht wirklich nachdenken – bei jungen Leuten. Und wo haben die das her? Vielleicht aus den Elternhäusern, aus dem sozialen Umfeld. Aber vielleicht zum Teil auch aus der Praxis von heute. Dazu eine kleine Episode: Ich bewege mich von Halle nach Potsdam ziemlich regelmäßig mit der Mitfahrgelegenheit, überwiegend mit Studenten. Wenn die dann



mitkriegen, was ich mache, gibt es einerseits ganz großes Interesse und sie wollen viel wissen, andererseits höre ich manchmal aber auch gleich den Satz, na, was denn, einen Geheimdienst hat doch jedes Land. Das ist etwa der zweithäufigste Satz nach dem Satz, wir haben ja keinem geschadet. Ich will damit sagen, dass das natürlich auch weitergegeben wird und dass es etwas mit Kenntniss bzw. mit Unkenntnis zu tun hat.

Und noch ein Satz zur Kontrolle oder zur relativen Transparenz von Geheimdiensten heute. Das ist jetzt natürlich wirklich nur ein Ausschnitt meiner eigenen Erfahrung, zum Beispiel in der Polizeiarbeit beim Neuaufbau der Polizei oder überhaupt erst einmal beim Aufbau von Landesämtern für Verfassungsschutz. In vielen Bundesländern, wie auch in Brandenburg, ist das ja kein eigenes Landesamt, sondern eine Abteilung am Innenministerium. Anfang der 1990er-Jahre war die Phase, wo es darum ging, den Verfassungsschutz tatsächlich etwas transparenter zu machen. In der Bevölkerung wurde erläutert, was das überhaupt bedeutet und wie der Verfassungsschutz auf der Länderebene arbeitet. Dennoch ist es natürlich so, wie Sie eben gesagt haben, Frau Boysen, dass es auch immer einmal das Bestreben gibt, mit Informationen hinter dem Berg zu halten, weil eventuell noch weitere Erkenntnisse gefährdet werden könnten oder Ähnliches, was manchmal auf der Landesebene durchaus zu Kollisionen zwischen Polizei

und Verfassungsschutz führt. Aber es liegt natürlich in der Natur der Sache, dass nicht ganz offen agiert werden kann. Die Frage ist dann nur, was mit den gesammelten Daten passiert. Und dann kommen wir in den Bereich der Kontrolle und der Transparenz. Zum Beispiel können wir ja auch alle beim Verfassungsschutz nachfragen, was über mich dort gesammelt ist, und er muss darüber Auskunft geben.

BRÄUTIGAM: Ich habe drei Fragen. Meine erste Frage ist: Wir haben bisher hauptsächlich über die Methoden des Staatssicherheitsdienstes gesprochen. Wie weit hat das Ministerium für Staatssicherheit die inhaltliche Innen- und Außenpolitik der DDR beeinflusst, zum Teil auch geändert? In den Beziehungen zur Bundesrepublik ist das auf einigen Gebieten ganz klar erkennbar. Ein Gebiet wurde vorhin schon erwähnt: die Reise in den dringenden Familienangelegenheiten. Ohne Frage hat die Staatssicherheit einen großen Einfluss auf die Ausreisen gehabt. Er hat, nach meiner Kenntnis, bei den Ausreisen mitgewirkt, die es ja durchaus gegeben hat, wenn auch in kleiner Zahl. Aber wie weit ging der Einfluss der Staatssicherheit auf ganz anderen Gebieten? Oder zum Beispiel, dass die DDR in den letzten Jahren bereit war, große Finanzkredite durch den Westen zu akzeptieren und sich damit in eine gewisse Abhängigkeit zu begeben. Inwieweit hat der Staatssicherheitsdienst also auf die Inhalte der Politik Einfluss genommen? Meine zweite Frage ist: Wie hat die Sowjetunion über die Beziehungen KGB-MfS auf die DDR-Politik Einfluss genommen? Und meine letzte Frage ist: Wie erklärt man, dass in der Krise 1989, die ja schon ein bisschen früher begonnen hat, die Staatssicherheit nicht in der Lage war, das zu tun, wozu sie eigentlich beauftragt war, nämlich die Sicherheit der DDR zu gewährleisten? Wieso hat sich der Staatssicherheitsdienst in der Stunde der Krise so merkwürdig zurückgehalten und nicht etwa den Versuch unternommen, die Bürgerbewegung zu zersetzen oder die Demonstrationen mit repressiven Maßnahmen aufzulösen, was man ja im Oktober befürchtet hatte?

BOYSEN: Jetzt bewirkt die Neugier von Herrn Bräutigam, dass wir eigentlich die Rollen tauschen könnten. Herr Gieseke, Sie sind zum tatsächlichen politischen Einfluss des MfS gefragt.

GIESEKE: Herr Fäßler spricht ja morgen noch zur Wirtschaftspolitik, das würde ich mir deshalb hier sparen. Ich greife einmal zwei Punkte heraus: den politisch-strategischen Einfluss des MfS und die Rolle im Herbst '89. Zum ersten Punkt: Ich kann nur ein Beispiel nennen, KSZE-Konferenzen. Die KSZE-Konferenz von Helsinki stellte eine ziemliche Herausforderung für die DDR dar. Zum einen war die DDR sehr froh, gleichberechtigt gegenüber den anderen Staaten anerkannt zu

werden. Das berühmte Bild von Erich Honecker zwischen Gerald Ford und Helmut Schmidt in Helsinki war einer der beiden Triumphmomente in Erich Honeckers Außenpolitik. Aber es gab eben den berühmten Korb 3, in dem das Recht auf Freizügigkeit und damit auf Ausreise angelegt war. Und die Staatsicherheit hat sehr wohl 1974/75 ausdrücklich gewarnt, welche Risiken damit auf die DDR zukommen. Das war eigentlich die typische Rolle des MfS: Warnen vor den Folgen, als Stabilitätsanker auftreten. Das war allerdings eine ziemlich bornierte Rolle, weil man immer nur die Stabilität der DDR, aber nie ihre Prosperität im Auge hatte. Es ging also darum, immer sicherzustellen, dass die Macht gesichert ist. Deswegen war die klassische Rolle von Erich Mielke in den Gesprächen mit Honecker und in den Stimmungsberichten, die an das Politbüro geschickt wurden, vor den Gefahren, die von der Liberalisierung und Öffnung her kommen, zu warnen.

Und damit bin ich beim zweiten Punkt: Warum hat eigentlich ein Apparat von zuletzt 91.000 Mitarbeitern, jeder bis an die Zähne bewaffnet – da hatte jeder seine Maschinenpistole –, im Herbst '89 nicht reagiert? Das hängt ein bisschen mit dem ersten Punkt zusammen. Bis auf eine Kerngruppe, die noch bereit war, zuzuschlagen, ist die Einsicht in die Möglichkeit, dieses System zu verteidigen, immer weiter erodiert. Die Bezirksverwaltungschefs haben noch gesagt, wir haben alles im Griff, aber wenn man mal in die unteren Reihen guckt, dann gab es eine Einsicht, dass es so mit dieser senilen, alten Führung nicht weitergehen könne. Das waren keine Demokraten, ich will hier keine Legenden stricken, aber sie waren in einem Zustand einer relativen Ratlosigkeit. Und das hat im Herbst '89 – neben den ausbleibenden Befehlen – den entscheidenden Punkt ausgemacht, wenn ich es in einem Satz sagen soll.

BOYSEN: Lassen Sie uns noch etwas anderes in den Blick nehmen. Neben dem Diktum „das MfS war ein Geheimdienst wie jeder andere“ gibt es das, demzufolge das MfS 1989 in seinen eigenen Aktenbergen erstickt sei, sich also selbst paralyisiert habe.

GIESEKE: Das ist eine der langlebigsten Legenden, dass das MfS nicht in der Lage gewesen wäre, die Vielzahl der Informationen zu verarbeiten. Das ist definitiv falsch. Es gibt beim Bundesbeauftragten mittlerweile eine Edition der Berichte des MfS ans Politbüro. Wenn Sie sich die einmal anschauen, dann sehen Sie, dass von 1985 bis 1989 die Berichte jedes Jahr eine Tonlage alarmierender werden. Es ist ausdrücklich davon die Rede, dass die Stimmung kippt, dass die Wut der DDR-Bürger auf die Situation im Lande immer weiter eskaliert. Das wird genau beschrieben. Das Problem ist, dass Erich Honecker 1972 verfügt hat, dass solche

Berichte nicht mehr ans Politbüro geliefert werden, sondern nur noch bis zum Minister für Staatssicherheit gehen. Bis zum September 1989 hat es gedauert, als Honecker auf dem Krankenbett lag und Egon Krenz und die anderen Politbüromitglieder irgendwie handeln mussten, dass man sich Berichte von Mielke über die Stimmung im Lande geben ließ. Da gab es drei Berichte: einen über die Gründe der Ausreiseantragssteller bzw. der Ungarnflüchtlinge, einen zweiten über die allgemeine Bevölkerungslage und einen dritten über die Lage in der SED. Aus meiner Sicht der entscheidende Satz, der in dem Bericht über die SED stand, war: Die Haltung der SED-Mitglieder unterscheidet sich nicht von der der allgemeinen Bevölkerung.

BOYSEN: Vielen Dank. Ich würde Sie nun bitten, sich der Frage zuzuwenden, inwieweit die Methoden und Wirkungsweise des MfS, die Verflechtung zwischen den diversen Sicherheitsorganen und auch der Justiz in der DDR Nachwirkungen hatten. Sie haben beide entscheidend am Aufbau demokratischer Strukturen in der DDR mitgewirkt. Als Minister in Brandenburg hatten Sie natürlich teilweise mit denselben Personen zu tun, die vorher Richter in der DDR waren. Sie hatten beim Aufbau der Polizeidirektion in Eberswalde auch mit Polizisten zu tun, die – um es einmal zuzuspitzen – eine Uniform gegen die andere gewechselt haben. Wie hat das Undemokratische, das diese Menschen erlebt haben, sie geprägt, und inwieweit konnten sie dann einen demokratischen Geist aussäen und befördern?

BRÄUTIGAM: Das ist eine schwierige Frage. Zum Verfahren: Alle amtierenden Richter und Staatsanwälte der DDR wurden nach 1990 überprüft, und zwar durch Kommissionen, denen Abgeordnete aus den verschiedenen Landtagen, zunächst auch aus der Volkskammer, und ausgewählte DDR-Juristen, die aber vorher überprüft worden waren, angehörten. Bei dieser Überprüfung spielte nicht nur eine Rolle, wofür sie zu DDR-Zeiten verantwortlich waren, welche Urteile sie gefällt hatten oder welche Anklagen erhoben worden waren, sondern insbesondere auch die Einstellung, die sie zu dem für sie neuen demokratischen, rechtsstaatlichen System hatten. Wie weit sie glaubwürdig waren, sich dafür zu engagieren. Im Ergebnis wurden von den ehemals amtierenden Richtern etwa 45 Prozent bestätigt, 55 Prozent sind größtenteils auf eigenen Wunsch ausgeschieden oder nicht bestätigt worden. Bei den Staatsanwälten war es merkwürdig, da war der Prozentsatz höher, so um die 55 Prozent. Man hatte sich in dieser Untersuchungskommission, so gut es eben möglich war, ein Urteil über das glaubwürdige Engagement ehemaliger DDR-Juristen für das neue, rechtsstaatliche System verschafft. Aus der Erfahrung kann man sagen, dass sich dieses Urteil in den meisten Fällen auch als begründet erwiesen hat. Ich muss aber noch hinzufügen: Diese



Überprüfung hat im Wesentlichen 1991 stattgefunden, und die Akten der Staatssicherheit waren bis zu diesem Zeitpunkt nur zu einem relativ geringen Maße überhaupt zugänglich. Später wurden dann noch Dinge bekannt, die dann auch zu einer Kritik geführt haben: dass bestimmte Leute eben bestätigt wurden, die das eigentlich nicht verdient hätten. Die Zahl derer, über die es da eine Diskussion gegeben hat, war aber sehr gering.

BOYSEN: Frau Leichsenring, was ist Ihre Erfahrung mit den Systemträgern?

LEICHSENRING: Polizei ist vielleicht noch etwas anderes. Man kann nicht einfach die Polizei zumachen, und man kann sich nicht auf die Schnelle eine neue backen. Denn die Polizei war ständig und auch unmittelbar nach der Wiedervereinigung und während der friedlichen Revolution sichtbar, während andere als Systemträger nicht immer so sichtbar waren. Das war vielleicht die besondere Schwierigkeit für den einzelnen Polizisten, aber auf der anderen Seite hat es doch auch etwas schneller dazu geführt, dass es innerhalb der Polizei Denkprozesse gab. Mal abgesehen davon, dass jeder Polizist eine bestimmte Anzahl von Weiterbildungsstunden belegen musste und sich jeder auf die mittleren und oberen Führungspositionen neu bewerben musste. Es gab also mitnichten einen Automatismus, dass jeder da blieb, wo er war. Es gab auch in den einzelnen Landesteilen von Brandenburg eine Rotation.

Aber auch die Uniform spielte psychologisch eine große Rolle. Bei der Bevölkerung hat sich das im Umgang miteinander ausgewirkt, ob sie mit der alten oder schon mit der neuen Uniform kamen. Darüber hinaus psychologisch bei den Polizistinnen und Polizisten selbst, die sich in ihrer alten Uniform nämlich gar nicht mehr wohlfühlt haben. Natürlich hatte nicht jeder Einzelne sofort das Selbstverständnis eines Polizisten in einem demokratischen Rechtsstaat verinnerlicht, das war auch klar für mich. Aber ich wurde immer wieder gefragt, ob ich nicht am Anfang ganz große Schwierigkeiten gehabt hätte. Die hatte ich nicht. Ich kann mich nicht erinnern, dass es mal ein Gegenarbeiten oder eine richtige Blockade dessen, was wir auf den Weg gebracht haben, gegeben hat. Das hing mit Sicherheit auch mit einem gewissen Leidensdruck zusammen.

In die Köpfe kann man allerdings nicht hineinschauen. Die Überprüfung auf besondere Staatsnähe bzw. Stasizusammenarbeit gab es natürlich. Aber die erste Überprüfung lief ja nur auf der Basis von Selbstauskünften ab. Damals habe ich dem Innenminister gesagt, dass er nicht davon ausgehen darf, dass es die überwiegende Zahl ist, die sich freiwillig outet. Das war dann auch so. Nach den Überprüfungen, die dann über die Behörde des BStU stattgefunden hatten, waren es natürlich viel mehr, die mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben. Über den Umgang reden wir ja hier heute nicht, der war auch für mich nicht immer zufriedenstellend. Aber insgesamt ging der Umstrukturierungsprozess der Polizei vergleichsweise konfliktlos vor sich. Im Allgemeinen habe ich da recht positive Erfahrungen gemacht.

Ich will einmal eine Gruppe herausgreifen, die K1, das war die politische Gruppe innerhalb der Kriminalpolizei. Die Akten wurden bei der Staatssicherheit geführt, die haben wir ja heute. Das war eine Gruppe, die innerhalb der Polizei gar nicht so gut gelitten war, weil keiner so richtig wusste, was die so machen. Diese Kollegen haben sich in der Regel auf mittlere Führungspositionen beworben und waren fachlich auch nicht die Schlechtesten. In den Auswahlkommissionen waren zum größten Teil Kollegen aus den alten Bundesländern, aus Nordrhein-Westfalen, das ja das Partnerland war. Die legen mir also diese Kollegen als Vorschläge vor. In diesem Präsidium Eberswalde waren das acht Leute. Ich habe dann gesagt, dass sie auf gar keinen Fall in Führungspositionen kommen können, weil die Systemnähe noch einmal eine ganz andere war als bei der allgemeinen Polizei. Mit allen habe ich dann Einzelgespräche geführt. Bis auf einen konnten die meisten diese Argumentation auch nachvollziehen. Sie sind in der Polizei geblieben und haben sich auch entwickelt und gut gearbeitet. Später haben sie dann, wie alle anderen auch, den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen

Dienst noch einmal machen müssen. Und das kann man wohl verlangen. Aber das fand nicht überall so statt. Gerade beim Thema K1 gäbe es noch einiges aufzuarbeiten.

BOYSEN: Vielen Dank. Jetzt müssten wir eigentlich konsequenterweise noch mit jemandem reden, der am Aufbau der Landesämter für Verfassungsschutz mitgewirkt hat. Das sage ich nicht als Kritik an unseren Veranstaltern, sondern eher, weil es ein Beleg der These ist, dass die einen Einrichtungen stärker von Offenheit leben als andere Einrichtungen. Allen Diskutierenden herzlichen Dank!



Zeitzeugengespräch

Wie wirken gegen das Vergessen?

HEIDELORE RUTZ, STEPHAN BICKHARDT, LOTHAR TAUTZ, SIEGFRIED WINTER

Moderation: SILKE KLEWIN

SILKE KLEWIN: Im Rahmen des diesjährigen Bautzen-Forums „Ein ganz normaler Staat?“ wird das Zeitzeugenpodium den Fragen nachgehen: Wie können wir der Verharmlosung entgegenwirken? Wie erinnern wir richtig? Ich freue mich sehr, diese Fragen mit meinen kompetenten Gesprächspartnern hier auf dem Podium diskutieren zu können, und heiße Heide Lore Rutz, Siegfried Winter, Stephan Bickhardt und Lothar Tautz ganz herzlich willkommen in Bautzen.

Damit Sie wissen, was Sie erwartet, kurz einige Anmerkungen: Wir haben uns geeinigt, dass ich es übernehmen werde, die Teilnehmer des Podiums im Vorfeld kurz vorzustellen und dass wir uns dann dem Thema in drei Frageblöcken nähern wollen. Die erste Sequenz wird der Frage nachgehen: Was war die DDR? Welche Erlebnisse haben die vier Zeitzeugen? Wie würden sie die DDR aus ihrer ganz individuellen Sicht charakterisieren? Der zweite Frageblock geht der Frage nach, wie es um das individuelle Erinnern bei den vier Personen bestellt ist. Wie geben

sie die Geschichte der DDR in ihrem Familien- und Bekanntenkreis weiter? In einem dritten Block soll dann der Frage nachgegangen werden, wie wir die Erinnerung zukunftsfähig machen können. Wie schaffen wir es, diejenigen zu erreichen, die noch nicht genau Bescheid wissen und die vielleicht sogar die DDR verharmlosen?

Heidelore Rutz ist 1945 in Lebbin, Kreis Greifenberg, in Hinterpommern geboren, machte eine Ausbildung zur Krankenschwester und zur Krippenerzieherin und war jahrelang als Leiterin einer Kinderkrippe tätig. Sie heiratete den Arzt Dietrich Rutz und ist Mutter von zwei Söhnen. In den 1980er-Jahren stellte die Familie einen Ausreiseantrag und nahm an Treffen Ausreisewilliger in Jena teil. Schon beim zweiten Treffen in Jena wird die ganze Familie 1983 festgenommen. Die Söhne sind zu diesem Zeitpunkt neun und zwölf Jahre alt. Es folgen für das Ehepaar Rutz fünf Monate U-Haft in der Potsdamer Lindenstraße. Die Kinder kommen zunächst ein paar Tage ins Heim, können dann aber bei der Schwester von Heidelore Rutz untergebracht werden. Frau Rutz wird zu 1,3 Jahren verurteilt, nach Paragraph 214 des Strafgesetzbuches der DDR: „Beeinträchtigung staatlicher Ordnung“. Herr Rutz bekommt 1,6 Jahre, da er – so der zusätzliche Vorwurf – auch die Kinder in Gefahr gebracht habe. Die Strafe muss Frau Rutz in der berüchtigten Strafanstalt Hoheneck verbüßen. Nach mehreren Monaten, am 31. Mai 1984, wird das Ehepaar Rutz freigekauft, und über die Station Gießen geht es nach Kiel und Osnabrück. Es gilt zunächst eine Wohnung zu suchen, Arbeit zu finden und die Schule zu organisieren. Die Kinder können glücklicherweise zwei Monate nach der Entlassung folgen. Es geht weiter über Geldern in Nordrhein-Westfalen.

Seit acht Jahren lebt das Ehepaar Rutz jetzt in Potsdam. Frau Rutz ist nach wie vor beruflich aktiv mit einer eigenen Akkupunkturmassagepraxis. Zudem engagiert sie sich in der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie führt Zeitzeugengespräche. Sie arbeitet an einem Buch, um ihre Erlebnisse weiterzugeben und – das verdient eine besondere Erwähnung – sie hat mitgewirkt an dem Theaterprojekt des Hans-Otto-Theaters Potsdam „Staats-Sicherheiten“. Das Stück ist meines Wissens 35 Mal aufgeführt worden. Fünfzehn ehemalige Stasihäftlinge wirken an diesem Stück mit und berichten auf der Bühne über ihre Zeit vor, während und nach der Haft. Auch in Bautzen ist dieses Stück im letzten September auf Initiative der Gedenkstätte im Deutsch-Sorbischen Volkstheater zu sehen gewesen. Ich freue mich sehr, dass Frau Rutz heute bei uns ist.

Siegfried Winter ist Jahrgang 1927. Falls einige von Ihnen nun anfangen zu rechnen: Er ist 84 Jahre alt. Ich finde es ganz großartig, dass er heute von

Münster aus zu diesem Bautzen-Forum angereist ist. Vielen Dank, dass Sie die weite Anreise auf sich genommen haben, herzlich willkommen. Herr Winter ist ein Sport-Ass seit frühester Jugend, sodass er auch als Pimpfenführer bei den NS-Jugendorganisationen sehr beliebt und aktiv war. Er ist 1943, 16-jährig, zum Reichsarbeitsdienst eingezogen worden und hatte das Glück, im Hause der persönlichen Wache des Reichsarbeiterführers Konstantin Hierl Dienst zu tun, das heißt, er kam glücklicherweise nie als Soldat zum Einsatz. Als die Kämpfe um Berlin begannen, wurde die achtköpfige Wachmannschaft in die Freiheit entlassen und es gelang Siegfried Winter, noch am 1. Mai 1945 mit einem Schiff von Saßnitz aus über die Ostsee nach Dänemark vor den sowjetischen Truppen zu fliehen. Dort wird er von den Briten interniert. Es gelingt ihm, aus dem Internierungslager bei Husum in Schleswig-Holstein zu fliehen und zu seiner Mutter nach Rostock zurückzukehren. Dort muss er erfahren, dass sein Vater am Einmarschtag der Russen, am 3. Mai 1945, bestialisch von sowjetischen Soldaten ermordet wurde.

Trotzdem muss Alltag einkehren. Es folgt der Schulbesuch bis zum Abitur 1947. Parallel beginnt seine Laufbahn als Handballspieler. Er kann sich 1947 an der wieder aktivierten Universität Rostock immatrikulieren und wird erster Sportreferent der Uni und erster Vorsitzender der Betriebssportgruppe (BSG). Es gibt viel zu tun: die Gründung einer Sportgemeinschaft, Kontaktaufbau zu anderen Unis, die Durchführung von Wettkampfsport, vornehmlich Handball. Doch der politische Druck auf den Sport nimmt zu. Die Studentenschaft spürt diese Tendenzen einer staatlichen Entwicklung zur roten Diktatur, wie Herr Winter es beschreibt. Die Studenten reagieren mit verbalen Aktionen.

Am 16. August 1949 wird Siegfried Winter von den Sowjets verhaftet, zunächst in Rostock mit gewalttätigen Methoden verhört, dann nach Schwerin verbracht, wo er monatelange Verhöre über sich ergehen lassen muss. Nach dem berühmten Artikel 58 wird er zu 25 Jahren durch das Sowjetische Militärtribunal Schwerin verurteilt. Im Dezember 1949 wird er ins Bautzener Speziallager, ins „Gelbe Elend“, eingewiesen. Er ist bei beiden mutigen Aufständen dabei im März 1950, er ist dabei, wie viele seiner Haftkameraden versterben, er erlebt all diese dramatischen Jahre in Bautzen. Im Januar 1954 wird er nach Rostock entlassen. Gleich im März flieht er in den Westen. Er beendet sein Studium, heiratet, wird Vater von zwei Kindern, arbeitet zehn Jahre lang als Gymnasiallehrer, bis ihn dann die Stadt Münster zum Leiter des Sportamtes beruft, das er 28 Jahre lang leitet. Seine Hafterlebnisse und seine Erfahrungen in Bautzen sind all diese Jahre, wie er es nennt, von einem Mantel des Schweigens umgeben. Erst im Jahr 2000

führt ein Kontakt zu Haftkameraden dazu, dass das Thema wieder auflebt. Ich freue mich wirklich sehr, dass Sie heute hier sind.

Stephan Bickhardt ist 1959 in Dresden geboren. Beide Eltern waren Theologen, die in Opposition zur DDR standen. Die Zulassung zum Abitur wird ihm verweigert, deshalb macht er zunächst eine Lehre zum Werkzeugmacher. Er wird nicht Mitglied der Jungen Pioniere, dann aber Mitglied der FDJ, um eine Lehrstelle zu bekommen. Bickhardt verweigert den Wehrdienst, engagiert sich in der christlichen Jugendarbeit, liest Reiner Kunze und hört Lieder von Wolf Biermann. 1979 bis 1986 studiert er Theologie und Religionspädagogik in Naumburg und Berlin. Er engagiert sich in verschiedenen oppositionellen Gruppen und Organisationen: Aktion Sühnezeichen, Sozialer Friedensdienst, Initiative Frieden und Menschenrechte, Initiative für Blockfreiheit in Europa, um nur einige zu nennen. Ab 1984 organisiert er mit Ludwig Mehlhorn rund 30 literarische Lesungen in Privatwohnungen. Er wird dann Studienreferent in der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden der DDR in Berlin und ist anschließend bis 1989 als Vikar tätig. Seit 1986 gibt er Samisdat-Literatur, die „radix-blätter“, heraus. Am 12. September 1989 wird er Gründungsmitglied der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt und ist bis 1990 deren Geschäftsführer. Seit 1991 ist Stephan Bickhardt Pfarrer in Eberswalde, Leipzig und Markkleeberg, seit 2007 arbeitet er als Polizeiseelsorger in Leipzig und Westsachsen. Stephan Bickhardt ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Ich freue mich ganz besonders auf die Diskussion mit Ihnen.

Lothar Tautz hat ein sehr bewegtes und umfangreiches Leben, und ich bitte um Entschuldigung, dass ich mir nur einige Stationen seines Lebens herauspicke. Geboren 1950 in Erfurt, absolviert er zunächst eine Ausbildung als Maschinenbauer mit Abitur. Im April 1968 ist er Kandidat der SED; im August allerdings tritt er bereits wieder aus. Er studiert Theologie und Pädagogik an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Berlin. 1976 gründet er die Naumburger Menschenrechtsgruppe für Freiheit und Sozialismus und protestiert unter anderem auch gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann. 1977 ist er Mitbegründer des Ost-West-Bonhoeffer-Kreises und des Hegel-Kreises, 1983 Mitbegründer der überregionalen Friedensgruppe Frieden '83. Viele Jahre, von 1984 bis 1990, ist er Pfarrer in Weißenfels. Er ist Mitbegründer des Arbeitskreises Solidarische Kirche, die sich als überregionale gewerkschaftliche Basisbewegung innerhalb der evangelischen Kirche der DDR verstand. Von 1987 bis 1989 richtet Lothar Tautz regelmäßig Gemeindeabende für Ausreisesteller aus und bietet Hilfe für die durch jahrelange soziale Isolation Bedrängten und für Verurteilte.



1989/90 moderiert er den Runden Tisch im Kreis Weißenfels. Dann ist er sieben Jahre im Bundesministerium für Wirtschaft tätig, unter anderem als Bildungsreferent. Er arbeitet auch in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung und Geschichte der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ mit. Zwei Jahre lang ist er Landesgeschäftsführer der SPD Sachsen-Anhalt. Im Anschluss daran leitet er das Büro des Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt. Seit 2002 ist er ausgesprochen aktiv im Bereich der politischen Bildung, langjährig als Referent in der Landeszentrale für politische Bildung, seit 2010 als Lehrer für Sozialkunde im eigenen Unternehmen. Er ist Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten seit 2002, seit 2005 Landessprecher Sachsen-Anhalts des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Und seit 2008 ist er auch Mitglied des Bundesvorstandes.

Wie ich dem Internet entnommen habe, lebt Herr Tautz in der „Zwiebelmetropole“ Heldrungen, was mir völlig neu war. Er ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder und zwei Enkel. Herzlich willkommen, schön, dass Sie da sind, Herr Tautz.

Nach der Vorstellungsrunde möchte ich nun zunächst in das Thema einsteigen: Was war die DDR? Wir haben am Vormittag vom antifaschistischen Friedens-

staat, dem Leseland und der Sportnation gehört. Ich möchte Herrn Tautz als Ersten bitten, uns aus seiner Sicht zu berichten, was die DDR war.

LOTHAR TAUTZ: Damit ich mich konzentriere und kurzfasse – denn auch wenn man über dieses Thema lange redet, ist es nicht erschöpfend behandelt –, will ich am Anfang etwas tun, was auch auf ein für mich wichtiges Projekt unseres Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ hinweist. Wir machen ja Erinnerungsarbeit, indem wir Projekte veranstalten, die das Demokratiebewusstsein heute stärken, ich speziell, weil ich auch als Lehrer arbeite, bei Jugendlichen. Vor allem in den zehnten und zwölften Klassen ist die DDR-Geschichte im Unterrichtsplan. Seit zehn Jahren machen wir intensiv Schulprojekte, die jedes Jahr einen anderen inhaltlichen Schwerpunkt haben. In diesem Jahr, in dem kein „Jubiläum“ auf die DDR bezogen ansteht, heißt der Titel „Jugendmusik in der DDR“. Wenn wir den Schülern einen existenziellen Bezug vermitteln wollen, steigen wir immer mit eigenem Erleben ein. Und jetzt kommt die Geschichte zum eigenen Erleben zum Thema Jugendmusik in der DDR.

Die Geschichte spielt in Erfurt um den 20. Jahrestag der DDR herum. Ich war damals schon wieder aus der SED ausgetreten, nach dem 21. August 1968 – da können Sie sich denken, welchen Grund das hatte. Danach bin ich erst einmal nicht so richtig wieder auf die Füße gekommen, was Karriere und politisches Ansehen in der DDR anging. Ich fühlte mich aber ausgesprochen wohl in einer Jugendgruppe, die in den Stasiakten in Erfurt als „Meute von Gammlern“ bezeichnet wurde. Ein bisschen was an Restbeständen aus dieser Gammlerzeit sehen Sie ja auch noch bei mir.

„Es geschah in den Tagen um den 20. Geburtstag unserer Republik. Das Ange-reckteam war auf Rockvergnügen aus, Wochenende, dazu ein für die meisten von uns freier Arbeitsmontag, dann der große Feiertag. Grund genug, hinaus in die ideologiefreie Natur zu stürmen. Was brauchten wir („Meute von Gammlern“) Fahnen zu schwenken oder gar FDJ-Lieder zu brüllen. Am Vorabend der Republikgeburtstagsfeier wollten wir tanzen. Ein Dutzend hippiemäßig geschmückte Gestalten, Monika, Zapka, Tiny und ich waren dabei, Conny kam gerade von seiner Arbeit am Dom. Wir trafen ihn auf seinem Weg zum Stadtgarten, einem Biergarten mit Freilichtbühne, wo wir hofften, einigermaßen erträgliche Musik hören zu können. Wir waren alle gut drauf, nur die Musik war eine Katastrophe, eine Mischung aus Karli Naue und der Blaskappelle Herker. Sie erinnern sich vielleicht, damals war die Beatmusik von Walther Ulbricht gerade wieder verboten worden. Und dieses Beatverbot traf auch die Gruppen, die die Beatmusik nachspielten. Man wusste nie, ob die Gruppe, zu der man gehen woll-

te, gerade wieder verboten war oder nicht. Wir hatten Pech, sie war verboten. Wir ließen es uns trotzdem nicht verdrießen und tanzten miteinander im Kreis. Monika als Blumenmädchen – sie hatte ob ihrer lebensfrohen Ausstrahlung von einem angetrunkenen Republikgeburtstagsfeierler einen Strauß Astern geschenkt bekommen – verteilte Blütenstängel, worauf wir begannen, die Blumen in begeisterter Ekstase auf die Bühne zu werfen. Conny bemühte sich besonders, in die Tuba zu treffen, was auf der Hand lag, weil diese uns als Corpus delicti für die furchtbare Musik erschien und zu nichts anderem diente, als uns zu ärgern. Was soll's, wir hatten unseren zweifelhaften Spaß, und die Band war mit ihrem falschen Publikum bestimmt genauso unglücklich wie wir mit ihrer Musik. Nachdem es noch ein kurzes Gerangel mit zwei Stasispitzeln gab, die unseren Blumenreigen auflösen wollten – es war gerade verboten, auseinander zu tanzen, Wolf Biermann hat sogar ein Lied darüber geschrieben –, trabten wir nach Hause. Jeder in seine Richtung. Ich brachte Monika noch bis vor die Haustür, wo wir uns wie üblich wortreich verabschiedeten. Der Feiertag brach an. Wer nicht zum Waldspaziergang erschien, war Conny. Wir waren beunruhigt, zumal Zapka, bei dem er wohnte, berichtete, dass er nicht nach Hause gekommen war. Nachdem er sich bis zum Abend nicht meldete, schwante uns: Conny konnte nur im Knast sein. So gingen Monika und ich am Mittwoch mit Zittern und Zagen in die Andreasstraße, wo sich das Stadtgefängnis befindet – es war in Wahrheit das Stasigefängnis. Es gab einen kurzen Wortwechsel zwischen uns, wer über die Straße geht und an der Tür klingelt und nachfragt – denn wir beide wollten den jeweils anderen nicht in Gefahr bringen. Wer wusste schon, ob dieser Eingang, einmal durchschritten, wieder als Ausgang funktionierte. Monika ging, obwohl auch ich todesmutig losgelaufen wäre, aber sie sagte, sie würde nicht so schnell festgehalten, denn sie wäre ja eine Frau. Außerdem sah sie mit den zusammengebundenen Haaren und dem geblühten Kleid ganz unverdächtig aus, ich aber konnte mir die Haare lange zusammenbinden, mit dem Bart wäre ich trotzdem als ungebührlich erschienen. Der war damals hippiemäßig natürlich noch etwas länger, etwa einen halben Meter.

Ja, er war im Knast, keine weiteren Auskünfte. Monika war ganz weiß im Gesicht, und auch ich spürte erstmals deutlich die Keule der Staatsmacht. Wir hatten Angst und schwiegen. Eines war klar, dass Conny nichts Unrechtes gemacht haben konnte. Gerade er war ja unser Seelsorger, kein Alkohol, keine Provokationen. Wenn einer die Hippieideale hier lebte – make love, not war –, war es Conny. Nun ausgerechnet er im Gefängnis. Wenigstens konnten wir seine Oma verständigen, Mutter Zapka fand deren Adresse beim Sachenwaschen. Die



praktischen Mütter, er muss doch wenigstens was Sauberes zum Anziehen haben, wenn er wieder rauskommt. Ach, Frau Zapka, von Ihnen hätten wir mehrere gebraucht. Denn tatsächlich, nach vier Wochen hatten wir ihn wieder. Conny war wegen Rowdytums verurteilt worden, hätte mit Blumentöpfen die Musiker beworfen. Er als Gewalttäter, das fasst man nicht. Der arme Kerl. Mit geschorenem Kopf, die Glatze in der Parkakapuze versteckt. Sie hatten ihn auf dem Heimweg verhaftet, wohl von langer Hand geplant, deshalb auch die Stasispitzel bei unserer Tanzveranstaltung. Der Versuch, ihn auf der Arbeit abzufangen, war, wie sie selber ihm gegenüber eingestanden, fehlgeschlagen. Ein einziges, aber unbestreitbares Beweisstück für seine staatsfeindliche Grundhaltung fand sich in seinem Hebammenkoffer: Biermanns ‚Soldat, Soldat, wo geht das hin‘. Wer es nicht kennt, da kommt die Zeile ‚Soldaten sind sich alle gleich, lebendig und als Leich‘ vor. Das durfte man natürlich von der Nationalen Volksarmee nicht sagen. Wie würde es dir gehen, wenn du plötzlich verhaftet wirst, wenn du mit Knebelkette und Handschellen geschmückt bist, anstatt mit dem Blumenkranz? Wenn die grüne Minna dich einlädt und die Fahrt in den Knast diesmal kein Kino ist? Du bekommst nichts zu essen, zu trinken und zu rauchen, du. Wenn die Fahrt über den Anger führt, am Feiertag, und keiner von deinen Freunden am

Eck sieht dich im Polizeiauto sitzen. Nach der Verhandlung sagt der Gefängnisdirektor zu dir: Nehmen Sie die vier Wochen an, mit Berufung dauert's länger. Hast du dann auch das Gefühl, am Ende freiwillig im Knast zu sein, weil du deiner Strafe zustimmst, obwohl du doch nichts getan hast?“ Damit ist schon der erste Teil der Frage in Bezug auf die Jugendlichen beantwortet, ob die DDR ein ganz normaler Staat war.

KLEWIN: Vielen Dank. Herr Bickhardt, Sie sind Jahrgang '59, Sie haben die DDR 30 Jahre lang erlebt. Wie würden Sie uns kurz umreißen, was das für ein Land war?

STEPHAN BICKHARDT: Kurz? Der Ministerpräsident von Mecklenburg hat gesagt, die DDR sei kein Unrechtsstaat. Dieses Wort ist ein schönes Beispiel für die kontradiktorische Wirkung von falsch gesetzten Begriffen. Denn seither wissen sehr viel mehr Menschen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Ich finde also, dass das Leben durch die Abwesenheit von Gewaltenteilung, durch die Abwesenheit von Meinungsfreiheit, von Freiheitsrechten, sehr grundlegend bestimmt war. Es gibt noch ein anderes Wort, das mir in den letzten Jahren immer eingefallen ist, wenn ich auf das Befinden der Menschen, wie ich es in der DDR erlebt habe, geschaut habe. Das ist das Wort von Hans-Joachim Maaz, der Titel des ersten Buchs, mit dem er berühmt geworden ist, „Gefühlsstau“. So etwas wie eine Verhinderung des Bürgerseins der Menschen, das war für mich die DDR. Die Nichtermöglichung freier Rede, das Einschränken spontaner Äußerung. Ich gehörte zu einem Kreis, zu dem auch der Physiker Dr. Hans-Jürgen Fischbeck gehörte, der sagte: Die DDR macht krank. Wenn man sich überlegt, dass jeder Mensch krank sein kann, wie ich als Seelsorger weiß, auch schwer psychisch krank sein kann, – vor allem durch einzelne Erlebnisse ist das häufig bestimmt –, dann ist das schon eine sehr grundlegende Aussage, weil diese Krankheit ja dann alle betrifft, wenn es sich um ein System handelt. Dass also auch diejenigen, die wir als Gegenüber erlebt und begriffen haben, die zur Partei gehörten oder von denen gesagt wurde, sie sind vielleicht Spitzel oder anderes, eben auch krank gewesen sind. Das ist für mich ein wichtiges Wort, neben dem Wort von der Diktatur.

Ich habe vor zwei Tagen an einer Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Thema 20 Jahre Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ teilgenommen, weil ich da auch einmal zwei Studien abgeliefert hatte. Mir hat es gefallen, dass dort ziemlich im Konsens klar wurde, dass man sich auch von der Totalitarismustheorie Hannah Arendts ausgehend nicht mehr so lange an der Frage abarbeiten sollte, welche intellektuellen Potenziale der sozialistischen Ideo-

logie innewohnen. Sondern dass man, wenn es um politische Aufklärung im Sinne des Bürgerseins geht, von Diktatur reden sollte.

Für mich ist die DDR aber auch mein Großvater. Mein Großvater war einige Wochen hier in Bautzen I im Gefängnis. Ich habe das hier in Bautzen noch nicht erzählt. Er wurde 1960 in einem Geheimprozess wegen Schädlings- und Spionagetätigkeit zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Dieser Prozess fand in Halle statt. Er wurde für den Prozess von Hohenschönhausen nach Halle gefahren und ist dann nach dem Prozess für eine Weile in Bautzen untergebracht gewesen. In der Familie heißt es, das war so eine Art Abschreckungshaft. Ich finde auch, dass der Angriff auf den christlichen Deutungshorizont unserer Kultur darin ganz deutlich sinnbildlich wird, dass er immer sehr erschüttert berichten konnte, dass er hier in Bautzen in der Adventszeit 1960 mehrmals über irgendwelche Lautsprecher im Gefängnis das Lied „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ vernehmen musste, was er als blasphemisch und verletzend erlebte. Mein Großvater, Professor Dr. Reinhold Baake, der das Zentralinstitut für Metallurgie der DDR in Leipzig leitete, das übrigens das große Gebäude direkt gegenüber der heutigen Stasiunterlagenbehörde an der Runden Ecke war, hat maßgeblich die metallurgische Industrie in der DDR aufgebaut. Nach seiner Gefängniszeit hat er noch halbtags im Stahlwerk Riesa gearbeitet, da war er sozusagen vor Ort verbannt, und er hatte Zeit für mich. Nach meiner Mutter und meinem Vater war er der nächstintensivste Gesprächspartner meiner Kindheit und Jugend bis in die Studentenzeit. Seine Schilderungen haben mich natürlich erheblich geprägt. Und wenn ich jetzt hier in die Runde schaue, können Sie das besonders gut verstehen. Vorhin sagte jemand an der Kaffeetafel zu mir – er kannte mich nicht –, jetzt kommen die Zeitzeugen, also Sie sind ja auch fast alle Zeitzeugen hier. An irgendeiner Stelle möchte ich heute, weil ich das noch nie öffentlich getan habe, einen Teil seines Haftgedichts vortragen. Er hat die Jahre des Gefängnisses für verschiedene geistige Aktivitäten genutzt. Er konnte Lehrbriefe schreiben, die dann an der Bergakademie Freiberg verbreitet wurden, er hat auch verschiedene Gedächtnisübungen gemacht und ein sehr langes Haftgedicht in Hexametern erdacht und memoriert – er konnte das wegen seiner humanistischen Ausbildung an der Landesschule Schulpforta. Ich würde Ihnen die Schlusspassage heute gerne vortragen.

Für mich waren das System der DDR trotz alledem Menschen, auch die flüchtenden Menschen meiner Familie. Für mich war die DDR ein Lebensort, an dem es mir möglich war, unter Freunden und in Gruppen gut zu leben. In meiner Generation gehörten wir ja zu denen, die Uwe Kolbe mit seinem ersten Gedicht-

band als die „Hineingeborenen“ beschrieben hat, die also hinter der Mauer geboren wurden. Wir mussten nicht alle diesen extremen Leidensdruck durchmachen wie die Älteren. Darum war die DDR für mich vor allem auch die Begegnung mit sehr mutigen Menschen, die meinen Weg geprägt haben.

Klewin: Ich danke Ihnen. Da wir gedanklich jetzt gerade bei Ihrem Großvater sind, denke ich, es wäre jetzt der passende Zeitpunkt, das Gedicht vorzutragen.

Bickhardt: Ich beginne in Zeile 45, da schildert er die Vernehmung. Wichtig ist auch die Figur des Florestan aus der Oper Fidelio, eines zu Unrecht Verhafteten, der dann von der als Fidelio verkleideten Leonore befreit wird.

*Zum Beispiel sagt der Gefragte: Das so und so weiß ich nicht mehr
Dann sagt der Vernehmer, Dass das so und so aber möglich wär',
Dann sagt der Sachverständige, Das so und so ist wahrscheinlich wahr,
Dann der Staatsanwalt, Das so und so ist sonnenklar,
Der Richter übertrumpft sie alle, was auch sei, Und alle stimmen zu, es sind noch
Zellen frei.
Und dann die aufgeheizten kleinen Leute Die Sachverständigen, eine Meute,
Dressiert allein aufs „Schuldig“-Brüllen Sie tun um ihrer Stellung willen,
Und der Gerichtssaal ist fürs Volk verschlossen Zutritt allein für abgekartete
Genossen,
Die schaffen dort im Saal die Atmosphäre, Wo Albert Schweitzer ein Verbrecher
wäre.
Da steht ein ganzer Männerchor, Und Staatsanwalt und Richter singen vor
Und du stehst da als reiner Tor.
Da stehst du als geschlagener Hund Mitten in dem Ganovenbund.
Da wird erfüllt ein Abschlussplan, Du gehst den Weg des Florestan,
Der Richter, der das alles lenkt und kann, sieht abends sich sein Hobby, den Fidelio,
an.
Was da geschah, ist zwei Jahrhundert her, Das war einmal, heut gibt's so was nicht
mehr.
Und bei allem Abscheu vor dem ganzen Gelichter, beim Schaudern vor einem
gesunkenen Richter,
Kann ich vor allem eins nicht vergessen, Meinen Ekel, dass sie alle so vollgefressen.
Der Staatsanwalt, der Bonzenspeck umwölbte ihn, Die Schöffin, so fett wie Hilde
Benjamin,
Vernehmer, Staatsanwälte, Richter werden immer feister,
Kein Wunder auch, Berija ist ihr Meister!*

KLEWIN: Herr Winter, mit dem Gedicht würde ich gerne überleiten und Sie mit der Frage konfrontieren: Was war die DDR für Sie? Welche Erlebnisse verbinden Sie mit diesem Staat?

SIEGFRIED WINTER: Es fällt mir schwer, weil ich mich völlig von dem absetzen werde, was bisher gesagt wurde. Das ist keine Wertung, sondern nur eine Darstellung meiner Äußerungen. Die kommen mehr spontan. Mir fällt es zum Beispiel schwer, „meine Damen und Herren“ zu euch zu sagen. Ich fühle mich hier sehr wohl unter gleichgesinnten Menschen. Und deshalb sitze ich hier oben als Zeitzeuge. Für die Frage „Was war die DDR?“ bin ich kein geeigneter Zeitzeuge. Ihr habt meinen Lebenslauf gehört – habt ihn schon wieder vergessen, ist klar, ist auch unwichtig. Für mich ist nur wichtig, kurz zu markieren, wie ich zur DDR gekommen bin. Denn als ich verhaftet wurde, gab es noch keine DDR. Also kann ich auch die DDR als Einrichtung nicht beurteilen. Die meiste Zeit der DDR, die ich erlebte habe, habe ich in Bautzen verbracht. Als ich wieder entlassen wurde, war ich noch ein Vierteljahr in meiner Heimatstadt Rostock, damals völlig zerstört.

Als 17½-jähriger Junge bin ich aus einer Gefangenschaft geflohen, um nicht in ein belgisches Bergwerk zu kommen, um dort nach dem Krieg Kohle zu schaufeln. Als ich im Herbst 1945 nach Hause kam, fand ich dort meine vergewaltigte Mutter, die ohne Mann leben musste, mit einer elfjährigen Schwester vor. Da könnt ihr euch meine Gemütsverfassung vorstellen. Aber aufgefangen haben mich zu Hause in Rostock – damals noch keine DDR, man nannte das die Sowjetische Besatzungszone – die Menschen dort und später mein Berufsfeld, alle Menschen, die was mit Sport zu tun hatten. Ähnlich hat es ja Bautzen mit mir erlebt. Einige von euch können sich vielleicht erinnern, dass ich mit euch Sport machen musste. Ich habe dem politischen Offizier damals gesagt, die Leute haben Hunger und werden sich wundern. Aber es war nicht so. Alle Gefangenen haben freudig mitgemacht, weil sie den Sinn begriffen haben. Das nur nebenbei. Wie gesagt, meine Gemütsverfassung war ziemlich betroffen.

Deshalb habe ich mir die Frage, was für mich die DDR war, ein bisschen umgemodelt. Ich frage mich, was die Menschen, die in der DDR gelebt haben und leben mussten, für mich waren. Das waren meine Familienmitglieder, meine Sportkameraden, meine Klassenkameraden. Und sie sind es bis heute. Ich bin nach wie vor mit Menschen zusammen, mit denen ich 1934 eingeschult wurde. Einer davon liegt zurzeit mit schwerem Schlaganfall im DRK-Heim in Rostock. Er war ein führender Arzt der DDR, ausgezeichnet mit mehreren internationalen Preisen, Leiter der Frauenklinik und Forscher auf dem Gebiet der pränatalen



Chirurgie. Dieser Professor ist mein Kamerad, von 1934 bis heute. Diese menschliche Verbundenheit zu einem Bürger der DDR, der übrigens kein SED-Mitglied werden musste, mir aber ständig, wenn ich ihn während der DDR-Zeit vom Westen aus besuchte, zur Beerdigung meiner Verwandten, sagte: Sigg, mach dir keine Sorgen, ich kenne alle meine Mitarbeiter, die mich beobachten und beurteilen. Aber seine fachliche Qualifikation hat dazu geführt, dass er auch von den staatlichen Organisationen anerkannt werden musste. Ein Beispiel dafür, wie die DDR sich verhalten hat. Er durfte in Ostblockstaaten und in Staaten im Norden, zum Beispiel Finnland, Schweden und Norwegen, reisen. Dorthin ist er mit dem Zug gefahren. Dieser Zug fuhr über Warnemünde und Rostock. Während dieser Zeit bin ich in Rostock in den Zug gestiegen und in Osnabrück wieder ausgestiegen. Dann haben wir uns über das, was wir erlebt haben – er zu Hause in Rostock, meiner Heimatstadt, und ich in Münster, meiner neuen Heimatstadt in Westdeutschland –, unterhalten.

Mir kommt es darauf an, etwas Menschliches über diese ganze Zeit rüberzubringen. Nicht etwas, was nur Organisationen angeht, sondern etwas, was Menschen erlebt haben, durchgemacht haben und was sie daraus gemacht haben. Das Gleiche gilt ja eigentlich für die Zeit, die wir in Bautzen waren. Diejenigen Menschen, die mich im Westen kennengelernt haben, haben mich natürlich

gefragt, warum sie mich verhaftet haben und wie ich in den Westen gekommen bin. Das waren die beiden Fragen, die sie gerne beantwortet haben wollten. Aber schlimme Vorkommnisse haben sie bloß zur Kenntnis genommen – Karzer, Prügel, TBC-Station, alle diese Dinge interessieren praktisch ganz wenige Leute im Westen. Das war schon immer so. Und wir dürfen die Latte der Erwartungen nicht zu hoch hängen, wir müssen Zumutbares offenbaren. Das ist für mich das menschliche Miteinander. Ich habe auch Klassenkameraden, die richtige SED-Bonzen geworden sind. Warum, das möchte ich gerne im zweiten Beitrag erklären, denn dieser Bonze hat dazu beigetragen, dass ich in den Westen fliehen konnte.

KLEWIN: Frau Rutz, auch an Sie die Frage.

HEIDELORE RUTZ: Ich hänge mich an das Gedicht an und fange meine Geschichte von hinten an. Ganz anders, als ich es eigentlich wollte. Wir standen im Gerichtssaal. Vorher wurden wir informiert: Wenn Sie in dieses Gericht gehen, bitte keine Polemik, antworten Sie nur auf Fragen, die Ihnen gestellt werden. Wir kamen, so wie das Gedicht es schildert, alleine. Ohne Angehörige, nur mit den Schließern saßen wir vor dem Gericht. Es war ein vorgefasstes Gerichtsurteil, das die Stasi vorher schon auf dem Tisch hatte. Meinem Mann wurde gesagt, er habe die Kinder in Gefahr gebracht, und er wurde zu 1,6 Jahren verurteilt. Da bin ich aufgesprungen, trotzdem ich nichts sagen durfte, und habe gesagt: Wir haben unsere Kinder über alles informiert und sie waren immer bei uns, sie kennen nichts anderes, sie waren über unser Leben informiert, Sie haben unsere Kinder in Gefahr gebracht und wir haben ja nichts getan. Das war die Gerichtsverhandlung. Ich wurde zu 1,3 Jahren – ohne etwas sagen zu dürfen – verurteilt. Zurück ins Gefängnis Lindenstraße, wo wir unter völliger Isolation waren. Einige Zeit nach der Verhaftung hatte ich vier Wochen Einzelhaft, weil ich ständig Widerstand geleistet habe: Ich habe gelacht, meinem Mann gelacht, er hat gehustet. Ich habe versucht, „Die Gedanken sind frei“ zu singen. Da wurde mir gesagt, ich dürfe nicht singen, das wäre Kontaktaufnahme zu den Nebenzellen. Ich habe mich ständig so verhalten, wie ich nicht durfte. Wenn ich aus der Zelle sollte, habe ich mich gekämmt und verlangt, dass sie vorher die Tür zumachen. Mit den Insassen der Nachbarzellen habe ich geklopft wie ein Weltmeister. Diese Zeit habe ich eigentlich nur gut überstanden, weil ich ständig im Widerstand war. Dafür habe ich aber eben diese vier Wochen Einzelhaft bekommen. Wie sind wir nun in diese missliche Situation gekommen? Mein Mann ist Arzt und ich war Krankenschwester. Wir haben ganz normal gelebt. Mein Mann hat Nachtdienste und alles nach Vorschrift gemacht und wir

haben nie irgendwelche Dinge, die der DDR geschadet hätten, getan. Aber wir waren Kirchengänger und unsere Kinder nahmen am Religionsunterricht teil. Ich konnte nicht konfirmiert werden, weil mir mein Lehrer sagte, ich könne nicht den Beruf ergreifen, den ich möchte, wenn ich keine Jugendweihe mache. Also habe ich mich als Erwachsener konfirmieren lassen. Bei unseren Kindern war uns klar, dass sie nicht zur Oberschule dürfen. Pressefreiheit, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, das waren in der DDR nur hohle Phrasen. Aber für mich ist wichtig, dass die Erziehung in der DDR von Anfang an darauf ausgerichtet war, die Kinder im Sinne der DDR zu erziehen und in ihnen den Hass gegen Westdeutschland zu erwecken. Ich bin Krippenleiterin, und zu den Feiertagen mussten wir die Embleme und Fähnchen – Winkelemente, wie man sie nannte, und zu Weihnachten die geflügelten Traditionsfiguren, weil man das Wort Engel nicht aussprechen durfte – aufhängen. Ich habe in der Krippe immer versucht, diese ganzen von oben verordneten Dinge nicht so durchzuführen, weil ich gesagt habe, diesen kleinen Kindern muss man so etwas nicht beibringen. Wir wohnten in Brandenburg und hatten das Glück, Westfernsehen zu haben. Dadurch waren unsere Kinder aber auch wieder im Konflikt. Das sind so Kleinigkeiten, die aber unseren Alltag bestimmt haben. Die Kinder wurden von uns wissentlich doppelzünftig erzogen, weil wir gesagt haben, du darfst nicht sagen, welches Sandmännchen du siehst, und du darfst nie erzählen, welchen Sender wir anstellen. Unsere Kinder wurden in alles mit einbezogen und dadurch waren sie gewappnet, als sie eines Tages hörten, dass wir einen Ausreiseantrag stellen. Denn das Fass kam zum Überlaufen, als es hieß, dass in der achten Klasse der Wehrkundeunterricht eingerichtet wird. Das hat ja Margot Honecker zu verantworten, sie hat bestimmt, was die Kinder und die Jugend lernen muss. Da haben wir gesagt, das machen wir nicht mehr mit und haben einen Ausreiseantrag gestellt. Nach dem einen stellten wir den nächsten, beide wurden abgelehnt. Dann hörte mein Mann von einem Kollegen in der Klinik, er hätte in der Süddeutschen Zeitung, die in der Ständigen Vertretung lag, gelesen, dass es in Jena jeden Samstag einen Weißen Kreis gebe, der ohne Plakate wäre, die Leute stünden nur da, ohne sich an den Händen zu halten. Das würde anscheinend nicht als Demonstration genommen werden. Dieser Kollege sagte, am besten treffen wir uns im Wald. Da erzählte er meinem Mann das, was in der Zeitung gestanden hat. Uns war das recht, weil uns das gefahrlos erschien und wir niemals etwas machen wollten, was eine Gefahr für die Kinder bedeutet hätte. Das erste Mal standen wir, dann fuhren wir eine Woche in den Böhmerwald in den Urlaub, kamen wieder, auf dem Rückweg fuhren wir erneut auf den Platz der Kosmo-

nauten, gegen den Protest meines Mannes. Später hat mein Mann immer wieder gesagt, schiebe alle Schuld auf mich, aber es hat mir nichts genützt. Das zweite Mal wurden wir innerhalb von wenigen Minuten verhaftet. Es kamen auch nicht mehr 198 auf den Platz, sondern nur noch 48, es war alles geplant. Unsere Kinder waren bis abends bei mir und kamen dann ins Heim und dann zu meiner Schwester.

KLEWIN: Ich würde jetzt gerne zur zweiten Runde kommen und der Frage nachgehen: Wie wird in Ihrer Familie mit dem Erbe DDR umgegangen? Welche Bedeutung hat die DDR, Ihre DDR-Erlebnisse und die Zeit in der DDR, heute? Wie haben Sie Familienangehörige, den Bekanntenkreis und auch Kinder und Enkel mit diesem Thema konfrontiert? Und welche Bedeutung nehmen diese Jahre im Freundes- und Bekanntenkreis ein? Frau Rutz, ich würde Sie bitten, als Erste dazu etwas zu sagen.

RUTZ: Wir haben einen sehr engen Kontakt zu unseren Kindern. Der Älteste hat alles sehr gut überstanden. Der Jüngste hat auch Geschichte studiert, hat seinen Doktor gemacht und habilitiert sich jetzt – und trotzdem hat er es nicht so gut überstanden, er war ja erst neun Jahre alt. Er hat in dem einen Jahr nie geweint, wurde mir gesagt. Sie haben es beide gut gehabt. Aber er hat irgendwelche Probleme damit, wenn er das heute hört, was ich erzähle, dann kommen ihm die Tränen, obgleich er eigentlich denkt, dass er gut darüber hinweggekommen ist. Wir telefonieren und treffen uns oft. Jedesmal ist es so, dass wir uns über die DDR unterhalten, sehr häufig auch über das Jahr, das wir in der Haft und unsere Kinder bei meiner Schwester verbracht haben.

Das Theaterstück „Staats-Sicherheiten“, bei dem ich mitgewirkt habe, haben sie natürlich auch gesehen. Zu den Aufführungen habe ich jedes Mal Freunde und Bekannte eingeladen und wir haben uns anschließend zusammengesetzt und uns darüber unterhalten, was ich sehr, sehr wichtig finde. Und was ich auch ganz, ganz wichtig finde: Ich führe Zeitzeugengespräche durch. Dies will ich nicht zu oft tun, aber schon mehrere Male im Jahr. Das ist das Allerwichtigste. Denn ich merke immer wieder, dass die Eltern und Großeltern nicht mit den Schülern über die DDR sprechen. Da denke ich, dass solche Zeitzeugengespräche ganz wichtig sind. Und das kann nur von der Schule organisiert werden. So wie damals, in der alten Bundesrepublik, als es Pflichtklassenfahrten nach Westberlin mit Besuch des Ostsektors gab. Heute ist es wichtig, dass die Schüler in die ehemaligen Gefängnisse geführt werden und der Unterricht mehr ausgebaut wird. Sonst wird es dahin kommen, dass die Schüler nicht über den Unrechtsstaat DDR informiert sind.



KLEWIN: Herr Winter, auch an Sie die Frage: Ihre Familie wusste lange nichts von Ihrer Haftzeit? Wie ist es heute? Welche Bedeutung nimmt das in Ihrer Familie und Ihrem Umkreis ein?

WINTER: Ich konnte erst 1956 eine Familie gründen. Das war im Jahre meines Examens an der Sporthochschule in Köln. Aber mein Schicksal war nicht das Thema in der Familie. Wir hatten andere Sorgen, wir mussten arbeiten gehen und unser Leben unterhalten. Mein Schicksal wurde mit Respekt zur Kenntnis genommen, mehr aber auch nicht. Ich habe auch nicht mehr erwartet. Zunächst waren wir ja zu zweit. Mit kleinen Kindern kann man über so etwas nicht reden, das haben wir auch nicht gemacht. Wichtig ist, ich stellte das Gleiche fest, was Sigmar Gabriel vorhin von seiner 21-jährigen Tochter gesagt hat: Als meine Kinder Abitur gemacht haben, wussten sie wenigstens, was die DDR war.

Neulich habe ich im Fernsehen Helmut Schmidt gehört, der in diesem Zusammenhang gefragt wurde, was er sich wünscht, und er hat gesagt, er wünsche sich, dass unsere Abiturienten wissen, wer Erich Honecker war. Die Krankheit an unserer Wohlstandsgesellschaft ist, dass sich die Interessen völlig verschoben haben. Der Blickwinkel von uns Häftlingen in Bautzen kommt kaum noch vor.

Wir können die DDR beschreiben mit einem Text, den ein Haftkollege in Bautzen geschrieben hat und den ich dort gelernt habe:

*Kennt ihr die Platte mit dem alten Schlager.
Wir werden wieder einbalbiert.
Im neuen Deutschland gibt es keine Lager,
da wird der Mensch nicht konzentriert.
Bei uns hat jeder alle Rechte,
die hat immer die Verfassung garantiert.
Kritik und Selbstkritik.
Wir wollen keine Knechte, nur immer munter reinspaziert.
Wir haben den humanen Strafvollzug mit Gummiknüppeln, Karzer und Glatzen,
und wem unsere Republik nicht gut genug,
der mag sich an der Glatze kratzen.
Wir haben einen roten Freund und blaue Volkssoldaten
und sind schon mächtig angebräunt vom Stuhlgang unserer Heldentaten.
Wir sind die echten Patrioten und denken wahrhaft national.
Wir spielen nach denselben Noten wie die Musik vom vorigen Mal.
Ein Volk, ein Reich, ein Friedenslager.
Ein Hundsfott, wer das nicht kapiert.
Hört ihr nicht die alte Platte mit dem alten Schlager?
Der Marsch wird noch einmal von vorne exerziert.*

So sah die DDR aus unserer Sicht der Häftlinge aus Bautzen aus. Mit diesem Text, den ich verinnerlicht habe, habe ich viele Gespräche begonnen: mit Studenten in Köln, im Familienkreis, mit Handballkameraden, mit Fremden, wenn wir irgendwo eingeladen waren. Wenn sie mich dann fragten, warum ich in Bautzen war, habe ich ihnen geantwortet, dass ich ihnen dies in kurzen Worten beschreiben kann. Weil ich, mit anderen Klassenkameraden zusammen, so naiv war zu glauben, wir könnten eine rote Diktatur vermeiden, weil wir aus einer braunen Diktatur gekommen sind.

Wir waren alle auch verführte Jugendliche. Viele davon haben als junge Menschen ihr Leben gelassen. Ich hatte ein schlechtes Gewissen, dass ich nicht einberufen worden war, ein wirklich schlechtes Gewissen, ohne fanatisch gewesen zu sein. Unsere Jugendarbeit war ganz ähnlich gewesen wie die der Nachfolger FDJ und Junge Pioniere. Adolf Hitler hatte uns mit zehn Jahren eingefangen.

Die DDR war schlauer, die hat Junge Pioniere schon mit sechs Jahren mit Hals-

tuch eingefangen und sie beeinflusst. Und wir haben heute noch die Folgen in der Gesellschaft. Viele, viele junge Menschen drüben, die nichts gegen den Westen haben, die den Westen nicht kennen, weil sie so jung sind, und die sich noch der Jugendweihe widmen, die sich nicht konfirmieren lassen – ein Geschöpf der DDR. Aber wir in unserer Demokratie lassen das zu. Ich finde das auch richtig so. Denn die Jugend, die dort gelebt hat, ist genauso verführt worden, wie ich das als Junge erlebt habe und erleben musste.

KLEWIN: Vielen Dank, Herr Winter. Ich würde jetzt gerne mit der Frage auch noch an Herrn Bickhardt gehen. Wie geben Sie Wissen über die DDR im Familien- und Bekanntenkreis weiter?

BICKHARDT: Im Familienkreis geht das ungefähr so: Meine Tochter Philine liegt am Abend im Bett, das war so ungefähr vor drei Jahren, und ich trete heran und frage sie: Was liest du gerade? Da hat sie die kleine Schrift von Immanuel Kant in der Hand, von der Frau Boysen gesprochen hat, „Was ist Aufklärung?“. Da sagt meine Tochter zu mir: Ich finde den Satz gut, dass es eine selbstverschuldete Unmündigkeit gibt. Sie hatte sich noch ein paar andere Sätze angestrichen und hat mir dann sozusagen ein persönliches Bekenntnis formuliert. Das habe ich dann zum Anlass genommen, ihr zu erzählen, dass ich auch ein Erlebnis mit der Philosophie von Immanuel Kant hatte, nämlich mit der Schrift zum Ewigen Frieden, in der diese fünfte Fassung vom Kategorischen Imperativ enthalten ist, die heißt: Handle nach derjenigen Maxime, die mit dem Prinzip der Publizität vereinbar ist. Dass das für mich ein riesengroßes Erlebnis war in einem philosophischen Lesekreis und dass mir das auch den Hinweis gegeben hat, neben vielen anderen Hinweisen, dass man in der DDR – zumindest in der späten, nicht ganz so brutalen Phase – versuchen sollte, selbst Öffentlichkeit herzustellen. Denn das, was wir an gelenkter Öffentlichkeit erlebten, war mit dem Prinzip der Publizität nicht vereinbar. Und meine Tochter macht eben selbst einiges in diesem Sinne. Sie ist im Geschichte-Leistungskurs, ihr Leistungskurslehrer ist heute hier anwesend. Sie ist diejenige, die die Schülerzeitung in ihrer Schule vorantreibt. Sie ist mit 17 Jahren nach St. Petersburg gefahren und hat dort Memorial besucht. Sie hat sich den Button „Atomkraft – nein danke“ auf Russisch besorgt und ist damit rumgelaufen und von Polizisten angesprochen worden. Und das erzählt sie mir dann. Also, ich versuche es eben eher so live und nicht bevormundend, etwa nach dem Motto „der Vater war im Krieg“.

Das Zweite, was ich in meiner Familie – wo die Hälfte geflohen ist, also fünf Personen – versuche, ist, das Thema Ausreise anzusprechen. Ich habe natürlich die Westpakete all die Jahre ausgepackt. Heute können wir besser sehen, welche



enorme Bedeutung die Flucht- und Ausreisebewegung zur Destabilisierung und auch Delegitimierung des Systems in der DDR hatte. Meinen Cousins und Cousinen in München, also den Nachfahren, ist es natürlich gar nicht klar, dass die Flucht ihres Vaters etwas dazu beigetragen hat, dass die DDR zu Ende gegangen ist. Also ich versuche, Themen, die nicht ganz leicht auszusprechen sind, aufzugreifen.

Drittens – ich rede zwar gerne auch über Prinzipien, aber Gespräche live sind besonders schön –, ich habe heute Mittag zwei Trampler auf dem Weg von Leipzig nach Dresden mitgenommen. Der eine war ein serbischer Student, der andere ein deutscher, die Kultur- und Medienwissenschaften in Merseburg studieren. Dann habe ich an Sie, liebe Teilnehmer des Bautzen-Forums, gedacht und die Gelegenheit wahrgenommen und gefragt: Was haltet ihr für die richtigen Schritte bei der Arbeit gegen das Vergessen im Blick auf politische Verbrechen? Da kam Folgendes von dem Deutschen: 1. Gedenkstätten sind wichtig. Da habe ich mich gefreut. 2. Der Schulunterricht hat eine Schlüsselstellung. Das fand ich auch gut. 3. Man muss Geschichtsfälschungen entgegentreten, und deshalb engagiert er sich – wie ich das in meinem Amt als Polizeiseelsorger übrigens auch tue – gegen Rechtsextremismus, geht also zu Demonstrationen und so weiter. Dann habe ich spontan hinzugefügt, dass ich zur Vergangenheitsbewältigung auch wichtig finde, dass es erstens eine narrative Gemeinschaft in den Familien gibt und dass man dazu auch Anleitung erfährt, und zweitens, dass die kommunistischen Ver-

brechen benannt werden. Da schaute er mich groß an. Wir haben halt das Problem, und da gibt es auch noch nicht den Schlüssel, wie das aufzudröseln ist, dass die Verbrechen des Faschismus und des Nationalsozialismus so zentral mit Deutschland und die Verbrechen des Kommunismus so zentral mit der Sowjetunion verbunden sind, wo eben die meisten Verbrechen waren. Und dass es leider eine Art allgemeinen Relativismus gibt, als wären die kommunistischen Verbrechen weniger hart gewesen. Das zeigte sich auch bei diesem jungen Mann, und daran muss man arbeiten.

Ich sehe eine gute Möglichkeit dafür darin, dass man über das Thema „junge Faschisten in der DDR“ und den verlogenen, weil staatslegitimierenden Begriff des Antifaschismus spricht und so auch an junge Leute heute herankommt. Aber das ist nicht leicht. Ich halte es für eine große Aufgabe, das Bewusstsein im Hinblick auf die kommunistischen Verbrechen in den kommenden Generationen zu heben und zu fördern.

KLEWIN: Herr Tautz, berichten Sie uns bitte davon, wie Sie die DDR-Zeit im Familiengedächtnis wachhalten.

TAUTZ: Das ist bei uns nicht nötig, und das Thema „Was war die DDR?“ gibt es als besonderes Thema eigentlich gar nicht, weil es immer präsent ist. Von mir haben Sie ja schon ein bisschen was gehört. Meine Frau als Pfarrerstochter war auch nicht bei den Pionieren und in der FDJ. Sie hatte einen Durchschnitt von 1,0, sie durfte kein Abitur machen und ihr wurde eine Ausbildung als Brauereifacharbeiterin angeboten. Ich habe es immer bedauert, dass sie es nicht gemacht hat, aber sie selber hat beschlossen, eine kirchliche Ausbildung zu machen, und hat Krankenschwester gelernt.

Meine Tochter war ebenfalls nicht bei den Pionieren und der FDJ und durfte auch kein Abitur machen. Sie war aber 1990 glücklicherweise 20 und hat es dann auf der Abendschule gleich nachmachen können. Also kein Bruch, aber eigenes Erleben aus der DDR-Zeit ganz bewusst mit rübergenommen, und zwar kritisches Erleben bzw. Verhalten gegenüber dieser Staatsdiktatur.

Mein Sohn hat die ersten zehn Lebensjahre in der DDR verbracht und hatte ganz andere prägende Erlebnisse. Und es sind ja oft diese existenziellen Dinge, die einen begleiten. Sie haben gehört, dass ich Anfang der 1990er-Jahre auf wunderliche Weise ins Bundeswirtschaftsministerium geraten bin, allerdings nicht, weil ich die gesamtdeutsche Wirtschaft retten sollte, sondern weil im Personalreferat ein vertrauenswürdiger Ostdeutscher gebraucht wurde. Wir sind also aus der Provinz, aus Weißenfels, nach Berlin in die Leipziger Straße gezogen. Dort bekamen wir eine konspirative Stasiwohnung, die noch nie bewohnt war,

und ich hätte in jedem Zimmer fünf Telefone anschließen können. Mein Sohn kam in die Schule in der Leipziger Straße. Dort hat er im Geschichtsunterricht berichten sollen, wie er bis dahin gelebt hat, und hat auch erzählt, dass er nicht bei den Pionieren war. Anschließend kam er heulend nach Hause, weil seine Klasse behauptet hat – und der Lehrer hat dem nicht widersprochen –, er sei ein Lügner, das hätte es in der DDR gar nicht gegeben, dass man nicht bei den Pionieren sein durfte. Und das war schon im Herbst 1990. Das war sein prägendes Erlebnis.

Spannend für mich ist, was mit den Enkeln passiert. Der eine ist jetzt gerade 16 geworden und ist auf einem Gymnasium in Berlin. Das Interesse an DDR-Geschichte ist nicht so, dass er bestimmte Themen hat, die ihn interessieren, sondern das ist einfach im familiären Bewusstsein mitgegeben. Mein anderes Enkelkind wird jetzt drei Jahre und ist zur Hälfte Japanerin, in Yokohama. Da bin ich noch gespannter, wie wir dort DDR-Geschichte vermitteln werden. Immerhin lernt sie als Zweitsprache Deutsch.

KLEWIN: Wir kommen nun zur Frage des kollektiven Gedächtnisses und der Zukunft der Erinnerung. Es gilt natürlich Tendenzen zu beklagen, dass die DDR verharmlost wird und dass sich das Wissen in Grenzen hält. Es gibt aber auch Positives zu berichten. So ist der Forschungsstand sehr gut. Es gibt eine etablierte Gedenkstättenlandschaft. Das Thema ist anerkannt. Trotzdem bleibt die Frage: Wie schaffen wir es bei diesen guten Voraussetzungen, zukunftsfähig zu erinnern. Es wird – wie Sie wissen – Kritik aus den eigenen Reihen laut. Wir schaffen es zwar, das Interesse bei denjenigen zu wecken, die noch direkte Erfahrungen mit der DDR haben. Aber für diejenigen, die keine Berührungspunkte mit der DDR haben, ist es schwer, einen Bezug herzustellen. Volkhard Knigge, der Stiftungsdirektor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora sagt, wir müssen uns umorientieren, wir müssen uns neu justieren, um anzudocken an die Jugend. Der Soziologe Harald Welzer plädiert für eine Renovierung der Gedenkstättenlandschaft und der Erinnerungskultur, weil zukunftsfähige Konzepte fehlen. Wir wissen, dass es nicht nur bei den pathoshaften Formen bleiben darf. Wir arbeiten auch in der Gedenkstätte Bautzen auf einem anderen Niveau. Trotzdem richte ich die Frage ans Podium: Welche Ideen haben Sie? Wie schaffen wir es, die 23-Jährigen, die genauso wenig mit der DDR wie mit dem Dreißigjährigen Krieg verbindet, für unser Thema zu gewinnen?

TAUTZ: Ich möchte dazu zwei kurze Beispiele nennen. 2009 gab es ein schönes Jubiläum. Man konnte sich der Wiederkehr des Mauerfalls von 1989 erinnern. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat uns dabei unterstützt, ein Schulprojekt zur



DDR-Geschichte in Chemnitz zu machen. Eine gute Methode bei solchen Projekten ist es, die Schüler durch eigenes Erleben mit dem Thema zu konfrontieren, auch wenn es nur spielerisch möglich ist. Wir hatten für das Projekt drei Tage Zeit. Am ersten Tag haben wir Chemnitz geteilt. Wir haben fiktiv eine Mauer durch die Stadt gezogen. Dann haben wir durchgespielt, was jetzt passieren würde, wer nicht mehr mit wem in Kontakt treten könnte und wer überhaupt nicht mehr in diese Schule gehen könnte. Das hat den weiteren Verlauf geprägt. Wir haben dann noch eine Ausstellung mit Alltagsgegenständen gemacht. Darüber konnten wir auch die Eltern mit einbeziehen.

Unser Ansatz ist es, die Schüler der zehnten Klassen und Berufsschüler in ihrer Existenz mit einzubeziehen. In diesem Jahr gelingt es sehr gut über das Thema Jugend und Musik. Das ist auch nicht so schwer, weil Musik ein Medium ist, das die Jugendlichen sowieso gern in Anspruch nehmen. Wir vergessen allerdings bei allem Spielerischen auch nicht den Ernst der Sache. In Sachsen-Anhalt unterstützt uns beispielsweise der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen auch finanziell. Wir haben bei Veranstaltungen zum Thema Musik auch über viele Jahre mit Musikern der Renft-Combo zusammengearbeitet, die vermitteln konnten, wie sie ihr Leben in der DDR musikalisch verarbeitet haben. Das holt die Jugendlichen emotional ab.

Kurz zum formalen Ablauf: Der Idealfall ist, dass wir in Projektwochen drei Tage haben. Ein Tag Besuch in Marienborn in der Gedenkstätte Deutsche Teilung, ein Tag Besuch in Hohenschönhausen und ein Tag Projekttag in der Schule, wo wir zu bestimmten Themen mit den Jugendlichen arbeiten. Das funktioniert immer, und das funktioniert so gut, dass wir in die Schulen, in die wir uns einmal Zutritt verschafft haben, immer wieder mit diesen Projekten eingeladen werden. Inzwischen können wir im Jahr 20 bis 25 Schulprojekte machen. Ich kann nur empfehlen, es nachzumachen. Auf unserer Internetseite kann man dazu auch noch mehr nachlesen.

BICKHARDT: Ich finde diese Frage, wie Frau Klewin sie formuliert hat, die zentrale Frage. Das ist ja einfach auch lange her, und es wird Zeit, Antworten zu finden. Mir fällt auf, dass die vielen Bemühungen auch Erfolge haben. Zu meinem Großvater, meinem Vater, meiner Schwester und mir haben die Havemann-Gesellschaft und das Lehrerbildungsinstitut Berlin-Brandenburg eine familienbiografische Informationsmappe gemacht, die an jede Schule in Berlin und Brandenburg gegangen ist. Das ist eine multimediale Arbeitsmappe. Aber es fehlt oft an durchsetzungsfähigem Personal. Eine Schule ist ja heute meist ein Großunternehmen, und es ist nicht einfach, etwas durchzusetzen.

Den Fortschritt sehe ich aber vor allem seit dem Jahr 2009. Die Feierlichkeiten zu 20 Jahren Friedlicher Revolution sind eine große Gemeinschaftsleistung, und viele von Ihnen haben dazu beigetragen, dass man sich heute nicht mehr dafür entschuldigen muss, wenn man diese Sache thematisiert. Aber dieser Erfolg hat noch keinen eigenen Diskurs hervorgebracht, wie dieses kollektive Gedächtnis gestützt werden kann. Mir scheint seit 2009 klar zu sein, dass 1989 als Epochenjahr in der Bevölkerung verankert ist. Aber es droht auch ein wenig zu verläppern. Diese großen Feierlichkeiten können nicht alles sein. Meine Idee ist, dass man, so wie wir es in Leipzig mit dem Tag der Friedlichen Revolution am 9. Oktober gestalten, etwa auch in Halle oder Weimar einen Tag sucht, an dem das Jahr 1989 besonders kulminierte. Für die einen war es der erste Runde Tisch, für die anderen die erste Demo gegen die Stasi. Dann versucht man, einen solchen lokalen Gedenktag zu etablieren und dann das zu machen, was wir hier machen: Konferenzen, Zeitzeugengespräche, detaillierte Informationen geben. Neulich war ich zum Beispiel in Eilenburg am Gymnasium, wo ganz viele Leute waren, aber es fehlt an Kreativität und an Selbstvertrauen. Da haben auch die großen Erinnerungsinstitutionen in Deutschland eine wirkliche Aufgabe, zu dem Jahr 1989 lokale Gedenktage zu initiieren und Aufklärung über die Verbrechen des Kommunismus zu geben und das zu integrieren.

Dann gibt es noch etwas anderes, was ich auch wichtig finde. Man sollte stärker nach den Gruppen schauen. In Zeitzeugengesprächen wird immer der Einzelne gefragt. Aber wir haben im Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. einmal eine Liste erstellen lassen, auf der mehr als 60 sozialkritische Gruppen für Leipzig und Umgebung notiert sind. Das weiß in Leipzig niemand. Meines Erachtens ist das viel zu wenig im Bewusstsein verankert und man kann hier pädagogisch mehr machen.

KLEWIN: Vielen Dank. Herr Winter, wie können wir die Zukunft des Erinnerns sichern?

WINTER: Wir müssen die Menschen, die da drüben leben, kennenlernen. Da drüben sage ich absichtlich, weil immer noch so gedacht wird. Wir müssen die Landschaften kennenlernen. Es gibt immer noch Menschen, die Dresden, Leipzig und Weimar nur vom Fernsehschirm kennen. Miteinander sprechen, um zu verstehen. Das ist eine Methode. Die zweite Methode ist, dass man über die Schule versucht, Interesse zu wecken. Hier hat ein Münchner Professor referiert, aber ich glaube nicht, dass er auf die Idee gekommen ist, seine Ergebnisse mal mit Lehrern unserer Gymnasien zu besprechen und Interesse zu wecken. Das wäre doch eine gute Lösung, Wissen über uns und die Schicksale zu verbreiten. Die dritte Möglichkeit ist, über das Internet Interesse zu wecken.

KLEWIN: Frau Rutz, ich bitte Sie auch um ein Statement zu diesem Thema. Welche Ideen haben Sie?

RUTZ: Ich finde die Landeszentralen für politische Bildung ganz wichtig. Zum Beispiel die Landeszentrale in Potsdam macht das sehr interessant, oft werden da sogar wöchentlich ganz wichtige Themen behandelt. Wir waren ja nun im Westen der Republik und wurden von allen Verwandten und Bekannten über falsche Gedanken aufgeklärt. Den DDR-Bürgern wurde aber das System praktisch übergestülpt. Sie konnten nirgendwo fragen, wie Demokratie ist und was eigentlich falsch war.

Außerdem ist die Schule ganz wichtig. Ein Beispiel dazu: Ich hatte ein Interview mit einer Schülerin, die ein einwöchiges Projekt in ihrer Schule gemacht hat. Aber die Lehrer sind die ganze Woche an ihrem Stand vorbeigegangen und haben sie nicht befragt, obwohl sie die Lindenstraße in Potsdam mit Fotos und Schrifttafeln dargestellt hatte. Die Lehrer sind lieber zu den umliegenden Ständen mit Musik gegangen. Ich finde es wichtig, dass sich offizielle Stellen darum kümmern. Und man kann es im kleinen Kreis, in der Familie weitergeben. Ich meine auch nicht, dass man das erst ab 15 weitergeben kann. Wir haben einen achtjährigen Enkel, der sich in der Schule, als es um die Mauer ging, gemeldet und gesagt hat,

dass seine Oma und Opa verhaftet wurden. Daraufhin wurde unser Sohn als Zeitzeuge in die europäische Schule eingeladen. Das Sprechen ist so wichtig. Und nicht jeder von uns ist in der Lage, einen Kreis aufzustellen, Feste zu organisieren. Aber in der Familie sprechen und die Geschichte in der Schule weiterzugeben, das ist möglich.

KLEWIN: Ich danke Ihnen allen ganz herzlich. Ich darf Ihnen noch etwas erzählen, was Sie sicher hoffnungsfroh stimmt. Dieses Jahr werden mehrere Schulbücher erscheinen, in denen der Haftort Bautzen selbstverständlich seinen Platz gefunden hat. Und auch die steigenden Besucherzahlen in den Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen dürften uns optimistisch stimmen.



Vortrag

PETER FÄSSLER

„Weltniveau“ – Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Kommunikation während der Ära Honecker⁷

I. Die falschen Worte zur falschen Zeit

Erich Honecker strahlte – endlich einmal ein erfreulicher Termin in diesen turbulenten Sommermonaten des Jahres 1989. Soeben hatte ihm Prof. Heinz Wedler, Generaldirektor des Kombinats Mikroelektronik Erfurt, im Rahmen eines Festaktes den lange ersehnten Hoffnungsträger „U80701“ überreicht. Dabei handelte es sich um einen 32-Bit-Arbeitsprozessor, genau genommen um ein Funktionsmuster; die Serienfertigung mit all ihren Unwägbarkeiten stand noch aus. Dessen ungeachtet fand der erste Mann im Arbeiter- und Bauernstaat nur

7) Es handelt sich um die schriftliche Fassung eines Vortrages, gehalten auf dem 23. Bautzen-Forum „Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR“ vom 10. bis 11. Mai 2012. In Teilen basieren die Ausführungen auf dem Aufsatz: Fäßler, Peter E.: Als „Ochs“ und „Esel“ das SED-Regime zu Fall brachten – Öffentliche Kommunikation und politischer Niedergang der DDR. In: Paderborner Historische Mitteilungen 23 (2010), S. 41–54.

lobende Worte. Der Mikrochip stelle eine technische Spitzenleistung ostdeutscher Ingenieure dar. Mit seinem Einsatz ließe sich die Industrieproduktion rationalisieren, zugleich erhöhe er deutlich die Exportchancen mikroelektronisch gesteuerter Maschinen „made in GDR“. Allen westlichen Unkenrufen zum Trotz stehe der DDR eine goldene Zukunft bevor. Gegen Ende seiner Lobesrede griff der SED-Generalsekretär tief in das Zitatenschatzkästlein der Arbeiterbewegung und verkündete mit erhobener Stimme: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs‘ noch Esel auf.“⁸

Es waren die falschen Worte zur falschen Zeit. Die falschen Worte, weil „U80701“ mitnichten als Chiffre für den sozialistischen Siegeszug durch die Geschichte taugte. Seine technischen Leistungsdaten entsprachen keineswegs dem vollmundig verkündeten „Weltniveau“, sondern dokumentierten einen Entwicklungsrückstand gegenüber westlichen Konkurrenzprodukten von rund sieben Jahren. Hingegen lagen die Herstellungskosten um ein Vielfaches über jenen vergleichbarer westlicher Chips. Das ernüchternde Preis-Leistungs-Verhältnis minderte die Absatzchancen für prozessorgesteuerte Maschinen im Ausland erheblich. Letztlich erwies sich das im Jahre 1977 auf den Weg gebrachte mikroelektronische Forschungs- und Entwicklungsprogramm der DDR als eine über 14 Mrd. Mark teure Sackgasse.⁹ Es schloss nicht, wie erhofft, die technische Lücke zu den globalen Branchenführern, blockierte aber dringend erforderliche Investitionen in anderen Industriezweigen. Verfallene Fabrikgebäude, verschlissene Produktionsanlagen sowie marode Straßen-, Schienen- und Telefonnetze bildeten gewissermaßen die Kehrseite dieses finanziellen Kraftaktes.¹⁰ Folglich trug das mikroelektronische Forschungs- und Entwicklungsprogramm unmittelbar zum ökonomischen Niedergang und mittelbar zur politischen Destabilisierung der DDR bei. Auf den Punkt gebracht: Mikroprozessor „U80701“ war kein Hoffnungsträger, eher ein Sargnagel.

Erich Honecker wählte nicht nur die falschen Worte, er äußerte sie auch zur falschen Zeit. Denn angesichts der allgegenwärtigen Tristesse war die Bevölkerung im Sommer 1989 der sozialistischen Erfolgshetorik längst überdrüssig geworden.

8) *Neues Deutschland*, 44. Jg., Nr. 191 vom 15. 8. 1989, S. 1. Der Ausspruch wird ursprünglich August Bebel zugeschrieben und drückt den um 1900 innerhalb der Sozialdemokratie vorherrschenden politischen Optimismus aus.

9) Klenke, Olaf: *Kampfauftrag Mikroelektronik. Rationalisierung und sozialer Konflikt in der DDR*. Hamburg 2008.

10) Knortz, Heike: „Bei Windgeschwindigkeiten über 55 km/h müssen 22 Gebäude aus Sicherheitsgründen von den Werktätigen verlassen werden.“ *Gesundheitsgefährdung, Umwelterstörung und verschlissene Produktionsanlagen in den Berichten des MfS*. In: *Deutschland-Archiv* 43 (2010) 3, S. 462–469.

Hatte sie noch in den 1970er-Jahren das vielfach beschworene wirtschaftlich-technische „Weltniveau“ als erreichbare Zielvorgabe aufgefasst, wich Anfang der 1980er-Jahre diese Zuversicht allgemeiner Ernüchterung. Beschwerliche Versorgungsengpässe, ärgerliche Warteschlangen und die belastende Umweltverschmutzung zermürbten die Menschen. Die Erinnerungen an die Aufbruchsstimmung der frühen Ära Honecker und die Eindrücke von der bunten Warenvielfalt in der Bundesrepublik bildeten die Kontrastfolien zur depressiven, perspektivlosen Gefühlslage. Vor diesem Hintergrund einer doppelten Abstiegs-erfahrung gossen führende SED-Funktionäre mit ihrem ungerührten Festhalten an längst widerlegten sozialistischen Erfolgsparolen Öl ins Feuer. Die Ignoranz der Greise im Politbüro gegenüber einer katastrophalen Wirtschaftsentwicklung und der immer unerträglicheren Lebensbedingungen erweckte bei der auf-gebrachten Bevölkerung den Eindruck, „die da oben“ seien den Problemen nicht gewachsen und – schlimmer noch – sie kapierten das noch nicht einmal.

Die finale Legitimationskrise des SED-Regimes Ende der 1980er-Jahre resul-tierte, soweit sie sozioökonomisch begründet war, aus dem Zusammenspiel von drei Faktoren: dem immer offenkundigeren Zurückfallen gegenüber der Bundes-republik in Wirtschaft und Technik sowie hinsichtlich des allgemeinen Lebens-standards, den seit den 1970er-Jahren als Rückschritt empfundenen Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie den als völlig unangemessen bewerteten öffentlichen Stellungnahmen führender Staats- und Parteifunktionäre. Um diese These zu erläutern und zu begründen, werden

1. die für die 1970er-/80er-Jahre spezifischen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs vorgestellt,
2. exemplarisch die öffentliche Kommunikation über die ökonomischen Verhält-nisse und technischen Errungenschaften skizziert und
3. die Frage erörtert, ob es zu der desaströsen öffentlichen Kommunikations-kultur eine realistische Alternative hätte geben können.

II. Gründe für das ökonomisch-technische Zurückfallen der DDR gegenüber den OECD-Staaten

Noch heute wird die Erfolgsbilanz der DDR-Volkswirtschaft durchaus unterschiedlich beurteilt. Bürger der früheren DDR verweisen gerne auf die Qualität etlicher Produkte, die hinsichtlich ihrer Leistungsdaten sehr wohl auf dem Weltmarkt hätten bestehen können. Angeführt werden Erzeugnisse des Maschinenbaus mit NC-Steuerung oder auch Spiegelreflexkameras, verbunden mit dem diffusen Hinweis auf weitere „hidden champions“. All diese Produkte

zeugten von großer Ingenieurskunst, und wenn ihnen ein durchschlagender Exporterfolg auf den internationalen Märkten verwehrt blieb, so hätten das vor allem unfähige Partei- und Staatsbürokraten oder missgünstige Westkonkurrenten zu verantworten. Entgegen dieser verklärenden Sichtweise pflegten westdeutsche Ökonomen und Historiker die Frage nach weltmarktfähigen DDR-Gütern im Großen und Ganzen zu verneinen.

Quantitative Indikatoren

Tatsächlich belegen einige Indikatoren, dass die volkseigenen Betriebe hinsichtlich des technischen Standards und Designs ihrer Produkte wie auch hinsichtlich ihrer Arbeitsproduktivität seit den 1970er-Jahren den Anschluss an die westliche Konkurrenz verloren hatten. Beispielsweise dokumentiert die Statistik über die Exporte in die OECD-Staaten einen deutlichen Rückgang des Anteils technisch anspruchsvoller Güter mit hoher Gewinnspanne (Tabelle 1). Insbesondere der traditionsreiche Büro-, Druck- und Werkzeugmaschinenbau litt unter seiner mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit. Im Gegenzug gewannen Erzeugnisse einfacherer Verarbeitungsstufen mit einer geringen Profitmarge an Bedeutung. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem Mineralöl und -produkte; den Rohstoff bezog man aus der Sowjetunion. Tendenziell rutschte die DDR im Warenverkehr mit den westlichen Industrienationen mehr und mehr in die Rolle eines Entwicklungslandes, das Roh- und Grundstoffe exportierte und im Gegenzug dringend benötigte Industriegüter importierte.

Gütergruppe	1966/70	1970/75	1987
Agrar/Nahrung/Genuss	14,9	15,1	6,4
Rohstoffe	9,9	6,3	5,3
Chemische Erzeugnisse	13,8	13,5	12,6
Mineralische Brennstoffe	3,1	7,9	13,7
Maschinen/Fahrzeuge	24,7	23,9	14,4
Bearbeitete Waren	33,6	33,3	47,6

Tabelle 1: Exportstruktur der DDR in die OECD-Staaten; Angaben in Prozent¹¹

Die Folgeprobleme liegen auf der Hand. Auf lange Sicht erzielte die DDR mit ihren Gesamtexporten geringere Einnahmen an westlichen Devisen, was wieder-

11) OECD, *Monthly Statistics of Foreign Trade. Serie A, 11/1989*; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Fachserie F, Reihe 6, div. Jgge.*



um den finanziellen Spielraum für Importe empfindlich einengte bzw. die Verschuldungsgefahr erhöhte. Als weitaus nachteiliger sollte sich aber die wachsende Abhängigkeit von petrochemischen Ausfuhren erweisen; sie machten immerhin bis zu einem Drittel aller Exporteinnahmen aus. Zwar sorgten die dramatischen Ölpreisexplosionen der Jahre 1973/74 und 1978/79 zuerst für enorme Zuflüsse harter Devisen, weil die ostdeutschen Raffinerien das sowjetische Öl weit unter Weltmarktpreisen bezogen und die veredelten Derivate zu Höchstpreisen in den Westen verkauften. Die Wirtschaftsexperten um Günter Mittag glaubten daher, eine geeignete Strategie gegen die steigende Verschuldung der DDR bei westlichen Gläubigern gefunden zu haben. Allerdings glichen die sowjetischen Lieferanten ihre Preise mit einer gewissen Zeitverzögerung dem Weltmarktniveau an, sodass sich dieser Vorteil binnen weniger Jahre nicht nur verflüchtigte, sondern sogar in sein Gegenteil verkehrte. Als nämlich Mitte der 1980er-Jahre die Rohölpreise am Rotterdamer Leitmarkt in den Keller purzelten, musste die DDR sowjetisches Öl zum überhöhten Durchschnittspreis des vorangegangenen Jahres einkaufen. Dadurch wandelte sich der Mineralölexport in ein Zuschussgeschäft, welches maßgeblich den finalen Sinkflug der DDR beschleunigte. In der Folge versuchte das SED-Regime die drückende Auslandsverschuldung auf anderen Wegen abzubauen. Hierzu zählten zwielichtige Geschäfte des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, der unter anderem Straßenpflaster und Kunst-

gegenstände an westliche Interessenten verscherbelte. In den 1980er-Jahren vereinbarten bundesdeutsche Auftraggeber wie das Textilunternehmen Triumph oder der Schuhhersteller Salamander mit volkseigenen Betrieben sogenannte Gestaltungsproduktionen. Derartige Geschäftsmodelle, sie fielen auch unter die Rubrik „neue Wege der Exportförderung“, signalisierten den Zeitgenossen indes, dass die DDR zur verlängerten Werkbank westdeutscher Unternehmen herabzusinken drohte.

Als zweiter Indikator für das ökonomische Zurückfallen gilt die unzureichende Produktivitätssteigerung, wodurch sich die terms of trade gegenüber den maßgeblichen westlichen Handelspartnern verschlechterten. Hatte die DDR 1980 durchschnittlich rund zwei Mark aufbringen müssen, um eine D-Mark zu erwirtschaften, betrug diese Relation im Jahre 1988 bereits 4:1, bei einigen Gütern gar 20:1. Wollte sie weiterhin ihre Produkte im Westen absetzen, so gelang dies häufig nur zu Verkaufspreisen, die unterhalb der Produktionskosten lagen. Eine so ausufernde Exportsubvention, in der Spitze betrug sie 15 Prozent des Nationaleinkommens, ist auf Dauer für keine Volkswirtschaft tragbar.

Zahlreiche interne Berichte von Mitarbeitern der Außenhandelsbetriebe und des Ministeriums für Außenhandel bestätigen die hier aufgeführten Wirtschaftsindikatoren. Bereits seit den 1960er-Jahren häuften sich branchenübergreifend Klagen über den wachsenden technischen Rückstand, gravierende Qualitätsmängel, einen unzureichenden Kundendienst, fehlende Ersatzteile, wenig ansprechendes Design und ungeschicktes Marketing. Auf internationalen Messen würden derartige Unzulänglichkeiten besonders ins Auge stechen.

Unklar bleibt, weshalb die DDR in ihrer ökonomisch-technischen Entwicklung ausgerechnet während der Ära Honecker gegenüber den OECD-Staaten so dramatisch ins Hintertreffen geriet. Die ungünstigeren Startbedingungen nach 1945 erklären in Verbindung mit der systemischen Innovationsschwäche der zentralen Planwirtschaft zwar das Hinterherhinken, nicht aber das relativ abrupte Zurückfallen. Natürlich spielte die auf neuen Schlüsseltechnologien basierende, hochfrequente Innovationsdynamik der Marktwirtschaften eine zentrale Rolle. Aus zwei Gründen vermochte die DDR kein vergleichbares Entwicklungspotenzial hervorzubringen: Zum einen wegen falscher wirtschafts- und sozialpolitischer Weichenstellungen, welche die systembedingt geringe Innovationsneigung weiter hemmten und das Land beinahe in die Schuldenfalle führten. Zum anderen wegen der Globalisierung, deren negative Auswirkungen die DDR belasteten, von deren Chancen und Handlungsspielräumen sie hingegen nicht profitierte.

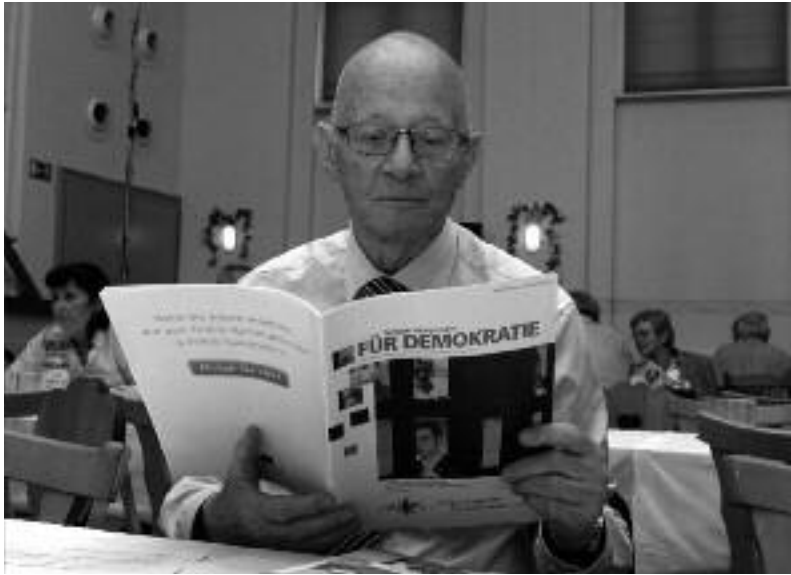
Falsche wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen

„Le roi est mort, vive le roi!“ Vergleichbar der von monarchischen Machtwechseln vertrauten öffentlichen Erwartungshaltung, weckte auch Erich Honecker vielfältige Hoffnungen, als er in den frühen 1970er-Jahren schwungvoll Walter Ulbrichts Erbe antrat. Sein Programm „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ setzte einen Kontrapunkt zum Kurs des ungeliebten Vorgängers. Es zielte sowohl auf einen höheren Lebensstandard als auch auf eine umfassende Modernisierung der Industrie durch Technologieimporte ab.

Zuvörderst sollten zahlreiche Einzelmaßnahmen die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern. Einen wesentlichen Baustein stellte das gewaltige Wohnungsbauprogramm dar. Knapp drei Millionen Wohneinheiten waren bis 1989 neu zu errichten, allein im Jahr 1985 flossen 14 Prozent der staatlichen Investitionen in diesen Sektor. Ausgestattet mit Zentralheizung und fließend Warmwasser, boten die Wohnungen vielen Menschen einen bis dahin ungekannten Komfort. Weiterhin schütteten die staatlichen Planer ein Füllhorn sozialer Wohltaten aus. Diese „zweite Lohntüte“ umfasste unter anderem großzügigere Urlaubsregelungen, höhere Rentenzahlungen, eine umfassende Kinderbetreuung, die Anhebung der Mindestlöhne, den zinslosen Ehekredit über 5000 Mark, das bezahlte Babyjahr sowie Subventionen für Mieten, Grundnahrungsmittel, Kinderkleidung oder auch den öffentlichen Verkehr.

Zwei strategische Ziele verfolgte die politische Führung mittels dieses Maßnahmenpaketes: Herrschaftsstabilisierung und Produktivitätssteigerung. Angenehme Lebensbedingungen, die einen Vergleich mit dem Westen nicht zu scheuen brauchten, würden die Bevölkerung von der Leistungsfähigkeit des SED-Regimes überzeugen, ihre Arbeitsmoral beflügeln, die allgemeine Arbeitsproduktivität steigern und auf diese Weise die ostdeutsche Volkswirtschaft wieder in die Erfolgsspur setzen. Auf lange Sicht, so das Kalkül, refinanzierten sich Subventionen und Sozialausgaben von alleine. Flankierend zu den sozialpolitischen Maßnahmen sollten kreditfinanzierte Importe modernster Industrieanlagen dafür sorgen, dass die ebenso frisch wie hoch motivierten Arbeiter einen leistungsfähigen Maschinenpark bedienen und Qualitätsgüter herstellen könnten. Ihr Export in die OECD-Staaten würde die notwendigen Devisen erwirtschaften, um die aufgenommenen Kredite zu begleichen. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ – ein Wechsel auf die Zukunft!¹²

12) Boyer, Christoph (Hrsg.): *Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang* (= *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 10). Baden-Baden 2008.



Der Wechsel konnte indes nie eingelöst werden. Einerseits gewöhnte sich die Bevölkerung rasch an die sozialpolitischen Wohltaten, wertete diese als Selbstverständlichkeit und nicht mehr als besonderes Verdienst des Regimes. Andererseits murkte sie wegen Versorgungsmängeln und anderer ökonomischer Fehlentwicklungen, die bei Lichte betrachtet auch Folgen der überbordenden Subventionspraxis waren. Besonders eindrücklich verdeutlicht die „Kaffeekrise“ im Herbst 1977 diesen Zusammenhang.¹³ Damals sah sich das Außenhandelsministerium gezwungen, die Kaffeeimporte aufgrund explodierender Weltmarktpreise drastisch einzuschränken. Die Regierung versuchte den Mangel mit einem schauerhaften Surrogat („Erichs Krönung“) zu beheben, was massive öffentliche Proteste hervorrief. Gezwungenermaßen lenkten die Behörden ein und erhöhten die Kaffeeinfuhren zu Lasten der Devisenreserven. Der zumindest indirekte Zusammenhang zwischen beiden, zwischen Subventionen für Grundnahrungsmittel einerseits und knappen Devisenkontingenten für Luxusgüterimporte andererseits, spielte in den kritischen Eingaben der Bevölkerung an die zuständigen Behörden keine Rolle.

13) Wunderlich, Volker: Die „Kaffeekrise“ von 1977. Genussmittel und Verbraucherprotest in der DDR. In: Historische Anthropologie 11 (2003), S. 240–261.

Auch auf einem anderen Feld erwies sich staatliches Handeln als zweischneidiges Schwert. Das Wohnungsbauprogramm verzeichnete zwar beachtliche Erfolge, beseitigte aber nicht, wie angekündigt, den bestehenden Engpass an Wohnraum im erforderlichen Maße. Dieses nicht eingelöste Versprechen schürte wiederum allgemeinen Unmut. Zudem wollte sich das sozialistische Lebensgefühl in den riesigen Plattenbauvierteln nicht so recht einstellen; dort herrschte die von Alexander Mitscherlich systemübergreifend beobachtete Unwirtlichkeit moderner Städte.¹⁴ Und schließlich konnte die „Platte“ nur deshalb so rasch aus dem Boden gestampft werden, weil man im Gegenzug die Altstadtkerne bewusst dem Verfall preisgab. Natürlich litten die Lebensqualität und damit die öffentliche Stimmung in Städten, deren Erscheinungsbild zwischen sterilen Plattenbauvierteln und dem morbiden Charme unsanierter Altbauquartiere changierte.

Offenkundig erzeugten die kreditfinanzierten Subventionen von Konsumgütern und sozialen Wohltaten keine erkennbar gesteigerte Loyalität, Leistungsbereitschaft und Arbeitsproduktivität. Auch die Exportoffensive auf der Basis vermeintlich modernster Produktionsanlagen erwies sich als Fehlschlag. Damit war Honeckers Refinanzierungskonzept auf ganzer Linie gescheitert.

Was blieb, waren Schulden. Im Laufe der Ära Honecker stiegen sie bei der eigenen Bevölkerung nach absoluten Werten um das Zehnfache. Weitaus problematischer aber wirkte sich die rapide anwachsende Auslandsverschuldung auf das SED-Regime aus. Hatten 1971 die Auslandskredite zwei Milliarden Valutamark betragen, so waren es am Ende 49 Milliarden Valutamark. Rund 40 Prozent der Exporterlöse wandte die DDR für Tilgungsraten und Zinszahlungen auf. Im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens schwebte das Damoklesschwert der Schuldenfalle über Ostberlin.

Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ überforderte das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen der DDR bei Weitem. Die Subventionen schnellten von 11,4 Milliarden Mark zu Beginn der Ära Honecker auf 61,6 Milliarden Mark im Jahre 1988 und verschlangen zuletzt knapp 25 Prozent des gesamten Staatshaushaltes. Zur Gegenfinanzierung kürzte die Partei- und Staatsführung seit den späten 1970er-Jahren notgedrungen Investitionen in die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie in Industrieanlagen. Die Investitionsrate sank von 29 Prozent (1975) auf dürftige 18 Prozent (1989). Rund die Hälfte der Industrieanlagen war im letzten Jahr der DDR bereits abge-

14) Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt a. M. 1965

schrieben, das heißt, sie hatten ihre vorgesehene Lebensdauer erreicht bzw. überschritten, sorgten für erhebliche Reparaturkosten und beachtliche Produktionsausfälle. Die Innovationsdynamik und die Arbeitsproduktivität stagnierten auf niedrigem Niveau, Letztere erreichte im Jahre 1989 gerade einmal 30 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Damit wird deutlich, dass Honeckers Entscheidung für eine schuldenfinanzierte Wirtschafts- und Sozialpolitik einen *circulus vitiosus*, genauer: eine Abwärtsspirale, in Gang gesetzt hatte, aus der es kaum noch ein Entrinnen gab.

Globalisierung – die unbewältigte Herausforderung

Zu den hausgemachten Schwierigkeiten gesellten sich außenwirtschaftliche Krisenmomente. Sie entzogen sich naturgemäß jeglicher nationaler Wirtschaftssteuerung bzw. -planung und stellten damit für die sozialistische Wirtschaftsordnung die Quadratur des Kreises dar. Die DDR war den Herausforderungen einer Fahrt aufnehmenden Globalisierung weitaus weniger gewachsen als die OECD-Staaten. Sechs Gründe lassen sich anführen:

1. Nachteilige Positionierung im System der internationalen Arbeitsteilung: Einerseits vermochten die Partnerstaaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufgrund ihrer technisch-wirtschaftlichen Schwächen der DDR nur wenige Impulse zu geben. Andererseits erfolgten entsprechende Transferleistungen aus dem Westen nicht zuletzt wegen des strategischen Embargos in eher geringem Umfang. Die innovationsstimulierenden Effekte einer engen internationalen Wirtschaftsverflechtung, ein Vorzug der Globalisierung, fielen daher sehr bescheiden aus.

2. Wettbewerbsverschärfung auf den Weltmärkten: Nachdem der globale Nachkriegsboom 1973 endgültig sein Ende gefunden hatte, setzte im internationalen Handel ein harter Verdrängungswettbewerb ein. Er traf auch die DDR. Neue Konkurrenten wie jene aus dem aufsteigenden Japan überfluteten in zahlreichen Branchen mit billigen, gleichwohl qualitativ ansprechenden Gütern den Weltmarkt. Beispielsweise brach die ebenso traditionsreiche wie devisenträchtige Ausfuhr von ostdeutschen Spiegelreflexkameras dramatisch ein. Allgemein zeigten sich die Kombinate dem rauen weltwirtschaftlichen Wind nicht hinreichend gewachsen.

3. Turbulenzen auf den Weltrohstoffmärkten: Die Verwerfungen auf den internationalen Märkten für das Schlüsselprodukt Erdöl, aber auch für andere Rohstoffe und Agrargüter stellten die Staatliche Plankommission und die Kombinate vor unlösbare Aufgaben. Sie entzogen sich jeglicher Planung und wirkten über den



bereits geschilderten Preisanpassungsmechanismus besonders negativ auf die DDR. Um das Maß voll zu machen, kündigte die Sowjetunion 1980 an, ihre Erdöllieferungen um zehn Prozent pro Jahr zu kürzen. Zwar versuchten die SED-Wirtschaftsplaner, den eigenen Energiebedarf verstärkt durch heimische Braunkohle zu decken, um so ein möglichst großes Kontingent an Mineralölprodukten für den Westexport zu reservieren. Doch Braunkohle erwies sich als sehr teuer, ineffizient und zog erhebliche Umweltbelastungen nach sich. Die Öffentlichkeit registrierte den Schwenk von Öl auf Kohle als technischen Rückschritt, als Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensqualität, ja als gefühlten Rückfall ins „schmutzige“ 19. Jahrhundert. Die Unterlegenheit des sozialistischen Modells konnte man förmlich riechen.

4. Freigabe der internationalen Wechselkurse: Mit dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods 1971/73 setzte eine Phase international schwankender Wechselkurse ein. Bei den DDR-Außenhandelsexperten, die stets unter einem Mangel an Marktinformationen gelitten hatten, sorgte diese institutionelle Veränderung vollends für Verwirrung. Ihre Außenwirtschaftspläne drohten aufgrund abrupter Wechselkursschwankungen Makulatur zu werden.

5. Die internationale Kreditkrise der osteuropäischen Staaten: Etliche sozialistische Staaten hatten wie die DDR in den 1970er-Jahren einen kreditfinanzierten Modernisierungskurs eingeschlagen, der sie mittelfristig in große Schwierigkeiten bringen sollte. Nachdem im Jahr 1980 Rumänien stillschweigend seine Zahlungs-

verpflichtungen gegenüber westlichen Gläubigern eingestellt hatte und sich in Polen infolge der Gewerkschaftsunruhen und des Kriegsrechts eine ähnliche Entwicklung abzeichnete, verlor auch die DDR 1982 ihren Status als verlässlicher Schuldner. Binnen weniger Monate zogen westliche Banken 40 Prozent ihrer Kredite ab, neue Darlehen verweigerten sie Ostberlin. Damit stand das Land kurz vor dem Staatsbankrott. Es vermochte bereits im Westen bestellte, dringend benötigte Industrieanlagen nicht mehr zu bezahlen und internationale Kredite nur mit größter Mühe zu bedienen. In dieser misslichen Lage wusste einer Rat. Der einflussreiche CSU-Parteichef und bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß fädelte 1983/84 zwei Milliardenkredite für die DDR ein. Die dadurch erlangte Atempause bezahlte das Regime mit politischen Zugeständnissen bei der Ausreisepaxis und beim Abbau von Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze. Allerdings ließ es die gewonnene Zeit ungenutzt verstreichen, keines der volkswirtschaftlichen Strukturprobleme konnte gelöst werden. Zu Beginn des Jahres 1989 hatte sich die außenwirtschaftliche Lage erneut in einer Weise zugespitzt, dass die Schuldenfalle zuzuschnappen drohte.

6. Ungenutzte Chancen der Globalisierung: Die Globalisierung gilt als janusköpfige Erscheinung, mit deren garstigem Antlitz das SED-Regime zur Genüge konfrontiert war (vgl. Punkte 1 bis 5). Umso ärgerlicher aus Sicht von Kombinatdirektoren und Betriebsleitern, dass sie umgekehrt keineswegs von der freundlichen Seite, von den Handlungsspielräumen und Chancen, der Globalisierung profitieren konnten. Vor allem die bei westlichen Unternehmen und Konzernen zu beobachtende Internationalisierungsstrategie blieb den ökonomischen Akteuren weitgehend verwehrt. Das Gros der Managementinstrumente, wie ausländische Direktinvestitionen, Lizenzproduktion, joint ventures und andere mehr, standen den Generaldirektoren und Betriebsleitern nur sehr eingeschränkt zu Verfügung. Meist agierten sie dann auch noch als Juniorpartner, wie das Beispiel der Gestattungsproduktion für westdeutsche Firmen belegt.

Die Bevölkerung spürte in den 1980er-Jahren die Folgen des ökonomisch-technischen Niedergangs am eigenen Leibe und in nahezu allen Lebensbereichen. Da sowohl systemisch-strukturelle Ursachen als auch politische Entscheidungen für diese problematische Entwicklung verantwortlich waren, standen das Regime und seine Protagonisten unter wachsendem Legitimationsdruck. Es bedurfte großer kommunikativer Anstrengungen und Begabungen, um einer solchen kritischen Überprüfung standhalten zu können. Die öffentlichen Stellungnahmen hochrangiger SED-Funktionäre legen indes den Schluss nahe, dass sie sich weder anstrengten noch über die erforderlichen Begabungen verfügten.

III. Öffentliche Kommunikation wirtschaftlich-technischer Entwicklungen

Die Qualität der öffentlichen Beziehungen zwischen Regierung und Bevölkerung sind für die Akzeptanz und damit für die Stabilität ihrer Herrschaft von zentraler Bedeutung. Im eigenen Interesse müssen die politisch Verantwortlichen für ihre Ziele werben, die erforderlichen Maßnahmen erläutern und schlussendlich über die Bilanz ihres Handelns Rechenschaft ablegen. Definitionsgemäß umfasst eine politische Bilanz sowohl Erfolge als auch Misserfolge. Dabei fällt es Akteuren gleich welchen Herrschaftssystems schwer, offenkundige Fehlentwicklungen als solche zu benennen und Verantwortung für sie zu übernehmen. Das erklärt wiederum die unter Politikern verbreitete Neigung, Missstände schönzureden oder zu verschweigen. Allerdings birgt eine solche Kommunikationsstrategie die Gefahr, eines der wichtigsten politischen Güter zu verspielen: öffentliches Vertrauen. Zu Recht wies Vaclav Havel auf die mysteriöse Macht der Sprache hin, die Diktaturen in ihren Grundfesten zu erschüttern vermag.¹⁵ Havels Hinweis trifft in besonderem Maße auf die DDR im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz zu, als die kommunikative Schwäche der Mächtigen mit der kommunikativen Stärke der Ohnmächtigen kontrastierte.

Während der gesamten Lebensdauer der DDR befeiligten sich SED-Funktionäre aller Hierarchieebenen eines wahlweise als „hölzerne Funktionärsprache“, „langue des bois“ oder „Parteichinesisch“ bezeichneten Sprachstils. Seine äußere Form dominierten Nominalkonstruktionen, doppelte Genitive, Wortungestüme, Attributreihungen und Ansammlungen von Superlativen. Der nur schwer verdauliche Stil korrespondierte mit inhaltsleeren Phrasen, deren Bezug zur Lebenswelt der Bevölkerung immer weniger erkennbar war. Besonders deutlich wird dieser Sachverhalt am Beispiel der prominenten Schlüsselbegriffe „Weltniveau“, „Welthöchststand“ oder „Spitzenleistung“. Sie drückten der öffentlichen Debatte um die „wissenschaftlich-technische Revolution“ und das „neue ökonomische System der Planung und Leitung“ in den 1960er-Jahren ihren Stempel auf. Leittexte wie Parteitagsgespräche oder Leitartikel des Neuen Deutschland enthielten sie in großer Zahl. In den Transmissionstexten, also jenen vielfältigen (populär-) wissenschaftlichen Broschüren, informierten die Autoren über das Ringen um das „Weltniveau“ in so unterschiedlichen „Disziplinen“ wie dem Chorgesang, der Schweinehaltung oder der Kernphysik. Etliche Werbekampagnen hefteten ihren Produkten ebenfalls das vermeintlich verkaufsfördernde Etikett „Weltniveau“ an. Auch wenn in der öffentlichen Sprachpraxis der Ära Honecker diese Vokabel an

15) Havel, Vaclav: A Word about Words. New York 1992.



Gewicht verlor, blieben doch die steten Bezüge auf wirtschaftlich-technische Spitzenleistungen, Verbesserungen und Optimierung.

Grundsätzlich verwiesen all diese Komparative und Superlative auf den schwerlich zu leugnenden Kontext eines globalen Systemwettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, über den letztlich das wirtschaftlich-technische Leistungsvermögen entscheiden würde. Daher entbehrte eine solche Semantik keineswegs der inneren Logik. Zudem knüpften die SED-Funktionäre an den bekannten Topos vom „Weltruf deutscher Produkte“ vor 1945 an. Übrigens finden sich auch heute vergleichbare Denk- und Argumentationsmuster. Kaum jemand wird sich beim Lesen der Lissabonner Strategie aus dem Jahre 2000 an ein Kommuniqué des Rats für gegenseitige Entwicklungshilfe um 1985 erinnern. Beide Verlautbarungen formulieren nahezu wortgleich das Ziel, den eigenen Wirtschaftsraum mittelfristig zur wettbewerbsfähigsten und innovationsfreudigsten Region der Welt zu entwickeln.

Allerdings, und das hatten wohl viele wirtschaftspolitische SED-Propagandisten nicht hinreichend berücksichtigt, wohnte Etikettierungen wie „Weltniveau“ ein Bumerang-Effekt inne. Schließlich mussten sie als Zielvorgabe und politisches Versprechen dereinst eingelöst werden. Andernfalls würden sie als inhaltsleere Floskeln entlarvt und nicht mehr ernst genommen werden; und damit auch diejenigen, die sie verkündeten. Aber wie sollte man da ein unverkennbares und vor allem dauerhaftes Zurückfallen gegenüber der Weltspitze kommunizieren?

Klarsichtigere Geister mahnten bereits Mitte der 1960er-Jahre zu einem sparsamen Umgang mit Superlativen. So warnte Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, den Ministerpräsidenten Willi Stoph, dass sich diese schönfärberische Wirtschaftspropaganda dereinst gegen die sozialistischen Herrscher wenden könne.

Genau dieses trat seit den späten 1970er-Jahren ein. Während Erich Honecker auf dem XX. Parteitag 1976 schwadronierte, die DDR zähle zu den zehn leistungsstärksten Industrienationen der Welt, kämpften seine Ökonomen bereits mit den negativen Auswirkungen der substanzzehrenden Sozialpolitik. Aber weder Honecker noch Günter Mittag waren zu Abstrichen bereit, sondern übten sich in eingefahrenen Kommunikationsmustern: schönreden, „wegdiskutieren“, verschweigen, vertuschen – und öffentlichen Protest gewaltsam unterdrücken.

Besonders peinlich wirkten in diesem Zusammenhang vermeintlich schlagfertige Antworten auf kritische Einwände. Ob die DDR nicht den Zug des technischen Fortschrittes zu verpassen drohte, fragte ein bundesdeutscher Journalist. Erich Honecker verneinte, schließlich sitze man bereits in dem Zug, und zwar in einem der vorderen Abteile. Auch SED-Chefideologe Kurt Hager übte sich in ironisch-witzig gemeinten Repliken. Angesprochen auf „Glasnost“ und „Perestroika“ wies er gegenüber dem Wochenmagazin STERN im April 1987 die Notwendigkeit von Reformen in der DDR zurück. Er würde seine Wohnung doch auch nicht renovieren, nur weil der Nachbar, sprich die Sowjetunion, seine Wohnung neu tapeziere, so Hagers krude Heimwerkeranalogie.¹⁶ Und im Dezember 1988 setzte Erich Honeckers noch einen drauf, als er bemerkte, der ostdeutsche Lebensstandard überträfe das westdeutsche Niveau. Der offenkundige Realitätsverlust des ersten Mannes im Staate rief bei vielen Bürgern nur noch Kopfschütteln hervor.¹⁷ Zu einer Zeit, als die DDR-Bevölkerung ein recht genaues Bild von der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und vom hohen Lebensstandard des Westens hatte, untergruben solche Äußerungen das Ansehen von Person und Regime.

IV. Wäre eine geschicktere Kommunikation möglich gewesen?

„In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört“,¹⁸ stellte das „Neue Forum“ um Katja Havemann und

16) STERN vom 9. 4. 1987, S. 26–28; auch in: *Neues Deutschland*, 42. Jg., Nr. 85 vom 10. 4. 1987, S. 3

17) Stijß, Walter: *Die Stimmungslage der Bevölkerung im Spiegel von MfS-Berichten*. In: Kuhrt, Eberhard/Buck, Hansjörg/Holzweißig, Gunter (Hrsg.): *Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch*. Opladen 1996, S. 237–288, hier S. 242.

18) Zitiert nach Neubert, Erhart: *Geschichte der Opposition in der DDR*. Bonn 1997, S. 836.

Bärbel Bohley in seinem Gründungsaufruf vom 9. September 1989 fest. Eine zutreffende, wenn auch keine neue Einsicht. Schon lange hatte die Bevölkerung das Gefühl beschlichen, das Greisenkolleg „Politbüro“ lebte in seiner eigenen, überkommenen Welt und befeißigte sich einer ebenso eigenen politischen Sprache. Auch SED-Funktionäre nachrangiger Hierarchieebenen pflegten dieses verquaste, in sozialistischen Phrasen erstarrte „Kaderwelsch“ (B. Brecht). Ihre Weigerung, offen und konstruktiv über Produktionskrisen, Versorgungengpässe, Umweltverschmutzung, Menschenrechte, Friedenspolitik oder Reisefreiheit zu diskutieren, ihr stereotypes Hochjubeln jeder noch so kleinen Errungenschaft zum historischen Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und vor allem die sofortige Unterdrückung unbotmäßiger Meinungen hatten seit Mitte der 1970er-Jahre jene vielfach beschriebene „DDR-Müdigkeit und Zermürbung“¹⁹ befördert. Im Herbst 1989 kehrte diese politische Rhetorik als Bumerang zurück. Die öffentliche Stimmung kippte, Parteiredner ernteten auf einmal wütende Pfiffe und sarkastische Zwischenrufe, zahlreiche Spitzelberichte dokumentierten die argumentative Hilflosigkeit der Genossen gegenüber aufgebrachtten Bürgern. Binnen weniger Wochen verdrängte eine überwältigende Aufbruchsstimmung die bisherige Lethargie, eine ungeheure Handlungsdynamik überflutete das Land und spülte das Regime hinweg.

Die Endphase der SED-Regierung lässt sich durchaus als Lehrstück misslungener politischer Kommunikation lesen. Jeder öffentliche Fauxpas der politisch Verantwortlichen goss weiteres Öl ins Feuer der allgemeinen Missstimmung, empörte die breite Masse und brachte auch jene auf die Straße, die sich als eigentlich unpolitisch betrachteten. Jede verbale Entgleisung, jede gewaltsame Überreaktion trug mit dazu bei, dass den Bürgerrechtlern im Herbst 1989 genau das zu Teil wurde, was ihnen all die Jahre zuvor gefehlt hatte: Massenzulauf.

Sicherlich hätte eine geschicktere wirtschaftspolitische Rhetorik das SED-Regime nicht vor dem Zusammenbruch bewahrt. Dafür waren die funktionalen Schwächen des sozialistischen Systems zu offenkundig, die gesellschaftliche Kritik zu grundsätzlich und das benachbarte Westdeutschland zu verlockend. Aber dass darüber hinaus die SED-Protagonisten moralisch diskreditiert waren, dass sie jegliches öffentliche Vertrauen verspielt hatten, dass sie als Lügner, Wahlfälscher und Unterdrücker in kollektiver Erinnerung geblieben sind, all das war auch eine Folge ihrer mangelhaft gestalteten public relations. Im Kontrast dazu erlangte die

19) Gieseke, Jens: *Bevölkerungstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren. In: Zeithistorische Forschungen. Studies in Contemporary History 5 (2008) 2, S. 236–257, hier S. 237 f.*

Oppositionsbewegung aufgrund ihres frischen, offenen Auftretens Glaubwürdigkeit, schwamm auf einer Welle öffentlicher Sympathie und erfreute sich großen Zulaufes. Die rhetorischen Kontrapunkte formulierte die Bürgerrechtsbewegung deutlich und überzeugend – auch für jene, die sich im System eingerichtet hatten. Gegen die Lüge setzte man unbequeme Fragen und Wahrheiten. Verknöcherten, humorlosen Parteiphrasen begegnete man mit origineller, bissiger, ja bisweilen witziger Ironie. Dabei kehrte sich so mancher Spruch gegen seinen Urheber, etwa wenn auf einer Leipziger Montagsdemonstration das Spruchband zu lesen war: „Die Demokratie in ihrem Lauf hält weder Ochs‘ noch Esel auf.“ Das war zwar ebenfalls ein Knüttelvers, aber er sollte sich bewahrheiten – zumindest im Herbst des Jahres 1989.



Gespräch

Recht auf Bildung für alle? – Bildung und Erziehung in der DDR

TINA KWIATKOWSKI-CELOFIGA, ELKE URBAN

Moderation: MAYA BÖHM

MAYA BÖHM: Herzlich willkommen zu unserem Podiumsgespräch. Es trägt den Titel „Recht auf Bildung für alle? – Bildung und Erziehung in der DDR“. Ich freue mich sehr, dass ich als Moderatorin dieses spannenden Forums heute hier sein kann. Ich freue mich außerdem außerordentlich, dass mit Tina Kwiatkowski-Celofiga und Elke Urban zwei ausgewiesene Expertinnen für dieses Thema bei uns sind. Beide bringen nicht nur ihr fachliches Wissen mit, sondern konnten oder mussten zudem persönliche Erfahrungen mit dem Bildungssystem der DDR sammeln. Unser Schwerpunkt wird heute vor allem auf dem Schulsystem der DDR liegen. Einerseits werden wir über Fakten und Erfahrungen mit dem DDR-Schulsystem sprechen, andererseits über Legenden und Verharmlosungen in Bezug auf das Bildungssystem der DDR. Zu guter Letzt möchten wir auch darüber sprechen, wie das Thema DDR nachfolgenden Generationen zugänglich

gemacht werden sollte. Wir werden also auch das gegenwärtige Bildungssystem kurz in den Fokus rücken. Wir freuen uns sehr, dass heute so viele Schülerinnen und Schüler da sind und möchten Sie auch dazu aufrufen, sich an der Diskussion zu beteiligen und uns mitzuteilen, welche Art von Geschichtsunterricht Sie sich wünschen.

Bevor ich mit der ersten Frage einsteige, möchte ich die beiden Referentinnen gern vorstellen. Elke Urban ist in der DDR geboren und aufgewachsen, war dort auch in der Schule. Nach ihrem Schulbesuch hat sie in Leipzig Pädagogik studiert, um Lehrerin für Musik und Französisch zu werden. Allerdings hat sie nur drei Jahre in diesem Beruf gearbeitet. Sie hat das Bildungssystem dann zunächst als Mutter von fünf Kindern erlebt. Es kamen die 1980er-Jahre, das Ende der DDR rückte näher, Frau Urban war an den Montagsdemonstrationen beteiligt, sie war dann auch beim Neuen Forum und beim Runden Tisch Bildung dabei. Sie war eine der ersten in Leipzig, die sich für die Gründung von Freien Schulen eingesetzt hat. Sie ist Mitbegründerin von einigen Freien Schulen in Leipzig. Seit 2000 ist Elke Urban Leiterin des wiedereröffneten Leipziger Schulmuseums. In diesem Museum gibt es wirklich viele spannende Exponate zur vor allem deutschen Schulgeschichte und auch, aber nicht nur, zur Schule in der DDR zu sehen. Frau Urban sagte mir gestern, dass sie vor allem an denen, die aus der Reihe tanzen, interessiert war und ist. Das ist jetzt vielleicht eine paradoxe Überleitung, aber Frau Urban bietet etwas in Deutschland Einzigartiges an: Sie unterrichtet als DDR-Lehrerin Frau Lehmann in diesem Leipziger Schulmuseum in einem original eingerichteten DDR-Klassenzimmer interessierte Gruppen als dritte Klasse aus der DDR. Ich hoffe, dass wir darauf noch zu sprechen kommen. Es gibt dort außerdem viele spannende Ausstellungen. Für heute vielleicht besonders interessant ist die Ausstellung „Kinder und Jugend in Uniform – Staatsjugend in zwei deutschen Diktaturen“. Dazu ist auch eine Publikation erschienen. „Gegen den Strom“ ist eine weitere interessante Ausstellung zu dem Thema, ebenso wie „Fremde und Gleiche in der DDR-Schule“. Herzlich willkommen, Frau Urban.

Zu meiner Rechten sitzt Tina Kwiatkowski-Celofiga, die ich im Folgenden mit ihrem Einverständnis nur Frau Kwiatkowski nennen werde. Auch sie ist in der DDR geboren und aufgewachsen. Neun Jahre lang besuchte sie die Schule, dann war 1989/90 und Frau Kwiatkowski ging nach Baden-Württemberg, um dort Abitur zu machen. Sie studierte ebenfalls auf Lehramt, allerdings mit den Fächern Geschichte, Deutsch und Erdkunde. Ein weiterer im Rahmen dieses Podiums sehr wichtiger Punkt ist, dass sie ihre Zulassungsarbeit über die Erfahrungen

Jugendlicher im Speziallager Buchenwald geschrieben hat. Diese Arbeit ist auch veröffentlicht. Nach der Staatsprüfung für das Lehramt in Bayern begann Frau Kwiatkowski mit ihrer Promotion in Geschichte. Sie beschäftigte sich hier mehrere Jahre mit dem Bildungssystem der DDR, genauer gesagt mit der Frage der Diskriminierung von Schülerinnen und Schülern im Schulsystem der DDR. Sie hat dafür fast 500 Rehabilitierungsakten ausgewertet und Zeitzeugeninterviews geführt. Unter anderem hat sie dieses Buch, zusammen mit Gerhard Barkleit, herausgegeben, das auch sehr gut zum Thema unseres Podiums passt: „Verfolgte Schüler – gebrochene Biografien“. Frau Kwiatkowski hat zudem Erfahrungen als Lehrbeauftragte an den Universitäten Augsburg und Leipzig und als Lehrerin im Gymnasium. Zum Einstieg, Frau Urban, wenn Sie jemandem, der noch nie von der DDR gehört hat, das Schulsystem der DDR erklären müssten, wie würden Sie das machen?

ELKE URBAN: Ich mache das ja jeden Tag. Da kommen Schulklassen, die wirklich gar keine Ahnung von der DDR haben. Manchmal haben sie doch ein bisschen Ahnung, haben schon einmal die beiden Schulformen EOS und POS gehört. Aber es passiert ganz selten, dass sich heutige Jugendliche wirklich etwas unter diesem Ohnmachtsgefühl, das wir sowohl als Schüler als auch als Lehrer in der DDR immer hatten, vorstellen können, das kann man immer schwer beschreiben. Ich versuche das trotzdem und bin deswegen auf dieses Rollenspiel gekommen. Aber darüber reden wir noch. Man kann die Frage, so wie gestern, auch mit einem Fragezeichen versehen und fragen: War das die Schulbildung für alle? Diese Frage muss man verneinen. Es gab zwar die Schulpflicht, aber es gab zum Beispiel für geistig Behinderte keine Schule in der DDR. Es gab für alle Schüler ein Stigma ihrer Herkunft. Wenn sie Arbeiter- und Bauernkinder oder Kinder von SED-Genossen waren, dann hatten sie das Glück, im Klassenbuch in die Kategorie „A“ eingeordnet zu werden, dann wurden sie besonders gefördert. Wenn sie das Pech hatten – wie ich zum Beispiel –, einen parteilosen Lehrer zum Vater zu haben, dann war man bei „I“ gelandet, das heißt „Intelligenz“, das war schon nicht so gut. Und das Schlimmste, was einem passieren konnte als Kind, war, wenn man bei „S“ gelandet war. Also Kinder von Pfarrern, von selbstständigen Handwerkern, die hatten richtig Pech. Es war nicht so, dass sich das irgendwann einmal verlaufen hätte und zum Ende der DDR-Zeit weniger wichtig wurde, sondern das Elternhaus spielte immer mit.

Wenn ich heute Jugendliche nach dieser Unterrichtsstunde frage, ist denen das geradezu unheimlich, wie eng die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus in der DDR offenbar war, was die Lehrer alles wussten. Denn die mussten jedes Jahr

mindestens einmal in die Familien kommen. Einmal im Jahr wurde unser Kinderzimmer aufgeräumt, die Westposter verschwanden von der Wand, weil wir unserer Lehrerin natürlich keinen Ärger machen wollten. Und die wusste selbstverständlich, dass wir, wie alle anderen in Leipzig auch, Westfernsehen guckten und unsere Kinder die Sendung mit der Maus und Sesamstraße kennen. Das war aber ein Tabu in der Schule.

Und das ist das zweite große Problem. Kinder sind in der Regel, wenn sie nicht aus einem ganz prokommunistischen Elternhaus kamen, zur Lüge erzogen worden. Es blieb ihnen gar nichts anderes übrig, wenn sie nicht sich selbst und ihren Eltern schaden wollten. Und das ist eine Prägung, die noch sehr nachhaltig weiterwirkt. Deswegen müssen wir darüber reden. Sonst könnte man sagen, das ist vorbei, Schnee von gestern. Aber es hat Prägungen verursacht. Zum Beispiel auch die Erziehung zu: Widerspruch nicht, mach, was der Lehrer sagt, dann geht es dir gut. Das haben die Eltern und Großeltern schon ihren Kindern beigebracht. Und wir versuchen nun im Schulmuseum, zumindest in dieser Unterrichtsstunde, unseren Kindern beizubringen: Widerspruch, dann geht es dir gut, du sollst widersprechen, sonst stirbt die Demokratie. Das ist das hehre Ziel, das wir damit verfolgen.

Die Einteilung der Welt in Gut und Böse war natürlich ein einfaches Schema, mit dem in der DDR die Welt erklärt werden konnte. Ich erlebe heute noch alte DDR-Lehrer, die feuchte Augen kriegen, wenn sie ihre alten Geschichtsbücher bei mir wiederfinden. Weil das so schrecklich einfach war. Man konnte an die Tafel schreiben, was zu lernen war, das wurde auswendig gelernt und in der Arbeit wortgleich wiedergegeben, und dann bekam man mit Sicherheit die gute Zensur. Insofern war Schule sehr berechenbar. Dass viele so gute Zensuren hatten, verwundert heute. Euch Schülern zum Trost, damals gab es nur die Noten 1 bis 5. Und wenn Euch Eure Eltern ihre Zeugnisse unter die Nase reiben, erinnert sie daran, dass es damals noch keine 6 gab, die Zensuren müssen also alle automatisch um ein Grad besser sein.

Es gäbe zur DDR-Schule natürlich noch ganz viel zu sagen. Gerne komme ich dazu auch in die Schule und mache einen Powerpoint-Vortrag, der anschaulicher ist. Für die älteren hier Anwesenden ist das alles bekannt, deshalb höre ich an der Stelle auf.

BÖHM: Wir kommen sicher auch noch einmal darauf zurück. Aber weil Sie „Prägungen“ sagten, Frau Kwiatkowski, Sie haben ja auch zur sogenannten allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit geforscht. Was meinten die damit, und wie wurde das in den Schulalltag eingebunden?

TINA KWIATKOWSKI-CELOFIGA: Die allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit setzte sich aus drei Säulen zusammen, von denen die Erziehung dann auch getragen wurde: zum ersten die Schule, dann die Einbindung des Schülers nicht nur in der Schule ins Kollektiv, sondern auch über die Pionierorganisation, über die paramilitärische Erziehung, und dann erst kam irgendwann das Elternhaus als letzte Erziehungsinstanz. Das Elternhaus war bei diesem Erziehungskonzept sehr zurückgedrängt, das Kind sollte im Kollektiv und durch das Kollektiv erzogen werden. Wichtig dabei ist, dass sich dieses Erziehungskonzept gewandelt hat und es sich letzten Endes in den 1980er-Jahren so weit zuspitzte, dass gerade in Abgrenzung zu dem nach außen präsentierten Bild der DDR als Staat, der auch die KSZE-Schlussakte anerkannt hat, der ideologische Druck nach innen erhöht werden musste, um die Loyalität der Schüler und des Einzelnen zu gewährleisten. Man hat also massiv Druck gemacht, damit ein Aufgehen im Kollektiv und in den ideologischen Grundlagen wirklich verinnerlicht wurde.

BÖHM: Was bedeutet das denn konkret? Was hätte ein Aufgehen im Kollektiv für mich, wenn ich in der DDR Schülerin gewesen wäre, bedeutet?

KWIATKOWSKI: Das heißt, dass ich meine eigenen Wünsche, insbesondere in Bezug auf Berufswahl und meinen späteren Lebensweg, zurückstelle und mich dem unterwerfe, was gerade wirtschaftlich gebraucht wird. Wenn ich also vorhabe, Krankenschwester zu werden, dann werde ich das eben nicht, weil gerade ein Facharbeiter für Viehzucht gebraucht wird. So wurde auch in den Schulen argumentiert, dass die eigenen Bedürfnisse zurückzustehen haben und ich mich anzupassen habe. Wer also vorhatte, einen Studienplatz zu erlangen oder seinen Traumberuf zu erlernen, der musste dieses Bedürfnis unter Umständen zurückstellen, weil diese Fachrichtung aufgrund der Bedarfslage nicht gefragt war. Noch schwerer hatten es Schüler, die sich in irgendeiner Art und Weise abweichend verhalten haben. Da war natürlich die große Schwierigkeit, dass denen bereits die Möglichkeit, ein Abitur zu machen und einen Beruf nach Wunsch zu wählen, oft von vornherein verwehrt wurde.

BÖHM: Kann man sagen, welche Schüler am meisten benachteiligt waren? Frau Urban hat ja vorhin von den Kategorien gesprochen, in die Schülerinnen und Schüler von Anfang an einsortiert waren. Gibt es da einen Zusammenhang?

KWIATKOWSKI: Das kommt auch auf die Zeit an. In den 1950er-Jahren waren Kinder aus bürgerlichen oder christlichen Elternhäusern besonders benachteiligt. Das reduzierte sich später ein bisschen, weil eine Art Frieden mit der Intelligenz geschlossen werden musste und mit bürgerlichen Kindern noch Kompromisse geschlossen wurden, sodass auch sie Zugang zu höherer Bildung erhalten haben.



Allerdings waren christliche Kinder während der gesamten DDR-Zeit immer wieder der Gefahr ausgesetzt, massiv diskriminiert zu werden. Pfarrerskinder wurden diskriminiert, wobei da auch noch einmal eine Sondersituation entstand. Auch sehr stark getroffen hat es die Kinder der Zeugen Jehovas. Und natürlich abweichendes Verhalten. Das heißt, jemand, der sich aufgrund seines normal pubertären Gehabes, was ja in dieser Entwicklungsstufe normal ist, nicht anpasste oder widersprach, verbaute sich selbst seinen weiteren Weg.

BÖHM: Wie sah denn so etwas aus, sich den Weg zu verbauen? Wie wurden diese Kinder und Jugendlichen denn benachteiligt und diskriminiert, Frau Urban?

URBAN: Mein Sohn, Linkshänder, christliches Elternhaus und Nicht-Pionier, schlimmer konnte es nicht kommen, das waren drei Negativfaktoren und er war der geborene Antiheld. Zum Glück kam für ihn das Jahr 1989 im richtigen Alter, als er 14 war, und er konnte dann noch seinen Weg gehen. Aber ich wollte gerne ergänzen, diese Diskriminierung von Kindern aus christlichen Elternhäusern wird heute von vielen geleugnet. Da gab es angeblich keinen Nichtpionier. Keineswegs ist die Erziehung zum Staatsbürger gelungen, obwohl es dafür ein extra Unterrichtsfach gab. Wir waren keine Bürger mit bürgerlichen Rechten – obwohl die

Vopos immer gesagt haben, Bürger, zeigen sie einmal ihren Personalausweis. Joachim Gauck plädiert für den Begriff „Insassen“. Ja, wir waren Insassen, eingesperrt, das wollen wir nicht vergessen.

Aber wir wollen auch nicht vergessen: Es gab natürlich auch wunderbare Lehrer, die haben sich schützend vor einen Nicht-Pionier gestellt, die haben auch selber Mut bewiesen. Es war vielleicht nicht die Mehrheit der Lehrer, aber es gab sie. Denen gilt es natürlich jetzt auch ein ehrendes Andenken zu errichten, weil es total ungerecht wäre, wenn man die vergessen würde. Und wir können einfach nicht mit wenigen Sätzen sagen, so war Schule in der DDR, nun nehmt das bitte zur Kenntnis und lernt es auswendig. Das ist immer so was für die Schüler. Schule war vielmehr ganz, ganz verschieden in der DDR. Und jeder Lehrer war noch einmal verschieden. Wir können nur sagen, wie Schule sein sollte. Das ist das, was wir auch im Schulmuseum beweisen und anbieten können. Aber wie Schule wirklich war, das bleibt Forschungsgegenstand, da sind wir noch lange nicht fertig.

BÖHM: Aber Sie als Lehrerin haben ja vielleicht im Pädagogikstudium mit auf den Weg bekommen, wie Schule sein sollte. Was waren denn da die Bilder von Kindern und Jugendlichen, die Sie vermittelt bekommen haben? Wie sollten Sie unterrichten?

URBAN: Speziell zur Fachdidaktik wurde uns sehr wenig beigebracht. Das sollte ein Lehrer am besten selber mitbringen. Da wurde uns wenig Hilfe gegeben. Aber in der Geschichte der Pädagogik lernten wir natürlich vor allem Sowjetpädagogik, und da überwiegend Makarenko. Wir wissen, dass Makarenko in seinem Umfeld damals schwer erziehbare Schüler in einem Heim unterrichtet hat, und diese Pädagogik wurde dann auf die ganze DDR übertragen. Diese Pädagogik des Beschämens, der Sippenhaft, der Kollektivierung, des Unterordnens, des Drills. Das hat uns als Lehrer natürlich abgeschreckt. Ich hatte das große Vorbild meines Vaters, der ein wunderbarer Lehrer war und der nichts von Makarenko wusste und es auch nicht hätte wissen wollen. Für mich war das ein ganz großer Widerspruch. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass man mit dieser Pädagogik gute Schule machen kann. Aber in diesem Zwiespalt waren sicher sehr viele Lehrer, die dann versucht haben, eigene Wege zu gehen. Die verordnete pädagogische Richtung hieß aber Makarenko. Und das werfe ich den alten Professoren vor: dass sie uns die wunderbaren pädagogischen Richtungen, die es in Deutschland auch gab, Reformpädagogien, alle verschwiegen haben. Die haben wir erst nach 1989 entdeckt. Und meine vielen Schulneugründungen haben alle etwas damit zu tun.

BÖHM: Frau Kwiatkowski, Sie sind von einer DDR-Schule auf eine Westschule

gewechselt. Haben Sie das gemerkt, was Frau Urban gerade beschrieben hat? Gibt es vielleicht auch noch andere Unterschiede, die Sie zum Schulunterricht heute merken?

KWIATKOWSKI: Mein erstes einschneidendes Erlebnis in der Schule war das Klingelzeichen. Also nicht dieser schrille Klingelton, sondern ein einfacher Gong. Das war der erste bezeichnende Unterschied. Der zweite bezeichnende Unterschied war, dass man am Anfang des Unterrichts nicht aufstehen musste, es gab keine Meldung in militärähnlicher Struktur, und der Lehrer war wirklich – ich nenne es einfach mal so – mein Freund. Nach und nach habe ich dann begriffen, wo die Unterschiede waren, insbesondere in Gemeinschaftskunde. Ich wusste nicht, was Gewaltenteilung war. Das musste ich nachlernen. Allerdings hatte ich dann den Vorteil, dass ich die fünf neuen Bundesländer kannte und auch wusste, was Planwirtschaft war. Das waren dann wieder die positiven Effekte. Allerdings waren gerade die Fächer Gemeinschaftskunde und Geschichte von ganz neuen Erfahrungen geprägt. Ich habe das in mich aufgesogen.

Dann hatte ich noch ein Erlebnis in der Abiturstufe. Da ging es in einem Aufsatz darum, wie der Zweite Weltkrieg ausgegangen ist. Ich hatte vollmundig darunter geschrieben, dass am Ende des Zweiten Weltkriegs die Armee des Dritten Reiches schon am Boden lag und die glorreiche Rote Armee Deutschland einfach nur noch einnehmen musste und es kaum noch Widerstand gab. Als ich den Aufsatz zurückbekam, stand eine einseitige Stellungnahme meiner Lehrerin darunter, in der sie mich erst einmal aufgeklärt hat, dass es so eben nicht war, sondern ein massiver Widerstand da war und ein massiver Kampf in Berlin Meter für Meter stattgefunden hatte, um dort den Nationalsozialismus und die Soldaten zu bekämpfen. Das waren zwei Schlüsselerlebnisse.

Ich habe ansonsten aus Interviews mit Schülern, die auch in den 1980er-Jahren in die Bundesrepublik gewechselt sind, mitbekommen, dass sie in den Fächern, wo eigenes Denken gefragt war, und auch im Fach Deutsch massive Probleme hatten. Denn zu DDR-Zeiten war es nicht gefragt gewesen, eigene Gedanken zu entwickeln und den Mut dazu zu haben. Eigene Meinungen zu haben und diese auch im Aufsatz zu begründen ist für mich so elementar wichtig geworden, dass ich heute zu meinen Schülern sage, ihr dürft anderer Meinung sein, wenn ihr das ordentlich begründet, dann akzeptiere ich das. Wenn ich dieser Begründung nichts hinzuzusetzen habe, dann ist das völlig in Ordnung, jeder darf seine eigene Meinung haben. Und das ist mir extrem wichtig.

BÖHM: Das erinnert mich jetzt, Frau Urban, an Ihre Schulstunde im Schulmuseum, denn da sagen Sie am Anfang ja so etwas Ähnliches. Ich hatte



leider noch nicht das Vergnügen, dort zu sein. Frau Urban, können Sie uns kurz beschreiben, wie so eine Schulstunde bei Ihnen als DDR-Lehrerin Frau Lehmann abläuft, und vielleicht auch, wie Sie dazu gekommen sind, das zu machen?

URBAN: Ich hoffe, niemand im Saal heißt Lehmann, sonst muss ich über den Namen noch einmal nachdenken. Aber das Schulmuseum ist in einem ehemaligen Stasigebäude und in meinem Zimmer saß der Genosse Lehmann, dessen Geist manchmal noch nachts über mir herumschwebt. Deswegen räche ich mich an dem und heiße dann immer Frau Lehmann. Nachdem ich das erste Jahr diese Schulstunde gespielt habe, hatte ich eine kurze Sendung im „ZDF heute journal“ gehabt. Am Schluss sagte ich in die Kamera, dass es immer noch Lehrer gibt, die ihren Kindern nicht sagen können, dass die DDR eine Diktatur war. Die haben mir ganz offen ins Gesicht gesagt, dass sie das nicht über ihre Lippen kriegen, auch wenn es im Lehrplan steht. Und da sagte ich in die Kamera, dass ich auch nicht weiß, was man da machen soll. Und wissen Sie, was Klaus Kleber geantwortet hat? Weitermachen! Das war ein wichtiges Signal für mich.

Denn ich hatte immer mal Zweifel, ob so ein Rollenspiel sinnvoll ist. Es rührt ja die Emotionen sehr auf, und es ist auch für Lehrer, die in der DDR unterrichtet haben, nicht ganz einfach, sich dem zu stellen. Sich vor allem der Frage zu stellen, wo sie ihre Schüler überall belogen haben, was sie möglicherweise angerichtet haben. Ob sie tatsächlich das umgesetzt haben, was von ihnen verlangt wurde. Es

gibt Lehrer, die hinterher sehr schweigsam sind. Die dann auch sagen, dass sie erst mal nicht reden können. Aber ich freue mich über jeden Lehrer, der sich auf den Weg macht, es sind ja inzwischen eine ganze Menge. Wir haben 25.000 jugendliche angemeldete Besucher im Jahr. Und das mit zwei Mitarbeitern, das ist heftig.

Ich beschreibe kurz, wie die Stunde abläuft: Wir haben zuerst im Vorbereitungsraum ein kurzes Gespräch über das, was man unbedingt über DDR-Schule wissen muss, um in dieser Stunde die Begriffe zu verstehen. Da kommt zum Beispiel die Patenbrigade vor, einer muss den Nichtpionier spielen, da suche ich dann immer einen Freiwilligen. Kurios ist, dass sich fast immer derjenige meldet, der denkt, au ja, jetzt machen wir die Alte fertig, und der meint, dass er das in der Rolle des Nichtpioniers kann. Das gelingt natürlich gar nicht, weil der Nichtpionier von mir grundsätzlich nicht drangenommen wird. Alle außer dem Nichtpionier tragen ein Halstuch. Und am Anfang der Stunde – wir haben Heimatkunde, 3. Klasse – sage ich: Es war prima, dass ihr heute früh alle pünktlich wart beim Fahnenappell, und ihr habt mir eine große Freude gemacht, auch Christian – so heißt bei mir der männliche Nichtpionier oder Katharina das Mädchen – war da, hat in der letzten Reihe gestanden, aber der Direktor hat es gemerkt. Wann wirst du endlich Pionier? Und das kommt so unvermittelt und plötzlich, dass der Nichtpionier sich erst einmal sammeln muss und ein bisschen verdattert ist. Aber dann läuft die Stunde genauso ab, wie sie in den Unterrichtshilfen für 1985 empfohlen wurde. Ich halte mich ganz strikt an die Vorgaben und spiele die Lehrerin, wie sie sein sollte. Wir singen das vorgeschriebene Pionierlied, das hängt mir natürlich zum Halse raus, wie Sie sich vorstellen können, aber das muss sein. Danach geht es um die Gesetze der Thälmann-Pioniere. Also nicht um die Befreiung vom Faschismus. Im Heimatkundebuch hat 20 Seiten lang nur die Sowjetarmee befreit. Deswegen wissen viele in Leipzig bis heute nicht, dass es die Amerikaner waren, die als Erste in Leipzig waren.

Wir haben dann 45 Minuten Gelegenheit für die Schüler, zu widersprechen, also einzuhaken. Zum Beispiel das mit diesem sowjetischen Panzer, der uns befreit hat. Da könnte jeder Schüler sagen, dass das nicht stimmt. Das passiert aber nicht. Es passiert nicht mal, dass ein Schüler wenigstens den Satz über die Lippen bringt: Ach, wenn der Christian nicht mit zur Patenbrigade – das ist eine Einheit der Volksarmee – darf, dann will ich auch nicht mitkommen. Wissen Sie, wie oft das in den letzten vier Jahren passiert ist? Zwei Mal. Die Regel ist folgende: Die Mechanismen, die ja in jeder Diktatur ähnlich funktionieren, funktionieren so: Ich bin nicht die Lehrerin mit dem Holzhammer, ich bin die Nette, die

Freundliche, die Bienchenstempel verteilt und die viel lobt und die allen mit dem Halstuch das Gefühl gibt, wir sind die Guten, aber der Nichtpionier, der ist draußen, und die bösen Kriegstreiber im Westen erst recht. Das ist das Feindbild Nummer eins. Ich muss konstatieren, dass es offenbar eine menschliche Eigenschaft ist – das ist eben so, damit müssen wir uns abfinden, aber wir müssen es uns bewusst machen –, dass wir einfach um jeden Preis zu den Guten gehören wollen. Und dass die Schüler mir dann in dem Nachgespräch vorwerfen, dass sie mir nicht widersprechen konnten, weil ich viel zu nett war. Oder dass sie ja sonst in denselben Topf wie der Nichtpionier gekommen wären und es ihnen dann nicht mehr gut gegangen wäre, und das wollten sie nicht.

Ausreden gibt es eine Menge dafür, warum Zivilcourage im entscheidenden Moment nicht aufgebracht wird. Aber meine Hoffnung ist, dass es dann beim nächsten Mal klappt, dass mehr Sensibilität da ist, wenn mal wieder einer gemobbt wird. Wir sprechen dann auch über Beispiele, wie es heutzutage in der Schule mit Mobbing aussehen könnte. Der Transfer in die Gegenwart ist für uns immer sehr wichtig, so dass die Schüler auch das Gefühl haben, das ist jetzt nicht nur Geschichte und Schnee von gestern, sondern das betrifft wirklich mich und das hat was mit meinem Leben zu tun.

Ich warte darauf, dass andere das endlich nachmachen. Überall, wo ich auf Podien bin, erzähle ich davon, die meisten Leute finden es gut. Es gibt auch sehr viele Medienberichte darüber. Aber leider traut es sich außer mir und meiner Tochter immer noch niemand. Wenn Sie es weitersagen, bitte seien Sie so nett, es ist als Alleinstellungsmerkmal immer ein bisschen schwierig, wenn man keinen Austausch hat, ich würde mich freuen. Eine Kollegin in einer Bautzener Schule könnte das bestimmt, Frau Wiezorek. Vielleicht probieren Sie das einfach mal aus? Es funktioniert. Man kann Diktatur und diese Ohnmacht in der Diktatur mit keiner Methode besser erklären, mit keinem Film und keinem Buch.

Aber einen Film will ich trotzdem erwähnen, er heißt „Raus aus der Haut“ und wurde von Andreas Dresen 1997 gedreht. Er spielt in einer DDR-Schule. Und das Buch „Die Montagsangst“ von Caritas Führer. Es ist schon in der 7. Auflage erschienen und ein großartiges Buch aus der Perspektive des Pfarrerskindes, des Nichtpionierkindes.

BÖHM: Bevor wir anfangen, darüber zu sprechen, welche Art von Geschichtsvermittlung wünschenswert ist – und Sie haben ja eben schon angefangen, darüber zu sprechen –, würde ich Sie beide gern nach Legenden und Verharmlosungen fragen. Das ist ja auch das Thema dieses Forums. Vielleicht auch im Umgang mit Studierenden, mit Schülerinnen und Schülern. Und ganz besonders würde mich

interessieren, was sind Ideen ehemaliger Lehrerinnen und Lehrer, die zu Ihnen kommen, zur DDR-Schule, die bis heute weitertransportiert werden?

KWIATKOWSKI: Ich bin diesem grundsätzlichen Satz „Es war ja nicht alles schlecht“ begegnet, auch im Bezug auf das Schulsystem. Dann wird man auch oft damit konfrontiert, dass die Frage aufkommt, wenn man Diskriminierungen anspricht, warum man sich nicht einfach angepasst habe, dann hätte es keine Probleme gegeben. Ein dritter Verklärungspunkt ist, dass gerade der naturwissenschaftliche Bereich sehr ausgebaut gewesen sei und man da dem westlichen Schulsystem überlegen war. Angesprochen wird auch hin und wieder die Begabtenförderung, die den Begriff in der Form ja nicht unbedingt verdient, denn es war ja mehr eine Elitenbildung für die öffentliche Darstellung, insbesondere was die Sportschulen angeht. Denn wer die Leistung dort nicht gebracht hat, ist auch ganz schnell wieder verschwunden und musste sehen, wie er seine Zukunft weiter plant. Dem entgegen stand das Wegnehmen der Persönlichkeit im normalen Schulalltag, dass alles öffentlich gemacht wurde. Wenn ein Schüler mit einem anderen Lehrer Probleme hatte, dann hat der nächste Lehrer sofort Bescheid gewusst und hat dann gesagt: In der Stunde hast du ja auch so und so reagiert, und deine Geschwister sind ja auch nicht Pionier. Oder: Letzte Woche hast du wieder das und das angestellt. Auch dieser Montagsappell, wo einzelne Schüler nach vorne vor die ganze Schulgemeinschaft zitiert wurden und irgendwas, was sie getan haben, auch was aus heutiger Sicht vielleicht verurteilungswürdig wäre, öffentlich gemacht wurde. Einmal habe ich miterlebt, dass zwei Schüler nach vorne zitiert wurden, weil sie die Unterschrift der Eltern unter einer Klassenarbeit gefälscht hatten. Und das wurde eben nicht nur mit dem entsprechenden Lehrer, den Eltern und den Schülern geklärt, sondern vom Appell der gesamten Schule plus Schulverweis. Da sind wir noch gar nicht bei den FDJ-Ausschlussverfahren, die es gegenüber aufsässigen Schülern ja auch im Extremen gab. Also dieses Öffentlichmachen und Wegnehmen jeglicher Privatsphäre. Das ist ein entscheidender Unterschied, der bei aller Verklärung immer außer Acht gelassen wird.

BÖHM: Also eine Ausgrenzung, Kontrolle und öffentliche Beschämung der Schüler.

URBAN: Sie wollten Legenden wissen, die ich zu hören bekomme. Es gibt natürlich Lehrer, die sagen, bei ihnen waren alle Pioniere, Nicht-Pioniere habe es in der DDR gar nicht gegeben. Dann sage ich, dann war das in Ihrer Schule eben anders als in ganz vielen anderen Schulen, wir wissen das und haben hier ganz viele Quellen von Nicht-Pionieren. Dann müssen sie sich halt damit abfinden,

dass es Menschen gibt, die etwas anderes wissen. Es gibt aber auch Lehrer, die bei mir an der Schwelle umkehren, wenn sie FDJ und Hitlerjugend im Gegenüber sehen. Diese Bilder sind natürlich schon eine gewisse Provokation für jemanden, der Pionierleiter war oder begeisterter Pionier als Kind. Ich habe Respekt vor der Kindheit und Jugend von Leuten lernen müssen, die begeisterte Hitlerjungen waren. Ich habe sehr viele Zeitzeugeninterviews geführt, mehr als 100 Zeitzeugen allein zur Zeit bis 1945 und mindestens so viele für die DDR-Schulzeit. Jeder verklärt natürlich seine Kindheit gerne und möchte auch seine Schulzeit eher in einem rosigen Licht sehen, weil keiner das Gefühl haben möchte, er sei da zwölf Jahre völlig umsonst hingegangen.

Wir haben ja auch viel gelernt, auch viel auswendig gelernt. Aber ich habe zum Beispiel im Abiturzeugnis eine Eins in Russisch, die ich nicht verdient habe, denn ich kann überhaupt kein Russisch. Oder was haben wir für einen Blödsinn in „Einführung in die sozialistische Produktion“ lernen müssen. Der Vortrag heute Morgen zur sozialistischen Produktion und Wirtschaft war sehr erhellend. Da hätte ich mir wenigstens auf einer Buchseite so eine Klarheit gewünscht. Aber das ganze Buch war so verquast; wenn ich es heute angucke, verstehe ich es immer noch nicht. Ich kann Frau Kwiatkowski Recht geben, wenn sie sagt, dass der Anspruch in den Naturwissenschaften sehr hoch war, die Schulbücher beweisen das. Wenn ich Mathematikbücher der Klassen 10, 11 oder 12 einfach mal so aus-teile und frage, ob sie das jetzt rechnen können, dann gibt es bei einigen schon Zweifel. Auch Biologie war sehr gut im systematischen Aufbau. Was sehr gut ist, muss man auch sagen. Wenn die Biologielehrer sich danach zurücksehnen – es ist zwar graues Papier, aber dafür kostete das Buch nur 1,80 Mark und es sind wenige farbige Bilder drin.

Neulich hatte ich ein Schlüsselerlebnis. Da kam eine Geschichtslehrerin, die ihr altes Geschichtsbuch in die Hand nahm und fast mit feuchten Augen darin blätterte: Da war die Welt so wunderbar einfach erklärt in diesen Epochen, und Klassenkampf, und jetzt sind wir an der Spitze der Entwicklung. Dann habe ich gesagt, gut, gucken wir mal, was die Schüler dazu meinen, und ich habe diese Geschichtsbücher ausgeteilt. Es dauerte wenige Sekunden, da stellte der erste Schüler fest, Hilfe, da sind überhaupt keine Quellen drin. Dann hatte ich eine wunderbare Diskussion. Ich brauchte mich nur noch zurückziehen, und die Lehrerin versuchte zu erklären, wie das im Geschichtsunterricht in der DDR war und wie Quellen benutzt oder eben nicht benutzt werden konnten. Ich versuche immer, auf solche Arbeit mit den authentischen Quellen zu setzen, weil die oft viel mehr sprechen als lange Reden. Und ich kann es hier im Podium sowieso



kaum schildern, was bei uns jeden Tag los ist. Da müssten Sie einfach mal bei uns reinkommen und sich mit hinsetzen. Jeden Tag um 9 Uhr und um 11 Uhr sind Schulklassen da. Entweder Kaiserzeit oder DDR, meistens beides. Es lohnt sich.

BÖHM: Ich würde Sie gern noch fragen, was wir im Geschichtsunterricht zur Vermittlung von DDR-Geschichte machen sollten und machen können, was ist umsetzbar?

KWIATKOWSKI: In meiner bisherigen, kurzen Lehrerkarriere habe ich festgestellt, dass die Zeitzeugen besonders wichtig sind. Denn das gesprochene Wort und das Erleben einer Person, die wirklich die eigene Lebensgeschichte schildert, ist das, was die Schüler mitnimmt und sie regelrecht ergreift. Das ist aus meiner Sicht am effektivsten. Selbst wenn ich aus meiner kurzen DDR-Geschichte erzähle, dann kleben die Schüler regelrecht an meinen Lippen und der Geschichtsunterricht nimmt eine ganz andere Form an. Ansonsten bin ich mit den Studenten in Leipzig gern ins Schulmuseum zum Unterricht gegangen, wir haben also auch mal einen Hauch DDR erlebt. Ansonsten wirklich an die Quellen rangehen. Es gibt von den verschiedenen Landesbeauftragten der BStU Broschüren mit Musterakten, wo Schülerschicksale geschildert sind. Die kann man mit den



Schülern erarbeiten oder sie sich selbst erarbeiten lassen, natürlich mit Begleitung. Damit habe ich eigentlich die besten Erfahrungen gemacht. Die eigene Auseinandersetzung mit Schicksalen ist dort am effektivsten.

URBAN: Sie haben nach Wünschen gefragt. Ich wünsche mir, dass alle Schüler, auch die Mittelschüler, bis zur 10. Klasse selbstverständlich das Fach Geschichte haben und es nicht abgewählt werden kann. Das halte ich für die wichtigste Voraussetzung dafür, dass auch der Geschichtsunterricht dazu beitragen kann: Diese Schüler stärken später die Demokratie und erkennen sie als eine Lebensform, die ihnen gemäß ist. Sie haben Lust auf Demokratie, auch wenn es mehr Arbeit macht. Es macht ihnen Freude, ihre eigene Meinung formulieren zu können. Dafür wünsche ich mir natürlich auch die Geschichtslehrer, die für solche kontroversen Diskussionen offen sind und das den Schülern mit einander widersprechenden Quellen vorleben, sodass Schüler damit umgehen lernen und sich ihr eigenes Urteil bilden. Das war ja in der DDR-Schule völlig undenkbar, aber wir brauchen das unbedingt, um mündige Bürger zu sein. Mehr Wünsche habe ich eigentlich nicht.

Aber ich kann mich nicht beklagen. Aus Bayern kommen sehr viele Schulklassen. Das ist sehr angenehm, dass es in Bayern offenbar größere Bedürfnisse gibt, über DDR-Schule Bescheid zu wissen. Es kommen natürlich auch sehr viele Leipziger Schulen, aber es gibt auch immer noch Leipziger Schulen, die nicht kommen.

Eine Lehrerin, die es mal gewagt hat, wurde deswegen ein halbes Jahr lang im Lehrerzimmer gemobbt. Auch das gibt es immer noch. Ich wünsche mir natürlich, dass so etwas endlich rauswächst. Und dass die jungen Lehrer, die jetzt mit dem Studium fertig sind, endlich auch in die sächsischen Schulen reinkommen. Das wäre ein Traum. Die frischgebackenen Geschichtslehrer sollen bitte nicht alle in den Westen abwandern, wir brauchen sie dringend bei uns.

BÖHM: Vielen Dank für das Gespräch.



Podiumsdiskussion

Die DDR und wir? – DDR-Geschichte in der Gegenwart

EVELYN FINGER, ANNA KAMINSKY, FRANZISKA KUNZE, ANNETTE LEO,
MARTIN DULIG

Moderation: BASTIAN WIERZIOCH

BASTIAN WIERZIOCH: Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zu unserem Podiumsgespräch „Die DDR und wir? – DDR-Geschichte in der Gegenwart“. Wir wollen nach den Möglichkeiten der wirksamen Vermittlung des Themas Unrechtsstaat DDR fragen. Mein Name ist Bastian Wierzioch, ich arbeite für MDR Figaro, jetzt aber bin ich Ihr Moderator. Ich will nun zunächst ein paar vertiefende Anmerkungen zu den Teilnehmern des Podiums machen, Ihnen einige biografische Wegmarken geben. Bitte begrüßen Sie noch einmal Dr. Annette Leo. Sie ist 1948 in Düsseldorf geboren, 1952 übersiedelte sie mit ihren Eltern nach Ostberlin, studierte Geschichte und Romanistik an der Humboldt-Universität Berlin. Sie war dann Redakteurin bei der außenpolitischen Zeitschrift

Horizont. 1990 begann sie ihre Mitarbeit bei der ersten alternativen Zeitung der DDR namens *Die andere*. Seit 1993 begleitet sie die Arbeit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, von 2001 bis 2004 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Seit 2006 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Gerade hat sie eine Biografie über Erwin Strittmatter abgeschlossen. Wir haben es hier also mit einer Spezialistin für ambivalente Lebenswege zu tun. Frau Dr. Anna Kaminsky ist seit 2001 Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie studierte in Leipzig an der damaligen Karl-Marx-Universität an der Sektion theoretische und angewandte Sprachwissenschaft. Von 1992 bis 1994 arbeitete Frau Dr. Kaminsky an der Universität Münster in dem Projekt „Erziehung zur Völkerfreundschaft in der DDR“. Dabei ging es unter dem Eindruck der rechtsradikalen Übergriffe auf Fremde und Ausländer in der ehemaligen DDR um die Frage, ob es eine Verbindung zwischen rechtsextremen Angriffen auf Asylbewerberheime zu Beginn der 1990er-Jahre und der Erziehung in der DDR gab. Von 1993 bis 1998 war sie Mitarbeiterin in Forschungs- und Ausstellungsprojekten, unter anderem am Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, der Gedenkstätte Sachsenhausen und am Deutschen Historischen Museum. Mehr privat als beruflich hat sich Frau Dr. Kaminsky außerdem mit der Konsumgeschichte der DDR auseinandergesetzt. Das wird sicher gleich ein spannender Punkt werden, wenn wir über die Frage nachdenken, wie wir DDR-Geschichte konkret von hier und heute aus vermitteln können. Evelyn Finger ist Journalistin bei der *ZEIT*. Sie ist 1971 in Halle geboren und studierte Germanistik und Anglistik ebendort. Sie schrieb für verschiedene Tageszeitungen und ist seit 2001 bei der *ZEIT*. Von 2004 bis 2010 war sie Redakteurin im Feuilleton und seit 2010 leitet sie das Ressort Glauben und Zweifeln. Herzlich willkommen! Ich bin gespannt auf die dezidierte Perspektive West, die Franziska Kunze einnehmen wird. Sie ist Lehrerin in Landau in Niederbayern, stammt aber aus Radeberg in Sachsen. Frau Kunze unterrichtet Deutsch, Geschichte, Ethik und Psychologie. Martin Dulig war bis 2007 der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, seit 2007 ist er deren Fraktionsvorsitzender. Er wurde 1974 in Plauen geboren, hat 1990 Abitur gemacht und ist seit 1992 Mitglied der SPD. Von 1998 bis 2004 hat er Erziehungswissenschaften an der TU Dresden studiert. Seit 2009 ist Martin Dulig SPD-Landesvorsitzender, seit 2011 Mitglied im SPD-Parteivorstand. Er lebt in Moritzburg und hat sechs Kinder. Herzlich willkommen!

Frau Kunze, an Sie die erste Frage. Wir sprechen jetzt über die Vermittlung von DDR-Geschichte von hier und jetzt aus. Wenn Sie an Ihren neuen Lebensort, das tiefste Niederbayern, denken, wie ist denn da – nicht bei Schülern, darüber reden wir gleich – das Interesse am Thema DDR bzw. am Thema DDR als Unrechtsstaat?

FRANZISKA KUNZE: Ich kann hier natürlich nur meine persönliche Perspektive schildern. Ich lebe jetzt im fünften Jahr in Landau an der Isar. Und wenn Sie das so etwas süffisant als tiefstes Niederbayern bezeichnen, sagt das schon etwas aus über den besonderen Menschenschlag dort. Die Mentalität ist natürlich anders als in Sachsen, auch die Reflexion ist eine andere, als sie gerade auch hier in Bautzen stattfindet. DDR-Geschichte spielt eine eher untergeordnete Rolle. Es gibt natürlich dort genauso Biografen, die diese Zeit ganz anders widerspiegeln. Die sagen dann, ja wir hatten zwar den Marshall-Plan, aber auch wir hatten ein Leben vor der Wende und die Annäherung an die DDR hat in der Zeit keine Rolle gespielt, sondern die DDR war ein Feindbild. So ist die ältere Generation durch diese Ideologie geprägt, die auf der anderen Seite genauso vermittelt wurde wie bei uns. Die Auseinandersetzung mit dieser Zeit nach der Wende erfolgte insofern, dass einige den Weg in ostdeutsche Städte gefunden haben und sich die angeschaut haben. Aber das kann nicht für die Mehrheit der Bevölkerung stehen, es gibt viele, die bis heute noch in keiner ostdeutschen Stadt gewesen sind oder auch nicht das Bedürfnis verspüren, den Osten näher kennen zu lernen. Es wird eher aus einer anderen Sichtweise reflektiert, nämlich aus der wirtschaftlichen Perspektive: was die Wiedervereinigung gekostet hat und dass sich das heute noch im Solidaritätsbeitrag niederschlägt. Dass letzten Endes die neuen Bundesländer viel besser dastehen als die alten Bundesländer, weil bei denen der wirtschaftliche Aufschwung in den 1970er-Jahren war. Man sieht das auch an der Struktur der Städte, an den Hotels, am Modernisierungsstand – das ist mir hier in Bautzen zum Beispiel sehr aufgefallen –, der im Osten einfach vielerorts besser als im Westen ist. Dort findet man oft den verfallenen Charme der 1970er- und 1980er-Jahre in den Hotels und in den Städten. Die Perspektive, aus der die Wiedervereinigung beurteilt wird, ist also eine ganz andere. Es gibt durchaus Interesse an DDR-Geschichte. Für viele ist es auch etwas Ungewöhnliches, dass ich aus dem Osten bin. An dem niederbayrischen Gymnasium bin ich die einzige Lehrerin aus dem Osten. Man fühlt sich dann schon etwas verpflichtet, sich auch für den Osten zu interessieren und zu sagen, ja, ich war auch schon einmal in Dresden und das hat mir eigentlich ganz gut gefallen. Aber generell spielt das eine untergeordnete Rolle.

WIERZIOCH: Wir können also an der Stelle konstatieren, dass einiges an Vermittlung zu tun ist. Geld spielt eine Rolle. Und das andere ist dann so ein vorgespültes Interesse. Ich hatte ja nach DDR als Unrechtsstaat gefragt, also Diktatur mit allen brutalen Folgen für Tausende Menschen. Spielt das in Alltagsgesprächen eine Rolle?

KUNZE: In Alltagsgesprächen gar nicht. Vielleicht habe ich aber auch nie mit den Menschen zu tun, die sich vielleicht dafür interessieren. Aber ich habe im Gymnasium 70 Kollegen, und auch unter denen ist das Interesse relativ gering. Als ich publik machte, dass ich von der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Bautzen-Forum eingeladen bin, gab es gerade einmal aus der Geschichtsfachschaft zwei Kollegen, die eine Rückmeldung gegeben haben und gesagt haben, dass sie an Materialien interessiert wären. Ansonsten ist das im Lehrplan ein integriertes Thema in Klasse zehn und zwölf. Die DDR als Unrechtsstaat wird nicht so richtig wahrgenommen, vielmehr wird die eigene Position gesehen: Auch wir hatten es schwer, auch wir mussten arbeiten, um uns etwas zu schaffen und um diesen Besitz zu erhalten. Aber mir ist niemand begegnet, der an diesem Thema großes Interesse gezeigt hätte.

WIERZIOCH: Vielen Dank. Frau Finger, lassen Sie uns einmal auf die Massenmedien und speziell auf Ihr Medium gucken. Wir wechseln jetzt einmal die Perspektive, weg von den Rezipienten hin zu den Vermittlern der Themen, die uns wichtig sind. Können Sie mir ein Thema, bei dem es um DDR-Geschichte ging und das sie in einem Zeitungsartikel bearbeitet haben, beschreiben, das Ihnen besonders wichtig war?

EVELYN FINGER: Da gibt es natürlich mehrere Geschichten. Aber Sie stellen eine schöne Frage, weil sie einen daran erinnert, dass man im Redaktionsalltag oft vergisst, was das wirklich Wichtige ist. Diese Woche zum Beispiel, dass Papst Benedikt die rechten, fundamentalistischen Pius-Brüder vor Pfingsten wohl doch in den Vatikan heimholen wird, oder das Salafistenthema oder aber die Tatsache, dass Wolfgang Thierse Anfang der Woche gesagt hat, dass wir die Stasiunterlagen so lange vielleicht doch nicht mehr brauchen. Solche Veranstaltungen wie hier sind für uns Journalisten ganz wichtig, um wieder zu sehen, welche in den Medien zu wenig beachteten Themenfelder es gibt, in denen wir uns stärker bewegen sollten. Als ich heute gekommen bin, habe ich Herrn Zabel getroffen. Herr Zabel ist einer der vielen ehemaligen politischen Häftlinge hier im Raum. Er hat mich an einen Text erinnert, an den ich schon gar nicht mehr gedacht habe, aber der mir in der Tat sehr wichtig war: Ich habe einmal eine größere Polemik gegen diese lange Diskussion über die Opferrente geschrieben. Das war,



noch bevor endlich beschlossen wurde, dass es eine Opferrente geben wird. Jetzt wissen Sie alle viel besser als ich, wie problematisch es ist, dass es nur 250 Euro sind und so weiter. Aber die Begegnung mit Menschen wie Herrn Zabel und große gesellschaftspolitische Themen wie die Opferrente, die ein Problem in der Gegenwart betreffen, das einen großen historischen Vorlauf hat, sind mir wichtig. Die vom Unrecht Betroffenen sind also als Gegenstand der Berichterstattung wichtig. Sie wissen ja alle, dass das Rückwirkungsverbot für uns heute die groteske Folge hat, dass wir in einer Demokratie das Unrecht, das in einer Diktatur geschehen ist, nicht wirklich mit juristischen Mitteln ahnden können. Das Problem hatten wir schon nach 1945 und das Problem haben wir auch jetzt. Und deswegen ist es auf einer symbolpolitischen Ebene so wichtig, dass wir wenigstens die Wahrheit benennen und sagen, da gibt es Leute, die waren Opfer von Willkür, und es gibt Leute, die waren Täter, und diese Menschen leben noch; und wie leben wir eigentlich in einer Gesellschaft zusammen?

WIERZIOCH: Wir können feststellen, dass es eine Wirkung hat, wenn Vermittlung über Biografien geht. Das ist Ihr Ansatz und das ist auch der Ansatz von Frau Dr. Leo, denn ihre Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit konkreten Biografien. Können Sie uns schildern, wo Sie aus wissenschaftlicher Perspektive bei der Vermittlung einen Vorteil sehen, wenn man einen biografischen Ansatz wählt?

ANNETTE LEO: Der biografische Ansatz ist natürlich ein Ansatz unter vielen und ich würde für diesen nun keinen Alleinvertretungsanspruch reklamieren. Aber es

ist in der Auseinandersetzung mit einer Geschichte, die noch gar nicht so richtig vergangen ist, wie die der DDR, ein wichtiges Mittel, praktisch wie eine Sonde, um die Ambivalenzen aufzuspüren. Die notwendige Grundlagenforschung zur DDR-Geschichte, die seit Anfang der 1990er-Jahre verstärkt betrieben wurde – über das Herrschaftssystem, über den Repressionsapparat, über Verfolgung – ist natürlich total wichtig, aber viele ehemalige DDR-Bürger finden sich nicht unbedingt in diesen Geschichten wieder. Die sagen dann: Das ist nicht unsere Geschichte, wir wurden ja gar nicht verfolgt. Aber wenn man an die einzelnen Lebensgeschichten herangeht, an die Familienbiografien, dann stellt sich heraus, dass es gar nicht so ist, dass niemand von den 95 Prozent etwas damit zu tun hatte. Vielmehr ist jede Biografie anders, jede hat einen bestimmten Anfang und Prägungen. Wenn man sich also mit Biografien von einzelnen Menschen beschäftigt, dann hat man all das drin, was die ganze DDR beinhaltete. Wenngleich die Menschen, die man mit der Methode der Oral History befragt, von sich aus am Anfang erst einmal behaupten würden, dass ihr Leben ganz fröhlich, glücklich und friedlich war. Und wenn man dann ins Gespräch kommt, merkt man, was da mit dem Großvater passiert ist, was man selber mit seinen Kindern in der Schule erlebt hat, und so weiter. Dann steckt plötzlich die ganze Ambivalenz, auch der Erinnerung an die DDR, in den einzelnen Lebensgeschichten drin. Und das interessiert mich dabei sehr.

WIERZIOCH: Dankeschön. Frau Dr. Kaminsky, ich will Sie auf die Gedenkstätten als Erinnerungsorte ansprechen, die sich auch, neben der Schule, vorgenommen haben, das Thema, das ihnen wichtig ist, zu vermitteln. Jetzt will ich einmal ein bisschen ketzerisch sein und sagen: Naja, da gibt es eine Gedenkstätte, wo dann x Schulklassen pro Jahr durchgeschickt werden, die SchülerInnen freuen sich über einen freien Tag, schauen sich das alles brav an, und dann Dankeschön. Da unterstelle ich jetzt eine niedrige Wirkung von Gedenkstätten mit Blick auf die Vermittlung dieses Themas. Haben Sie eine solche Kritik schon öfter gehört, dass gefragt wird, was das bringen soll?

ANNA KAMINSKY: In der letzten Zeit habe ich diese Argumentation eigentlich nicht mehr gehört. Das ist eine Argumentation, die vor einigen Jahren relativ in Mode war. Es gab ja einmal eine Untersuchung über die Wirkung von Gedenkstättenbesuchen auf Schüler für die Gedenkstätte Buchenwald. Diese Untersuchung war relativ kritisch und hat unter anderem moniert, dass Gedenkstättenbesuche, die ohne eine vorherige Vorbereitung und Einstimmung der Schüler auf den Besuch und auf das Thema, das sie dort erwartet, geschehen, natürlich eine Überforderung darstellen. Eine Folge war, dass damals die thüringische Landes-

regierung beschlossen hat, dass Gedenkstättenbesuche nicht mehr bezuschusst werden. Ich hielt das damals für eine sehr kurzschlüssige Reaktion, weil die Gedenkstätten nur ein – zwar sehr wichtiger – Bestandteil innerhalb einer hoffentlich funktionierenden Gesellschaft sind, die sich mit kritischen Themen auseinander setzen muss. Und am Anfang dieser Kette steht die Schule. Wenn 70 bis 80 Prozent der Schüler damals angegeben haben, dass sie am Ende ihrer Schulzeit in der zehnten Klasse gerade mal am 8. Mai 1945 angekommen waren, dann kann ich von den Gedenkstätten nicht erwarten, dass sie die Defizite, die es vorher in der Vermittlung gegeben hat, bei einem Gedenkstättenbesuch ausgleichen. Wenn auf der anderen Seite in den Medien alle interessanten Dokumentationen zur DDR auf Sendeplätze nach 23 Uhr verlegt werden, aber – wie wir ja vor ungefähr zehn Jahren auf dem Höhepunkt der Nostalgiewelle erleben durften – Nostalgie-Shows sogar in den öffentlich-rechtlichen Sendern, die ja auch einen ausgesprochenen Informations- und Bildungsauftrag haben, gezeigt werden, dann muss ich mich nicht wundern, wenn Schüler, die mit diesem rudimentären Wissen in Gedenkstätten gehen, dort auch erst einmal wenig Anknüpfungspunkte finden. Mittlerweile habe ich den Eindruck, dass dieser Entwicklung sehr entgegengesteuert wurde, weil es die Gedenkstätten trotz einer in vielen Fällen sehr prekären finanziellen und personellen Ausstattung geschafft haben, sehr interessante Angebote für Schulen und auch für Lehrer zu machen, und auch schon in Rechnung stellen, dass möglicherweise viele Schüler kommen, die nur punktuell etwas über die Diktatur in der DDR wissen. Zum anderen ist auch unser Eindruck in der Stiftung – entgegen vieler Unkenrufe, die DDR sei doch nur eine Fußnote in der Geschichte – dass das Thema sich seinen Raum in der Gesellschaft erobert hat.

WIERZIOCH: Das wollen wir jetzt alles vertiefen. Herr Dulig, vielleicht versuchen wir eine kleine Gegenthese. Sie sind studierter Erziehungswissenschaftler. Wir haben gerade von Frau Dr. Kaminsky gehört: Am Beginn der Vermittlung steht die Schule. Überschätzt uns die Gedenkstätten nicht, die können gar nicht alles leisten. Gehen Sie da jetzt hundertprozentig mit – nicht mit Blick auf die Gedenkstätten –, dass wir die Hauptlast der Vermittlung bei der Schule abladen?

MARTIN DULIG: Natürlich ist das der einfachste Weg, weil Schule ja für alles zuständig ist bei der Frage der Vermittlung und des Lernens. Aber selbst wenn wir den Lehrplan komplett reformieren würden und das Thema auch in den Lehrplänen eine ganz andere Rolle spielen würde, würde es uns nicht weiter bringen. Denn das Problem ist nicht die Frage der Quantität der Vermittlung sondern die Frage, wozu ich diese Auseinandersetzung habe. Denn der eigentliche Konflikt ist



ja nicht das Instrument der Vermittlung, sondern es ist das Problem der Biografie. Wenn das Thema dieser Debatte heißt, „Die DDR und wir“, dann weiß ich nicht, ob das kollektivistische Ich gemeint ist, also vom Ich zum Wir. Das Problem ist aber, dass die Frage „Die DDR und wir“ immer mit „Die DDR und ich“ beantwortet wird und jeder die Auseinandersetzung mit der DDR an der eigenen Biografie misst. Und da kommen jetzt natürlich verschiedene Sachen zum Tragen. Zum einen die persönliche Verklärung, dass mit dem Abstand der Jahre auch Dinge vergessen und verklärt werden. Und dass zum anderen Dinge, die kritisch angesprochen werden, nicht in allen Biografien übereinstimmen. Und was macht denn dann eigentlich das Kind oder der Jugendliche mit den Dingen, die im Unterricht angesprochen werden, und zu Hause am Abendbrottisch heißt es, so ein Käse. Für mich ist die wichtigste Frage also nicht nur, wo überall Vermittlung stattfindet, sondern wie wir überhaupt das Thema so anpacken, dass eine ernsthafte, interessante Vermittlung stattfindet. Denn Aufklärung gegen etwas muss schiefgehen, Aufklärung für etwas macht Sinn. Wenn ich die Frage, wie ich mit DDR umgehe, dazu nutze, darüber zu reden, was Freiheit, was Demokratie ist, dann ist das effektiver als ein Bildungsziel zu definieren, das so schwierig zu definieren ist.

WIERZIOCH: Ein differenzierter, ein komplizierter Ansatz. Wir sind hier auch nicht angetreten, um die einzigartige Schablone zu liefern, wie wir die Themen,

die uns wichtig sind, vermitteln. Frau Dr. Leo, Sie wollten noch etwas ergänzen.

LEO: Ich würde gern noch etwas zur Gedenkstättenstudie, die Anna Kaminsky angesprochen hat, sagen. Ich bekenne mich schuldig, ich habe die nämlich verfasst. Auf dieser Grundlage hat die thüringische Landesregierung sich dann entschieden. Aber, und das wollte ich korrigieren, sie hat sich nicht dazu entschieden, dass Klassenfahrten nach Buchenwald generell nicht mehr bezuschusst werden, sondern nur noch Klassenfahrten mit Kindern über 16 Jahren. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Es hat sich nämlich heraus gestellt, dass Lehrer noch aus der Gewohnheit der DDR-Jugendweihfahrten immer mit den 14-Jährigen dorthin gefahren sind. Und weil sich ein Lehrer oft alleine nicht so wohl fühlte, hat er dann immer noch ein zwei weitere Lehrer mit ihren Klassen mitgenommen. Und das Hauptproblem, das die Lehrer in den Berichten dann immer hatten, war Ordnung und Disziplin. Denn versuchen Sie mal, 60 oder 70 Schüler in diesem Alter durch eine Gedenkstätte zu führen. Mein Ansatz war es eben, zu sagen, dass das nicht funktioniert. Man müsste Kinder, die jünger sind, individuell führen, gerne mit ihren Familien. Aber in solchen großen Klassenverbänden erst, wenn sie ein bisschen älter sind und wenn sie emotional nicht so sehr überfordert sind, dass sie dann entsprechende Abwehrreaktionen zeigen. Für bestimmte Altersgruppen ist das völlig normal und verständlich, aber in einer Gedenkstätte macht es nicht unbedingt einen guten Eindruck. Es wird also weiter bezuschusst, aber eben nicht Klassen mit Schülern unter 16. Und die thüringische Regierung bezuschusst weiterhin Projektgruppen, die dorthin fahren, um sich für ein oder zwei Tage intensiv mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

WIERZIOCH: Ich schlage vor, dass wir das Thema Gedenkstätten und Erinnerungsorte als wichtige Orte der Vermittlung jetzt zurückstellen und das gleich noch einmal vertiefen. Nehmen wir uns jetzt erst einmal die Schule als Vermittlungsort. Da will ich dieselbe Frage noch einmal an Frau Kunze stellen, jetzt aber nicht mit Blick auf die älteren Niederbayern – ich bin übrigens selbst Bayer – sondern auf die Schüler, die Sie unterrichten. Wie ist denn der Wissensstand in Landau bei denen?

KUNZE: Zunächst einmal ist mir aufgefallen, dass hier Schüler sitzen. Mir wurde gesagt, dass Ihr aus der neunten Klasse seid. Das würde ja bedeuten, dass DDR-Geschichte in der neunten Klasse vermittelt wird. Mich würde dann noch interessieren, ob Ihr freiwillig hier seid oder ob es hieß, wir machen heute mal einen Ausflug.

Wierzioch: Kurz die Frage an die Schüler aus Bautzen. Sind Sie freiwillig hier?

SCHÜLER: Ja.



KUNZE: Das finde ich natürlich positiv. Ich berichte jetzt einmal über die Schüler der fünf zehnten Klassen am Gymnasium in Landau an der Isar. Das Lehrplanthema DDR-Geschichte steht in der zehnten Klasse und dann noch einmal kurz in der zwölften Klasse an. Ich möchte aber schon vorab zu bedenken geben, dass es ein Thema unter vielen ist und Schülern vermittelt wird, die weit nach 1989 geboren sind, keine persönlichen Erfahrungen mehr damit verbinden und bei denen auch im familiären Umfeld häufig andere Problemstellungen oder andere Erlebnisse seit 1945 eine Rolle spielten. Generell sind die Schüler sehr aufgeschlossen. Mit einer kleineren Gruppe von Zehntklässlern habe ich eine Umfrage unter allen fünf zehnten Klassen gemacht, bei der von der großen Mehrzahl gesagt wurde, dass DDR-Geschichte einen hohen Stellenwert für sie habe und sie darüber etwas wissen möchten. Sie konnten auch durchaus Wissen nachweisen. Allerdings hat sich das auf Schlagworte beschränkt, wie zum Beispiel Planwirtschaft oder dass es eine Unterversorgung mit Lebensmitteln gab oder dass das Lebensniveau niedriger war. Dann hatten meine Schüler die Idee, die Frage zu stellen: Hättest du in der DDR leben wollen? Dabei kamen auch ganz differenzierte Antworten heraus, nämlich dahingehend, dass auch Vorteile im DDR-Alltag gesehen wurden. Zum Beispiel kam als Antwort, dass niemand arbeitslos war, dass es eine Grundversorgung an Lebensmitteln zu niedrigeren Preisen gab. Aber der Knackpunkt ist dann immer wieder, dass es keine Individualität und keine Freiheit gab. Deshalb hat die Masse sich dann doch dagegen

entschieden. Aber sie möchten die ehemalige DDR gern kennenlernen. Viele bemühen sich schon, in verschiedene Städte zu reisen. Und es gibt auch Bemühungen der Schule: Es gibt jährlich eine Abiturfahrt Ende der elften Klasse, die nach Berlin geht. Ansonsten muss ich aber sagen, dass mich an der ganzen Debatte und an vielen Dingen, die auch hier und gestern angesprochen wurden, stört, dass es sich immer um die rein ostdeutsche Perspektive handelt und dass sich Bemühungen – so hat es sich mir zumindest hier dargestellt – immer auf ostdeutsche Städte begrenzen. Mir fehlt der innerdeutsche Dialog und Austausch, der gerade in der jungen Generation eine Rolle spielen sollte, wenn das Thema interessant sein soll. Ich fände es zum Beispiel interessant, wenn eine Klasse aus Bautzen nach Niederbayern ans Gymnasium kommen würde und man da einfach ein wenig miteinander unternimmt. Es war noch kein niederbayerischer Schüler in Bautzen. Wenn sie ihre Berlinfahrt haben, dann sind das ganz normale junge Menschen, bei denen das Nachtleben und Shoppen im Vordergrund steht. Ein Tag ist dann auch einmal für Museumsbesuche eingeplant. Aber das beschränkt sich dann natürlich nur auf wenige Orte und nicht auf die direkte Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte.

WIERZIOCH: Können wir also festhalten, dass ein wichtiger Punkt die direkte Begegnung zwischen Menschen ist, was wiederum ein biografischer Ansatz ist. Herr Dulig, Sie haben mich nachdenklich gemacht. Ich will noch bei der Schule bleiben. Sie haben gesagt, dass jedes Leben ein eigenes Leben ist und dass in der Rückschau darauf einiges verklärt werden kann. Sie haben gesagt, dass man in der Schule dies und jenes über die DDR erzählt bekommt und es am Abendbrottisch dann ganz anders aussieht. Das finde ich einen spannenden Punkt. Aber wie können wir damit jetzt produktiv umgehen? Wie kann man das auflösen? Wen muss man da verändern – die Abendbrottische wohl kaum? Und wie kann Schule damit umgehen?

DULIG: Wir haben ein Grundproblem eines deutschen Bildungsverständnisses, das Bildung darauf reduziert, dass Wissen vermittelt wird und es zu wenig um die Frage geht, was man mit dem Wissen macht, welche Kompetenzen man bekommt. Das ist das Problem des deutschen Schulsystems. Deshalb ist auch nicht allein die Frage, was im Lehrplan steht, denn es hängt auch immer davon ab, wie die Pädagogen es dann machen. Es ist immer schwierig, von der Schule zu reden, denn das ist genauso vielfältig, wie es auch vielfältige Lehrerinnen und Lehrer gibt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass zum Beispiel Zeitzeugengespräche nicht gewünscht waren, weil Lehrerinnen und Lehrer das als persönlichen Angriff auf ihre Biografie gewertet haben. Andere Lehrerinnen und

Lehrer haben gesagt, wir brauchen so etwas, weil es eine Auseinandersetzung anstrebt. Das ist also sehr, sehr vielfältig und auch abhängig von dem, was Lehrerinnen und Lehrer selbst einbringen. Ich würde gern meinen Gedanken vom Anfang noch einmal stärker in den Mittelpunkt stellen. Die Frage ist: Was ist das Ziel der Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte? Geht es jetzt darum, dass alle Kinder und Jugendlichen wissen müssen, dass das ein Unrechtsstaat war? Was ist davon denn die Kategorie? Wenn es nur um dieses Label geht, dann werden wir scheitern. Ich habe es persönlich erlebt, als wir in Sachsen eine sehr kritische Auseinandersetzung um die Vergangenheit des Ministerpräsidenten hatten. Da ging es um seine Blockpartei-Vergangenheit und seine Verantwortung als stellvertretender Rat des Kreises im Kreis Kamenz. Und es gab auf einmal eine Solidarisierung mit ihm und große Pressekampagnen mit Leserbriefen unter dem Motto: Wir lassen uns unsere Biografie nicht entwerten. Das heißt also, auf einmal haben sich Leute solidarisiert, die sich nie und nimmer zu dem Zeitpunkt mit ihm solidarisiert hätten, wo es aktuell gewesen wäre. Aber es gab so eine Verklärung. Deshalb finde ich das Ziel interessanter, darüber zu reden, wie wir eine Auseinandersetzung mit der DDR schaffen, damit auch die Kinder und Jugendlichen wissen, was Freiheit ist und welchen Wert sie damit haben, damit sie wissen, was Demokratie ist. Eine Umfrage hat gezeigt, dass 30 Prozent der Abiturienten den Unterschied zwischen Demokratie und Totalitarismus nicht mehr kennen. Wenn das 30 Prozent der Abiturienten betrifft, dann haben wir doch einen riesigen Auftrag. Mir geht es also darum: Wie ordnen wir die Debatte über die Aufarbeitung der DDR-Geschichte in ein Ziel ein, was wollen wir damit? Damit wir nicht einfach nur damit zufrieden sind, wenn alle wissen, dass es ein Unrechtsstaat ist. Zumal wir nicht überprüfen können, was zu Hause dann wirklich diskutiert wird.

WIERZIOCH: Ich habe zwei Punkte heraus gehört. Das eine ist: Schule muss sich ändern. Weg von Wissensvermittlung und der Vorstellung, wir machen den Schüler oben auf und stopfen Wissen rein, hin zu Kompetenz. Zweitens: dass es immer mehr Sinn macht, bei Vermittlungsthemen für etwas statt gegen etwas zu sein. Ich würde Frau Kaminsky mal bitten, sich auf folgendes Gedankenexperiment einzulassen: Stellen Sie sich vor, Sie wären für zwei Wochen 16-fache Kultusministerin und hätten die Möglichkeit, die Lehrpläne in Geschichte zu den Themen, die uns wichtig sind, zu gestalten. Was würden Sie da machen?

KAMINSKY: Es ist ja gar nicht falsch, die Wissensvermittlung zurückzustellen und die Kompetenzvermittlung zu stärken. Aber wenn ich Kultusministerin wäre, würde ich als erstes versuchen, die Lehrpläne in Deutschland anzupassen, so dass



ein Schüler, der aus Berlin nach Bayern zieht, nicht mit anderen und zum Teil neuen Inhalten konfrontiert wird. Außerdem – ich komme aus einem bildungsbürgerlichen Elternhaus – finde ich es eine schöne Erfindung, dass es einmal Bildungsstandards und einen Bildungskanon gegeben hat. Denn ich frage mich auch ein bisschen, auf welcher Grundlage wir denn Kompetenzen erwerben wollen, wenn uns das Wissen als Unterbau fehlt.

DULIG: Das ist ja kein Widerspruch.

KAMINSKY: Wir leben in Deutschland und haben in den vergangenen 100 Jahren eine sehr bewegte Geschichte gehabt, die sich vor allem darum gedreht hat, ob sich die demokratischen oder autoritäre, diktatorische Kräfte durchsetzen. Das fängt mit dem Ersten Weltkrieg an und zieht sich das ganze Jahrhundert durch. Ich würde als Kultusministerin zum Beispiel ändern, dass wir mit der Beschäftigung mit der jüngeren deutschen Geschichte nicht erst in der neunten und zehnten Klasse beginnen, sondern dass die Jahrtausende davor – so wichtig sie auch sind – etwas zusammengeschnürt werden und ein ganzes Jahr Nachkriegsgeschichte unterrichtet wird. Und dass der Lehrer nicht mehr entscheiden kann, ob er die Unterschiede von Demokratie und Diktatur am Beispiel von Nicaragua oder China unterrichtet, sondern dass dies zuallererst am Beispiel Deutschlands abgehandelt wird.

WIERZIOCH: Vielen Dank für diese Fiktion. Frau Finger, bitte.

FINGER: Ich würde gern zu den Reaktionen auf Geschichtsvermittlung etwas sagen. Herr Dulig, ich finde sehr interessant, was Sie über die Abwehr erzählen, die entsteht, wenn man die DDR als Unrechtsstaat thematisiert. Ich finde aber, dass wir uns nicht so vor der Konfrontation fürchten sollten und das Ergebnis schon mit denken, bevor wir Geschichtsvermittlung machen. Wenn ich mir in der Zeitung immer überlegen würde, ob dieses oder jenes Thema jetzt Abwehr bei den Lesern erzeugt, dann kann ich bestimmte brisante Themen gleich weg lassen. Vor zwei Wochen kam zum Beispiel heraus, dass es eine Stasiakte eines Mitarbeiters von Günther Wallraff gibt. Und damit war die Frage verknüpft, wie weit sein Roman „Ganz unten“ von der Stasi ferngesteuert wurde. Aber noch wichtiger war die Frage, inwiefern es für Günther Wallraff in Ordnung war, mit der Stasi zusammenzuarbeiten, denn auch er hat eine IM-Akte. Wir haben dann ein großes Interview mit ihm geführt und haben ihn recht hart befragt. Jetzt gibt es natürlich einen großen Aufschrei bei den Lesern, wie wir unseren eigenen Autor so grillen können. Da kann ich nur sagen: Ein Mann, der in dieser Weise immer als Wahrheitsmaximalist aufgetreten ist und den ich wegen seiner Bücher auch sehr, sehr schätze, muss sich im Nachhinein auch scharf fragen lassen, ob es aus der Perspektive von heute wirklich o.k. war, sich mit Leuten einzulassen, die dafür verantwortlich sind, dass es massive Menschenrechtsverletzungen gab, die Leute ins Gefängnis gebracht haben. Da geht es nicht darum, dass man sich selber zur Sittenpolizei aufschwingt, denn wer weiß, wie man sich selbst verhalten hätte. Es geht auch nicht darum, dass der arme Herr Wallraff zu Kreuze kriechen soll. Es geht darum, zu erkennen, dass bestimmte Verhaltensweisen vielleicht falsch sind. Er wollte an bestimmte NS-Akten heran, also hat er mit der Stasi kooperiert, damit er diese Akten bekommt. Und das muss man hart thematisieren, und dann bekommt man eben die ganzen Leserbriefe, die sagen, wir seien furchtbar. Aber da kann ich nur sagen: egal. Und auf das Schulbeispiel bezogen: Es ist doch toll, wenn Geschichte so vermittelt wird, dass zu Hause in den Elternhäusern, in denen die DDR verklärt wird, dann Streit entsteht. Ich hatte vor Kurzem bei uns in der Zeitung eine junge Kollegin, die etwa 15 Jahre jünger als ich ist. Sie sagt, dass sie aus einem ganz angepassten Elternhaus kommt, wo DDR überhaupt nicht thematisiert wird. Sie hat angefangen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und hat jetzt ein hervorragendes Buch darüber geschrieben, wie sie auf diese angepasste Generation blickt. Ich finde es gut, wenn es bei dem Thema ein bisschen knallt.

WIERZIOCH: Mut zur Kontroverse, das ist die Botschaft. Wir bleiben beim Thema Schule. Herr Dulig und dann Frau Kunze.

DULIG: Podien sollen ja zur Kontroverse anregen, damit es auch lebendig wird. Aber ich würde gerne wissen, wo jetzt der Widerspruch ist. Wer hat denn gesagt, dass man sich nicht konfrontieren soll, dass man sich nicht auch mit Begriffen auseinandersetzt? Wogegen ich nur spreche ist, dass wir es uns damit zu einfach machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, Hauptsache, es steht im Lehrplan, und es interessiert gar nicht mehr, was damit passiert, dann machen Sie sich doch selber etwas vor.

WIERZIOCH: Darüber sind wir doch schon hinaus.

DULIG: Auch die idealisierte Vorstellung, dass ein Kind oder ein Jugendlicher, der in der Schule etwas vermittelt bekommt und dessen Eltern zu Hause etwas anderes erzählen, dann zum großen Widerstandskämpfer am Abendbrottisch wird.

WIERZIOCH: Das hat doch niemand gesagt.

DULIG: Also bitte keine Idealisierung. Ich möchte über Qualität reden. Über die Frage, was wir mit der Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte wollen. Und ich möchte, dass am Schluss unsere neue Generation zu kritischen Geistern heran wächst. Das ist Ziel von Bildung. Um ein kritischer Geist zu sein, muss ich mich mit meiner Vergangenheit auseinander setzen. Und ich möchte eben nicht, dass wir selber das machen, was wir zu DDR-Zeiten erlebt haben, nämlich die gespaltene Zunge. Dass man, wenn man bei der Klassenarbeit gefragt wird, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, ja sagt, wir aber trotzdem nicht wissen, wie ehrlich das war. Ich möchte da nicht zu oberflächlich sein.

WIERZIOCH: Ich habe den Eindruck, dass wir damit wieder ein bisschen hinter das zurück fallen, was wir hier schon entwickelt hatten. Auch wenn das alles richtig ist, was Sie sagen.

DULIG: Natürlich ist Wissensvermittlung Grundlage für Kompetenzerwerb. Ich habe mich vorhin dagegen gewehrt, dass wir einen sehr eingeschränkten Bildungsbegriff haben. Da wurde dann noch einmal vom Bildungskanon gesprochen. Ich wäre nicht damit zufrieden, dass wir nur einen Bildungskanon haben, wo im Lehrplan bestimmte Themen drin stehen. Das reicht mir nicht aus.

WIERZIOCH: Das nehmen wir gerne zur Kenntnis und wollen damit produktiv umgehen. Frau Kunze, Sie hatten noch eine Idee für uns.

KUNZE: Ich möchte mich einmal zu diesem Begriff Kompetenzen äußern, weil ich den schon kannte, als ich gerade dabei war, von Sachsen nach Bayern zu gehen. Da war man in Sachsen gerade dabei, die Lehrpläne zu reformieren und erfand die Kompetenzen neu und war der Meinung, dass es das ist, was der Schüler von heute erwerben muss: Kompetenz. Dann dachte ich mir, schauen wir

mal, wie es in Bayern ist. Da kam ich noch in das dreizehnstufige Schulsystem und man kannte den Begriff der Kompetenz noch nicht. Zuvor war es in der elften Klasse in Geschichte noch möglich, Themen zu vertiefen und das Interesse der Schüler zu nutzen, weil einfach die Zeit dafür da war. Dann hat Bayern festgestellt, dass sie hinter Sachsen hinterherhängen, und führten auch das zwölfstufige Schulsystem ein. Damit ging eine Reformierung der Lehrpläne einher und das Modell, Kompetenzen zu entwickeln. Ich würde sagen, dass diese Kompetenzentwicklung Schüler überfordert, weil zum Beispiel im Geschichtsunterricht in einer Klausur jetzt verlangt wird, dass Schüler sich in Form eines Leserbriefes zu bestimmten historischen Fakten und Auseinandersetzungen äußern müssen. Wir haben einen breiten Raum im Lehrplan für Geschichte, die keinen Schüler mehr hinterm Ofen hervorholt. Zum Beispiel für die deutsch-deutschen Einigungskriege bis 1871 oder für die Zeit der Weimarer Republik oder vielleicht auch noch für die Zeit des Nationalsozialismus. Aber für die Zeit nach 1945 bricht die Geschichte abrupt ab. Da wird die Zeit knapp, da müssen wir es nämlich bis zur Wende 1989 schaffen, und dann kommt natürlich noch die internationale Politik, zum Beispiel der Afghanistankonflikt, dazu. Der Zeitraum, der für deutsch-deutsche Auseinandersetzung vorgesehen ist, also für aktuellere Geschichte, ist ganz gering. Ein Schüler ist durchaus in der Lage, differenziert zu urteilen und sich eine Meinung zu bilden, wenn er dazu Zeit bekommt und das nötige Wissen. Ob er daraus eine Kompetenz ableitet und sagt, oh, jetzt würde ich gern einmal einen Leserbrief schreiben, das könnte man vielleicht auch mit Schülern besprechen – und nicht immer nur über sie bestimmen. Denn letztendlich macht eine Lehrplanreform nichts anderes, als über die Köpfe junger Leute hinweg zu bestimmen. Man setzt ihnen wieder etwas Neues vor, weil man jetzt der Meinung ist – natürlich auf einer ganz anderen Ebene, nämlich in einem Ministerium, das sehr fern von Schule arbeitet –, wir müssten den jungen Leuten jetzt so und so den Weg zur Bildung weisen, damit es vielleicht besser geht. Ich finde, dabei werden Schüler entmündigt, und das wird dem Anliegen nicht gerecht.

WIERZIOCH: Möchte jemand von Ihnen gern noch etwas erwidern? Ansonsten würde ich gern von den Schülern auf die Lehrer, und zwar auf die Lehrerbildung kommen. Frau Dr. Leo, Sie haben von einem ganz spannenden Projekt erzählt: Sie haben Lehramtsanwärtern die Aufgabe gegeben, Autobiografien von Politbüromitgliedern, also Täterbiografien, zu rezensieren. Können Sie uns dieses Projekt schildern?

LEO: Vor drei Jahren habe ich dieses Seminar an der Uni gegeben. Eine Kollegin

und ich, wir hatten diese Idee, weil viele der ehemaligen Politbüromitglieder nach der Wende ihre Memoiren geschrieben haben, weil sie sich natürlich noch einmal anders darstellen und sich rechtfertigen wollten. Von anderen gab es schon Biografien über sie – oder sie hatten schon vorher etwas geschrieben, wie Erich Honecker zum Beispiel in den 1980er-Jahren. Wir haben den Studenten also eine Liste von Namen gegeben und sie gebeten, sich einen Namen zu nehmen und alles zu suchen, was sie zu diesem Namen außer der Autobiografie finden. Denn es ging ja darum, diese Autobiografie zu konterkarieren, mit dem eigenen historischen Wissen, das man als Geschichtsstudent erworben hat, aber auch mit Darstellungen aus anderer Sicht. Das ist in vielen Fällen ziemlich gut gegangen, es waren sehr anregende Diskussionen. Zum Beispiel haben drei Studenten über Schalck-Golodkowski, Schürer und Mittag gearbeitet und sie haben dann zusammen die Rechtfertigungsformeln, die die drei fabriziert hatten, in Form eines Podiumsgesprächs mit einem Moderator – so wie wir das hier machen – vorgeführt. Weil sie nach der Lektüre dieser Literatur zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die sich alle herausreden und jeder die Schuld dafür, wie es in der Wirtschaftspolitik gelaufen ist, jeweils auf den anderen schiebt und behauptet, er selbst habe gar keine Machtbefugnisse gehabt. Diese Form der Darbietung war so grotesk und für alle sehr erhellend. Ein anderes Beispiel ist aber Margot Honecker, die von einer Studentin und einem Studenten ausgewählt wurde. Damals gab es ja dieses Interview, das neulich gelaufen ist, noch nicht. Aber es gab bereits andere Interviews und auch eine Biografie über sie. Ich habe dann gedacht, ich höre nicht richtig, in was für einer positiven Art und Weise uns diese Frau präsentiert wurde; als eine Frau, die emanzipiert war, die eine Karriere gemacht hat, die sich durchgesetzt hat, die die Politik bestimmt hat usw. Ich war dann etwas ratlos – das war außerdem mein erstes Seminar, das ich geleitet habe. Also habe ich dann vorsichtig das Thema Bildungssystem und die Wirkung von Frau Honecker, wie ihre Ideen im Schulsystem angekommen sind, angesprochen. Gott sei Dank gab es auch andere Studenten, die das ebenfalls angesprochen haben, so dass wir in ein richtiges Streitgespräch kamen. Hinterher ist mir im Gespräch mit den Betreffenden klar geworden, dass das nicht nur eine mangelnde Kompetenz war, Quellen kritisch zu lesen, die man von Studenten im sechsten Semester schon verlangen kann, sondern es wurde uns hier offenbar das Bild von Margot Honecker präsentiert, das vermutlich eher von den Eltern der betreffenden Studenten stammte. Und das hat sich eben eins zu eins in dieser Präsentation niedergeschlagen. Hinterher fand ich es sogar ganz gut, denn wir hatten wirklich Gesprächsstoff, um uns darüber zu streiten; nicht nur über die



tatsächliche Rolle von Frau Honecker, sondern auch über Methoden, wie man also mit so einer Selbstbeschreibung umgeht.

WIERZIOCH: Das als Versuch einer Skizze, die Lage zu beschreiben. Frau Kaminsky, noch einmal die Vision einer 16-fachen Kultusministerin. Jetzt haben Sie Zugriff auf die Lehrerausbildung. Was ist Ihnen da wichtig?

KAMINSKY: Ich gehe einmal davon aus, dass ich als 16-fache Bildungsministerin auch die Oberhoheit über die Universitäten habe. Das würde mir natürlich gut gefallen. Wir konzentrieren uns ja meist auf die Schulen. Aber wenn wir uns den Stellenwert der DDR-Geschichte im Verbund einer gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung anschauen, dann stellen wir fest, dass in den letzten Jahren alle Lehrstühle, die sich explizit mit DDR-Geschichte befasst haben, geschlossen wurden. Sie wurden durch zum Teil ganz andere Lehrstühle ersetzt oder durch Lehrstühle, die sich mit gesamtdeutscher oder gesamteuropäischer Geschichte befassen, wo die DDR dann im besten Fall tatsächlich nur noch als Fußnote vorkommt. Wir bieten als Stiftung mittlerweile auch Seminare für Lehramtsstudenten an, um das Thema auch für sie greifbar zu machen. Wir machen auch dabei die Erfahrung, dass Lehramtsstudenten in ihrer Ausbildung nicht wirklich mit dem Thema DDR-Geschichte konfrontiert werden. Ein Beispiel: Vor einigen Wochen gab es einen kleinen Aufruhr, der allerdings keine wirklichen Konsequenzen oder eine Debatte nach sich gezogen hat. Eine evangelische Hochschule für Soziale Arbeit in Hamburg hat in einem für den Unterricht erarbeiteten Material für die Dar-



stellung des Teils zum DDR-Bildungswesen Professor Eberhard Mannschatz das Feld überlassen. Herr Mannschatz – das weiß man in Hamburg möglicherweise nicht – war unter Margot Honecker im Ministerium für Volksbildung über Jahrzehnte auch für die Spezialkinderheime und den geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau zuständig. Von ihm stammen außerdem zu DDR-Zeiten wegweisende Schriften, wie man den Willen von Kindern brechen kann und brechen muss, um sie zu wertvollen Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft zu erziehen. Darin beschreibt er auch die Methoden. Die Hochschule wurde darauf angesprochen, wie es sein kann, dass so jemand heute für ein Lehrangebot verantwortlich sein kann. Die Reaktion war, dass man doch froh sein sollte, dass man sich überhaupt mit DDR-Geschichte befasse.

WIERZIOCH: Man muss sich einmal mit ehemaligen Häftlingen des Jugendwerkhofs Torgau über Herrn Mannschatz unterhalten, da wird zu Recht sehr viel Wut und sehr viel Verbitterung spürbar. Herr Dulig, möchten Sie zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern auch etwas ergänzen?

DULIG: Wenn wir über die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sprechen, müssen wir parallel dazu auch die Weiterbildung und Qualifizierung damit meinen. Wir sind ja im Lehrerzimmer mit jungen, neu ausgebildeten Lehrern und älteren Lehrern. Und wie so oft in der Ausbildung ist der Praxistest ja etwas

Besonderes. Die Frage ist also nicht nur auf die Ausbildung zu reduzieren, sondern es geht auch um Weiterbildung. Ich glaube, dass bei diesem Thema überall noch ein großer Nachholbedarf vorhanden ist.

WIERZIOCH: Frau Kunze, wenn Sie sich in den Kollegien umschauchen, an ihre alten Kollegen in Sachsen denken und ihre neuen Kollegen in Bayern. Wie sind die ausgebildet? Trifft die Kritik hier zu? Wie beschreiben Sie Ihr Kollegium mit Blick auf das Thema?

KUNZE: Als verbindend muss man zunächst einmal sagen, dass alle Kollegen sehr gut ausgebildet sind. Ich habe in Niederbayern genauso gute und engagierte Kollegen kennen gelernt wie vorher in Radeberg und in Dresden. Wenn man ein Fach wie Geschichte zum Studium wählt, dann interessiert man sich natürlich auch dafür und bringt es einigermaßen engagiert an seine Schüler weiter. Aber man muss die Schulstruktur beachten. In Sachsen gibt es nach wie vor die Organisation in Grund- und Leistungskurse. Das heißt, geschichtsinteressierten Schülern steht hier ein Angebot zur Verfügung, mit dem sie ihr Wissen in bestimmten geschichtlichen Bereichen vertiefen können. Im Gymnasium in Bayern hat man Geschichte als Grund- und Leistungskursfach wieder abgeschafft und wir haben jetzt Geschichte als zweistündiges Unterrichtsfach in den Jahrgangsstufen elf und zwölf. An der Schule haben wir nicht dasselbe Privileg wie die Professoren an den Unis, dass wir davon ausgehen können, nur interessierte Zuhörer zu haben. Vielmehr müssen wir alle begeistern. Und damit meine ich, dass ich in der elften Klasse durchaus 30 Schüler sitzen habe, die sich dann für das Thema DDR-Geschichte zu interessieren haben. Die Forderung nach einer differenzierten Geschichtsvermittlung, die hier deutlich wird, ist nur eingeschränkt möglich, weil einfach der Lehrplan so voll ist, dass der DDR-Geschichte nur eine kleine Episode zukommt und wir nicht dem Anspruch gerecht werden können, die DDR, zum Beispiel mit Hilfe von Zeitzeugen, als Unrechtsstaat darzustellen. Wenn es möglich wäre, würde ich den innerdeutschen Dialog anregen und keine Städtepartnerschaften gründen, sondern eher für Schulpartnerschaften plädieren, so dass die ostdeutsche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte auch in die anderen Bundesländer hinüber getragen wird. Denn es scheint mir ein ostdeutsches Problem zu sein, dass wir uns hier intensiv mit dem, was wir erlebt haben, auseinandersetzen, während das an anderen Bundesländern doch eher vorbei geht.

WIERZIOCH: Danke, Frau Kunze. Wie konnten jetzt nicht den ganzen Themenbereich Vermittlung ansprechen, wir haben uns auf Schule und Lehrerbildung und ein wenig auf Gedenkstätten konzentriert. Wenn Sie in die Zukunft blicken

und das Anliegen haben, die Themen, die uns wichtig sind – DDR als Unrechtsstaat, DDR-Geschichte – zu vermitteln, was würden Sie sich wünschen, wo setzen Sie die Schwerpunkte für die Zukunft?

DULIG: Zum einen finde ich den Ansatz der Begegnung den Richtigen. Einen ähnlichen habe ich schon einmal auf Gut Gödelitz beim Ost-West-Forum erlebt, wo man sich gegenseitig die eigene Biografie erzählt hat. Sich Geschichte zu erzählen ist noch keine Aufarbeitung, aber es ist eine Grundvoraussetzung dafür, einander zuzuhören, sich reinzudenken, wie der andere tickt. Das fand ich sehr interessant. Schon als Zuhörender habe ich da sehr viel gelernt. Deshalb sind solche Begegnungen wichtig. Zum anderen glaube ich schon – ohne jetzt die Anfangsthese zu betreiben, ob man alles auf die Schule überträgt – dass wir Menschen durch Bildung so viel Wissen, Kompetenz und Handwerkszeug geben müssen, dass sie sich kritisch mit dem Jetzt und Heute auseinandersetzen können und das in der Verantwortung mit der Geschichte. Ich glaube, dass wir deshalb nicht damit zufrieden sein können, wie Schule funktioniert, dass wir nicht zufrieden sein können mit dem, was im Lehrplan steht. Ich setze darauf, dass wir insgesamt einmal zu einer Bildungsreform kommen, die die Potenziale viel, viel stärker hebt.

LEO: Ich war auch einmal auf Gut Gödelitz eingeladen und hätte auch gesagt, dass das gegenseitige Erzählen der Lebensgeschichte gut ist. Ich fand das eine sehr produktive Veranstaltung, wenn auch in sehr kleinem Kreis. Ich finde das gar nicht so bedenklich, dass sowohl die Geschichte der alten Bundesrepublik als auch der DDR in ost- und westeuropäische Zusammenhänge eingebettet werden. Die Forschungsschwerpunkte an den Universitäten und außeruniversitären Instituten richten sich ja auch nach denen, die das Geld dafür geben, und da hat sich das auch ein bisschen dahin gehend verlagert. Und ich finde es gut, wenn man nach über 20 Jahren sehr intensiver Auseinandersetzung allein mit dem Phänomen DDR dieses mehr und mehr auch in die Zusammenhänge einbettet. Und gut finde ich, dass mehr Oral History gemacht wird. Hier wurde der Begriff Unrechtsstaat genannt und dass sich Leute da gleich abgestoßen fühlen und dass das Abwehr hervorruft. Ich wünsche mir eine Vermittlung der DDR-Geschichte, die Leute, die zu der Zeit noch gar nicht gelebt haben oder Kinder waren, nicht provoziert, sich für ihre Geschichte und die Geschichte ihrer Eltern zu rechtfertigen, sondern dass die gerne wissen wollen, wie es war und warum es so war.

WIERZIOCH: Dankeschön. Weitere Wünsche und Vorschläge für die Zukunft?

FINGER: Ich hätte ganz simple Wünsche, wie zum Beispiel, dass meine Zeitung vielleicht drei Leute einstellen würde, die sich hauptsächlich mit Geschichts-



politik beschäftigen. Und zwar nicht deshalb, weil das so ein schönes Themenfeld ist, sondern weil wir als Presse in schwerer Weise Teil des Vermittlungsproblems, das hier beschrieben wird, sind. Das hat weniger mit einer ideologischen Abwehr zu tun als mit Desinteresse. Einige Zeitungen, wie zum Beispiel *Die Welt* und der *Spiegel*, haben an der Stelle einige Dinge besser gemacht als *Die Zeit*. Das heißt nicht, dass wir alles falsch machen. Wir hatten ja zum Beispiel neulich das große Interview mit Roland Jahn und haben die Debatte über die blöde Frage, ob Joachim Gauck nun ein richtiger Bürgerrechtler war oder nicht, in einer halbwegs vernünftigen Weise geführt. Aber ich glaube, dass das Thema bei uns in den Medien immer noch unterrepräsentiert ist. Warum ist das so schlimm? Nicht, weil wir auch weiterhin viele schreckliche Willkürgeschichten lesen wollen, sondern weil wir nicht verstehen, was Demokratie und Freiheit wirklich bedeuten, wenn wir nicht verstehen, wie eine Diktatur und Anpassung funktionieren. Das ist einer der Gründe, warum ich sehr froh bin, dass Joachim Gauck jetzt Bundespräsident ist, weil das uns Medien auch zwingt, uns mit diesem Thema immer wieder auseinanderzusetzen.

WIERZIOCH: Danke dafür, denn ich kann Ihnen sagen, dass das ein Punkt ist, der ein bisschen zu kurz gekommen ist in unserer Diskussion. Wir hatten tatsächlich geplant, den Punkt Massenmedien als Vermittler noch zu vertiefen. Frau Dr.

Kaminsky, ich will auch Sie nach Ihren Forderungen für die Zukunft fragen, vielleicht als 16-fache Wissenschaftsministerin.

KAMINSKY: Ich würde mir eigentlich nur wünschen, dass die Rahmenbedingungen, unter denen Lehrer in den Schulen agieren, weniger von Sparzwängen und einer Art angepasster Tonnenideologie bestimmt werden: immer mehr in immer weniger Zeit durch immer weniger Lehrer und in immer größeren Klassen.

WIERZIOCH: Das Schlusswort hat Frau Kunze, fordern Sie!

KUNZE: Meine Antwort ist mir jetzt eigentlich schon vorweggenommen worden, ich hätte genau das Gleiche gesagt. Schule darf nicht nur Beschränkung erleben. Wenn wir in der jungen Generation mehr erreichen wollen, dann muss gerade für Bildung mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Und dieses Geld sollte dann genutzt werden, um den Schülern Möglichkeiten zu geben, Unterricht nicht nur in der Schule zu erleben, sondern mittels Austausch – wie ich es schon vorhin erwähnt habe – oder Besuch von Gedenkstätten oder Einladungen von Zeitzeugen. Dafür muss es Zeit und Geld geben, auch um in kleineren Lerngruppen lernen zu können.

WIERZIOCH: Ganz konkret, vielen Dank. Herzlichen Dank für diese Diskussion!



Predigt zur Ökumenischen Andacht in der Kapelle auf dem Karnickelberg, Bautzen am 9. Mai 2012

Innerhalb dieser Andacht wurden acht Tafeln mit den Namen der Verstorbenen im Bautzener Gefängnis zwischen 1945 und 1956 enthüllt. Bisher konnten 3.132 Namen ermittelt werden.

Liebe Anwesende!

14 Jahre ist die Schülerin Erika alt. Sie „verziert“ das Bild Stalins in der Schule mit einer Schleife. War es in jugendlicher Weise ausgedrückter Widerstand? War es eine Blödelei? Die Sache fliegt auf. Erika wird von einer Mitschülerin verraten, als Urheberin ermittelt und zu zehn Jahren Haft verurteilt.²⁰ Erst viele Jahre später wird sie rehabilitiert und dann, vor zweieinhalb Jahren, mit anderen Gefangenen des Speziallagers Bautzen mit dem Bundesverdienstkreuz wegen Protestes gegen die russische Besatzungsmacht geehrt.

Für wie viele kam solch eine Rehabilitation zu spät, weil sie vorher zu Tode gekommen sind, vor Hunger, vor Schwäche, verurteilt und hingerichtet, aus der

20) Haftschicksale und Haftfabrungen. In: Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. XV. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung am 13. und 14. Mai 2004. Leipzig 2004, S. 111 f.

Krankenbaracke nicht zurückgekehrt oder einfach, weil die Lebenskraft gebrochen war. Hier auf dem Bautzener Karnickelberg ist ein besonderer Ort des Erinnerns und des Trauerns, seit nach der friedlichen Revolution die ersten Grabungen möglich waren und die Gebeine der Verstorbenen gefunden wurden. Die Kapelle kam später als Ort des Gebetes und Wortes für dieses Gedenken dazu. Mit dem heutigen Tag sind die Namen derer zu lesen, die in den Jahren 1945–56 im Speziallager starben – nicht zusammengefasst, sondern einzeln beim Namen genannt. Zumindest die Namen, die sich herausfinden ließen. Ein wichtiger Schritt in der Anerkennung ihres Schicksals.

„Wenn aber der Menschensohn kommen wird ...“ – in den Worten des Matthäusevangeliums, die wir als Lesung gehört haben, ist von einem Gericht die Rede. Es wird eine Vision vom Ende der Geschichte gezeichnet. Dieses Gericht greift in besonderer Weise in die Gegenwart hinein. Die Aussage ist zum einen: Was ihr jetzt tut, hat eine Auswirkung auf später. Auch das, was ihr nicht tut. „Die sieben Werke der Barmherzigkeit“ – so wird diese Geschichte auch genannt: Hungrige speisen, Dürstenden zu Trinken geben, Fremde beherbergen, Nackte bekleiden, Kranke pflegen, Gefangene besuchen, Tote bestatten. Die ethische Ausrichtung ist wichtig. Jesus sagt, das ist der Ort, wo wir Gott begegnen. „Was ihr einem dieser geringsten Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan.“

Aber diese Vision vom Weltgericht erstreckt sich nicht in einem ethischen Appell. Es gibt eine weitere Aussage zu entdecken. Es steht die Erfahrung hinter dem Text, dass vieles in unserem Leben offen bleibt. Erfahrungen von Ungerechtigkeit, erlittenes Leid, das Erleben von materiellem Mangel, das Gefühl, von anderen gering gemacht zu werden. Matthäus sagt, der Lauf der Geschichte und auch diese schweren Erfahrungen – ebenso wie das, was gelungen ist und wo ihr dazu beitragen konntet – sind bei Gott aufgehoben. Gott wird das letzte Wort über uns und unsere Geschichte sprechen. Das Unvollkommene und Gewaltsame wird in diesem Weltgericht richtigerückt. Aus dieser Jesusgeschichte spricht das Vertrauen, dieser Gott – die Kraft des Lebens, Schöpfer der Welt – kennt uns mit Namen und spricht dieses letzte Wort über uns in Liebe.

Das ruft uns auf, geschehenes Unrecht nicht zu vergessen. Die nächsten Tage bieten beim 23. Bautzen-Forum eine gute Gelegenheit, über die DDR-Geschichte nachzudenken, unangebrachte Legendenbildung aufzuspüren und auch geradezurücken. Die Nennung der Namen der Verstorbenen auf den Tafeln in dieser Kapelle gehört auch dazu, geschehenes Unrecht nicht zu vergessen.

Gestern habe ich mir die Tafeln schon einmal angesehen. Wenn man dicht davor

steht, bildet der Block der Buchstaben zunächst eine Art graphisches Muster. Dann schließen sich die Buchstaben zu Namen zusammen. Hinter jedem Namen steht eine Person mit seiner eigenen Geschichte. Zu diesem Menschen gehören aber jeweils noch viel mehr: die Frau, Eltern, Kinder, Freunde ... Kaum zu erfassen. Die Buchstaben sind leicht erhaben. So lässt sich mit den Fingerspitzen noch etwas erspüren, wo ihr Leib auf diesem Hügel schon vergangen ist und ihre Namen fast vergessen gewesen wären.

Jesus hält uns in dieser Geschichte vom Weltgericht zu diesem Vertrauen an: Unsere Geschichte, auch mit allem Gebrochenen und Unrecht, ist bei Gott aufgehoben. Und zugleich sind unsere Mitmenschen im Blick. „Ach, das tut mir leid!“, sagen viele und wenden sich ab, wenn sie sich nicht mit den Problemen anderer belasten wollen. In dieser Geschichte werden wir aufgefordert, nicht mitleidig, sondern barmherzig zu sein. Das Herz fremder Not zu öffnen. Wessen Herz sich öffnet, der kann nicht damit leben, immer nur wegzuschauen. Er muss etwas tun. Manchmal reicht es schon zuzuhören. Das kann anstrengend sein. Doch wie sähe eine Welt ohne Barmherzigkeit aus?

Lew Tolstoi schildert in seiner Erzählung „Wo die Liebe ist, da ist Gott“ einen Tag im Leben des Schusters Martin. Dieser ist tieftraurig über den Tod seines Kindes. Da vernimmt er die Stimme von Christus, er werde morgen zu ihm kommen. Am nächsten Tag wartet Martin aufgeregt und sehnsüchtig darauf, dass Christus nun erscheinen möge. Verschiedene Menschen gehen an seinem Haus vorbei. Ein erschöpfter alter Mann, eine Frau mit einem Baby, beide sind kurz vor dem Erfrieren, und schließlich eine alte Frau, die mit einem Jungen um einen eben gestohlenen Apfel streitet. Martin redet mit allen. Er holt sie ins Haus und gibt ihnen zu essen. Aber er ist enttäuscht. Christus ist nicht gekommen. Erst als der Schuster abends in der heiligen Schrift liest, versteht er: In den drei Menschen ist er Christus begegnet. – Das Erinnern gehört zur Barmherzigkeit, die Jesus von uns fordert.

Johannes Probst, Pfarrer in der Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Petri Bautzen, in gemeinsamer Vorbereitung mit Dietrich Oettler, Kaplan in der Katholischen Dompfarrei St. Petri Bautzen



Lesung aus dem Matthäusevangelium 25, 31–46

(in der Übersetzung von Walter Jens)²¹

Wenn aber der Menschensohn kommt, der Herr mit all seinen Engeln, und sich auf dem Thron seiner Macht niederlässt, dann werden die Völker vor ihm versammelt sein, und er wird sie trennen, wie der Hirt die Schafe von den Böcken trennt. Zur Rechten die Schafe, zur Linken die Böcke: So wird er sie stellen, und wird zu denen sagen, die rechts von ihm sind: „Kommt zu mir, mein Vater hat euch gesegnet, nehmt das Reich in Besitz, das von Anfang an für euch bestimmt war. Denn ich hatte Hunger, und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich hatte Durst, und ihr gabt mir zu trinken. Ich war heimatlos, und ihr habt mir die Tür eures Hauses geöffnet. Ich hatte keine Kleider, aber ihr schenktet sie mir. Ich war krank: Ihr habt mich versorgt. Ich war in Gefangenschaft: Ihr habt mich besucht.“

Danach werden die Gerechten ihn fragen: „Wir hätten dich hungern und dürsten gesehen und dir zu essen und zu trinken gegeben? Wir hätten den Heimatlosen gesehen und ihn beherbergt? Hätten dir Kleider gegeben, dich versorgt und im Gefängnis besucht?“

²¹) *Die vier Evangelien. Matthäus, Markus, Lukas, Johannes, übersetzt von Walter Jens. Stuttgart* ²2002.

Danach wird der König zu ihnen sagen: „Ich sage euch, und das ist wahr: Hier! Schaut die armen Leute an! Was ihr für einen der Geringsten unter meinen Brüdern getan habt, das habt ihr für mich getan.“ Und dann wird er sich zu den anderen wenden, zu seiner Linken, und zu ihnen sagen: „Weg! Weg mit euch, ihr Verfluchten, ins ewige Feuer, das der Teufel mit seinen Schergen in Brand hält! Ich hatte Hunger, und keiner von euch gab mir zu essen. Ich hatte Durst, doch niemand gab mir zu trinken. Ich war heimatlos, aber die Tür eures Hauses blieb für mich verschlossen. Ich hatte keine Kleider – ihr ließt mich nackt sein. Ich war krank: Habt ihr mich versorgt? Ich war im Gefängnis: Habt ihr mich besucht?“

Dann werden sie sagen: „Hungrig, durstig, heimatlos, krank, im Gefängnis? Wann hätten wir dich je so gesehen und dir nicht geholfen?“, und er wird ihnen antworten: „Ich sage euch, und das ist wahr: Hier! Schaut die armen Leute an! Was ihr für sie nicht getan habt, das habt ihr auch für mich nicht getan. Ewige Strafe für sie! Ewiges Leben für die Gerechten!“

Ansprache zur Einweihung der Gedenktafeln

ALEXANDER LATOTZKY

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
sehr verehrte Vertreter von Stadt, Freistaat, Bund und Opferverbänden,
verehrte Anwesende,
ich freue mich, dass Sie heute den Weg hierher gefunden haben, um gemeinsam mit uns acht Tafeln zu enthüllen, acht Tafeln mit den Namen von hier im „Gelben Elend“ verstorbenen Menschen.
Mindestens 3.132 Menschen sind zwischen 1945 und 1956 als politische Häftlinge im „Gelben Elend“ von Bautzen gestorben. Schätzungen ehemaliger Häftlinge gehen sogar von einer weit höheren Zahl aus. Die wirkliche Anzahl wird sich nie genau feststellen lassen. Dazu trägt schon der Umstand bei, dass die sowjetische Lagerverwaltung die Häftlinge des Leichenkommandos regelmäßig austauschte und in die UdSSR verlegte, wo sich ihre Spuren dann verloren.
Es waren Mitglieder der neuen politischen Parteien oder willkürlich Beschuldigte, Teilnehmer am Aufstand vom 17. Juni oder einfache Arbeiter, Hausfrauen und Mütter, die hier starben.
Der jüngste Tote, an den wir heute erinnern, war Günter Süß mit gerade einmal 15 Jahren, der älteste war Gustav Feilke mit 83 Jahren. Mehr als zehn Prozent der bisher bekannten Toten war erst 21 Jahre alt oder jünger.
Sie alle starben unter elenden Bedingungen durch Hunger, Krankheiten, Kälte und Isolation und wurden in namenlosen Massengräbern an jenem Steilabhang zur Spree verscharrt, der dann als „Karnickelberg“ seine traurige Berühmtheit erlangte. Später schütteten die staatlichen Stellen der Stadt, allen voran die Bauwirtschaft, dann auch noch tonnenweise Bauschutt und Geröll auf dieser wilden Mülldeponie auf und versteckten die Gräber zehn Meter hoch unter Müll und Unrat. Nichts sollte mehr an das grauenvolle Geschehen erinnern. Das geschah hier in Bautzen ebenso wie in Buchenwald, Sachsenhausen, Torgau und anderswo. Der offizielle Abschlussbericht der „Abteilung Speziallager“ aus dem Jahr 1950 nennt, bezogen auf die über 120.000 deutschen Lagerinsassen aller zehn Lager, fast 43.000 Verstorbene. Das heißt nichts anderes, als dass jeder dritte Insasse die Haft nicht überlebt hat.
Die Menschen verhungerten und erfroren, starben an Dystrophie, Ruhr, Tuberkulose oder anderen Krankheiten. Sie vegetierten unter Bedingungen, die wir uns heute nicht einmal ansatzweise auch nur vorstellen können. Die wenigen heute



noch Lebenden können detailliert davon berichten. Man muss sie nur fragen und ihnen zuhören.

Für die Behörden waren die hier inhaftierten Menschen Verbrecher. Sie waren Agenten, Spione, Saboteure am Sozialismus oder Feinde des Weltfriedens. Obskure Geständnisse wurden unter der Folter erpresst und so mancher außerhalb des Gefängnisses glaubte das dann auch. Heute geben selbst die russischen Stellen zu, dass die große Mehrheit von ihnen unschuldig war. Tausende sind seit Anfang der 1990er-Jahre von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert worden.

Auch meine Mutter gehörte zu ihnen, sie wurde als angebliche Agentin eingesperrt. Hier brachte sie mich auf die Welt. Wie sie und die anderen Mütter es schafften, uns Kinder unter diesen Bedingungen am Leben zu erhalten, ist mir noch heute unbegreiflich. 1995 wurde auch sie rehabilitiert. Sie sei „unbegründet, aus politischen Motiven“ verhaftet und verurteilt worden, heißt es in dem Schreiben aus Moskau. Ein Schreiben, das sie selbst nicht mehr hat lesen können. Sie starb nur elf Jahre nach ihrer Entlassung mit 41 Jahren an den Folgen ihrer Haft. Und so wie ihr erging es Tausenden unschuldiger Menschen. Sie wurden Opfer einer Diktatur, deren Nachfolger sich auch heute nur halbherzig und nicht wirklich zu den begangenen Verbrechen bekennen wollen.

3.000, 12.000 oder 43.000 Tote, das sind abstrakte Zahlen, die unsere Vorstellung weit überfordern. Kaum einer unter uns kann sich vermutlich eine derart

große Zahl an Toten vorstellen. Gerade diese große Zahl der Opfer ist es ja auch, die uns die Verbrechen der großen Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts so schwer begreifbar macht.

„Ich wollte sie alle mit ihrem Namen nennen“, so steht es in einem Park in St. Petersburg auf einem Gedenkstein für die Millionen Opfer der Repression, wie man dort die Opfer des Kommunismus nennt. Es sind Worte aus einem Gedicht von Anna Achmatowa, der wohl bedeutendsten russischen Dichterin jener Zeit.

„Sie alle mit ihrem Namen nennen“, dieser namenlosen Zahl von Toten wieder ein eigenes persönliches Gesicht geben, das war auch unsere Absicht, das war unser Ziel: ihre Namen aus der Anonymität einer nackten Zahl in das Bewusstsein zurückbringen. Auf sieben großen Tafeln haben wir daher alle bisher ermittelten Namen unserer verstorbenen Kameraden anbringen lassen. Die achte Tafel steht, wie Sie nachher sehen werden, leer. Sie steht für die vielen noch immer unbekanntenen Toten, deren Namen vermutlich nie bekannt werden.

Heinrich Heine schrieb einmal: „unter jedem Grabstein liegt eine Weltgeschichte“. Das gilt vielleicht für ein erfülltes Leben, ein Leben, auf das man im Alter mit Stolz, Zufriedenheit und Freude zurückblicken kann. Doch viele der auf den Tafeln genannten Menschen waren für eine Weltgeschichte noch viel zu jung. Bei ihnen sind es bestenfalls unerfüllte Träume, Wünsche und Hoffnungen, die unter ihrem Grabstein liegen. Ein Leben, das ebenso wie ihr Name inzwischen in Vergessenheit geraten ist. Wir wollen mit der Nennung ihrer Namen damit beginnen, ihre vergessene Geschichte und damit auch die Geschichte dieses Ortes wieder zurückzubringen.

Für dieses Vorhaben haben wir ganz bewusst auf öffentliche Mittel verzichtet. Auch wenn wir dankbar sind für die wirklich großzügige Hilfe, die wir durch den Freistaat erhalten, so gibt es doch Aufgaben, für die es schon die Ehre gebietet, sie nicht einfach an andere zu delegieren. Ich bin stolz darauf, dass wir als Bautzen-Komitee diese Ehrung für unsere toten Kameraden daher ausschließlich aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln vollbracht haben. Euch allen, die ihr dazu beigetragen habt, noch einmal mein ganz herzlicher Dank dafür.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 23. Bautzen-Forums

STEPHAN BICKHARDT

Pfarrer, Bürgerrechtler in der DDR

MAYA BÖHM

Psychologin, Universität Leipzig

Dr. JACQUELINE BOYSEN

Studienleiterin der Evangelischen Akademie Berlin

Dr. HANS OTTO BRÄUTIGAM

Minister a.D., 1982–89 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR

MARTIN DULIG

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

MATTHIAS EISEL

Leiter des Landesbüros Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. PETER FÄSSLER

Historiker, Universität Paderborn

EVELYN FINGER

Redakteurin, DIE ZEIT, Hamburg

SIGMAR GABRIEL

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. HANSJÖRG GEIGER

Ehemaliger Präsident des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Gründungsdirektor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. JENS GIESEKE

Kommissarischer Leiter der Abteilung Kommunismus und Gesellschaft am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Prof. Dr. THOMAS GROSSBÖLTING

Historiker, Universität Münster

Dr. ANNA KAMINSKY

Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

SILKE KLEWIN

Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

FRANZISKA KUNZE

Lehrerin in Landau

TINA KWIATKOWSKI-CELOFIGA

Historikerin, Geislingen a.d. Steige

ALEXANDER LATOTZKY

Stellvertretender Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.

UTA LEICHSENRING

Leiterin der Außenstelle Halle (Saale) beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. ANNETTE LEO

Historikerin, Universität Jena

HARALD MÖLLER

Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.

DIETRICH OETTLER

Kaplan in Bautzen

JOHANNES PROBST

Pfarrer in Bautzen

HEIDELORE RUTZ

1983 wegen Demonstration zusammen mit ihrem Mann festgenommen und
politisch inhaftiert

Dr. ROLAND SCHMIDT

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung

LOTHAR TAUTZ

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

ELKE URBAN

Leiterin des Leipziger Schulmuseums

BASTIAN WIERZIOCH

Journalist, Mitteldeutscher Rundfunk

SIEGFRIED WINTER

Wegen „Spionage und antisowjetischer Propaganda“ 1949–54 in politischer Haft

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden.)

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990.

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991.

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992.

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993.

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994.

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995.

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Macht-ergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.

Nr. 14

Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.

Nr. 15

Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.

Nr. 16

Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.

Nr. 17

Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Nr. 19

Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.

Nr. 20

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009.

Nr. 21

Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010.

Nr. 22

50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall«. Leipzig 2011.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion	Maya Böhm, Leipzig, und Dorothea Parak, Berlin Matthias Eisel, Leipzig
Lektorat	Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Gaby Waldek, Leipzig
Druck	Messedruck Leipzig GmbH

ISBN 978-3-86498-351-1

